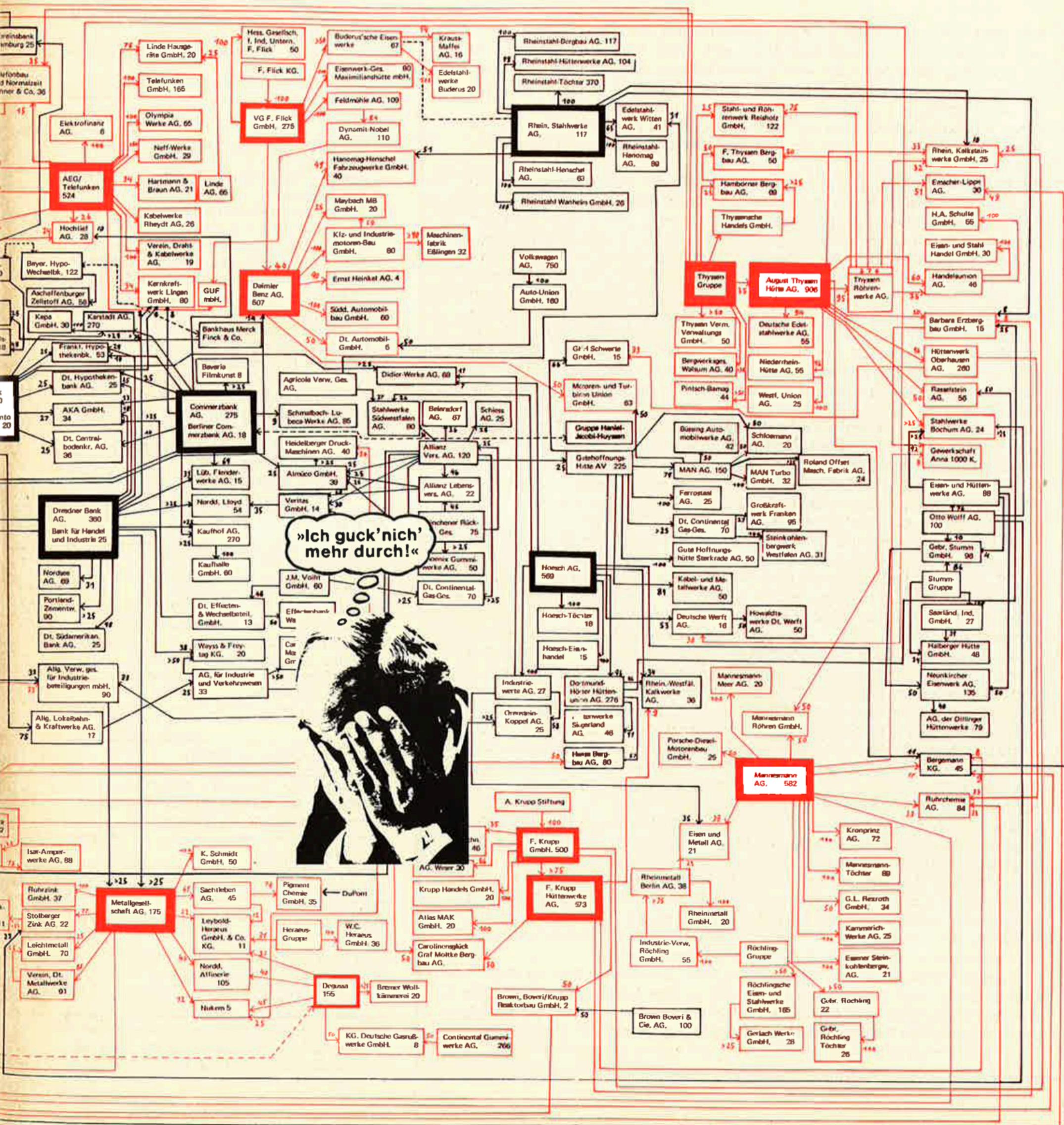


rote blätter 7

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus





Christoph Strawe Tu was für Dich: Werde Mitglied!

Der MSB SPARTAKUS ist zu einer einflußreichen Kraft an unseren Hoch- und Fachhochschulen geworden. Mehr und mehr Studenten unterstützen seine Politik: Bei Wahlen zur Studentenvertretung, bei Aktionen und Kampagnen. Ein Teil davon arbeitet in der Fachschaft und im Institut organisiert mit uns zusammen.

Diese Studenten wissen, daß man sich auf den MSB SPARTAKUS verlassen kann, daß er zäh und aktiv für ihre sozialen und politischen Interessen eintritt.

Gerade im Kampf gegen Strauß und Barzel, für die Ratifizierung der Ostverträge ist diese Tatsache besonders klar geworden. In einer Erklärung drückte der Bundesvorstand des MSB das so aus: „Die Erfahrungen aus den vergangenen Massenbewegungen, der Angriff der organisierten Rechtskräfte auf Frieden und Demokratie, auf die Lebensinteressen der arbeitenden Massen, aber auch die widersprüchliche Haltung der SPD-Führung, die Ausrichtung ihrer Politik an den Interessen des Monopolkapitals haben bewiesen: die Studentenbewegung braucht eine Organisation, die nicht dem Großkapital, sondern allein den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet ist, die in der Lage ist, die Studenten auf den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu orientieren, und diesen Kampf auf gesamtnationaler Ebene zu organisieren. Diese Organisation ist der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS.“

Das ist der Grund, warum wir schnell und richtig mit Aufrufen, Flugblättern, Wandzeitungen und Veranstaltungen reagieren konnten, warum wir in dieser wie in anderen Situationen das Notwendige tun konnten. Ja, die Studentenbewegung braucht eine Organisation, die den Klassenkampf in seinen drei Formen, politisch, ökonomisch und ideologisch führt, den Kampf für die Tagesinteressen der Studenten mit dem sozialistischen Ziel verbindet, den Kampf an der Hochschule an der Seite der Arbeiterklasse führt, mit der sie schon durch das solidarische Verhältnis zur kommunistischen Arbeiterpartei, der DKP, verbunden ist. Eine Organisation, die über einen Plan für die nächsten Schritte verfügt und in einheitlichem Handeln durchsetzt.

Je mehr Studenten sich um diese Organisation, um den MSB SPARTAKUS scharen, um so fester ist die Kampffront gegen das Großkapital an den Hochschulen. Je stärker der SPARTAKUS, um so schwerer für die Reaktion an den Hochschulen, die demokratischen Rechte der Studenten abzubauen. Aber die Stärke des SPARTAKUS ist kein Abstraktum. SPARTAKUS, das sind Studenten, die studieren und politisch arbeiten, andere Studenten für die Politik des SPARTAKUS gewinnen. Flugblätter wollen gedruckt, Versammlungen vorbereitet, die Politik diskutiert werden. So einfach es klingt: Von nichts kommt nichts. Der MSB braucht jeden klugen Kopf, jeden aktiven Studenten. Wir brauchen die allgemeine Stärkung unseres Verbandes, d. h. wir brauchen Dich, Genosse!

Jede unterschriebene Beitrittskündigung ist ein Schlag gegen die Politik der Berufsverbote, der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, gegen die Reaktion an den Hochschulen.

Jeder Student, der sich mit dem Marxismus vertraut machen will, mit Gleichgesinnten, die auch im Studium und im persönlichen Leben Solidarität praktizieren, organisiert kämpfen will, gehört in den SPARTAKUS.

Beitrittskündigungen gibt es in jeder Gruppe. Oder den Abschnitt auf Seite 22 ausschneiden und einschicken. Wir leiten ihn weiter.

Übrigens: „Mitglied im MSB SPARTAKUS kann werden: — Wer die Grundsatzkündigung und die Satzung anerkennt, — Wer bereit ist, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen, — Wer bereit ist, regelmäßig seinen Beitrag zu zahlen.“ (Aus der Satzung)

Kommentar

- 2 Christoph Strawe:
Tu was für Dich: Werde Mitglied!

BRD

- 3 Hamburg: RCDS im Bunde mit Neofaschisten: Hamburger Front
5 CSU-Parteitag: Ungebremster Schaum
7 Berufsvorworte — was steckt dahinter?
8 Bombendrohung gegen Strawe
9 BFDW-Mann verliert Prozeß

Politik

- 10 Nixon in Moskau: Spaziergang in den Frieden?
13 X. Weltfestspiele der Jugend in Berlin/DDR
16 Forum der Europäischen Öffentlichkeit in Brüssel
17 Was sagen Kommunisten zum Problem EWG?
Einig nur gegen den Sozialismus

Hochschule

- 20 Die SPD will dem SHB den Namen entziehen
RCDS: „SPD-Führung besinnt sich auf den Arbeiter“
21 Fragen der politischen Aktivität
Die Arbeit und Organisation im Fachbereich
23 Zum 90. Geburtstag Georgi Dimitroffs
24 Maiers Hochschulgesetz-Entwurf „Kein bayrisches Schmankerl“
27 Diskussionsbeitrag: Die Orientierung der Fachhochschüler auf die Gewerkschaften ist notwendig
28 Aus den Hochschulen
30 In der Diskussion:
Familienunabhängigkeit der Ausbildungsförderung?
32 Demokratische Lehrinhalte in Fachbereich: Reform der Deutschlehrerausbildung
35 Karl Steinbuch: Franz Josefs bester Programmierer

Ausland

- 36 USA: Nach dem Freispruch:
„Das Volk besitzt die Kraft, noch größere Siege zu erringen“
36 Vietnam: Brief aus Hanoi
37 Friedlicher oder unfriedlicher Weg zum Sozialismus?
Chiles Weg zum Sozialismus
39 Griechenland: Brief aus dem Äginagefängnis

Theorie

- 40 Die Illusionen zerrinnen
Eine Dokumentation
45 Wer hat den längeren Atem?
Mit Ota Sik im Huckepack Chorale zum Lob des Kapitalismus

rote Blätter

- Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS
Chefredakteur: Roland Lang (verantw.)
Redaktion:
MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Sternenburgstraße 73
Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Dieser Nummer liegt eine Bestellkarte der Deutschen Volkszeitung bei. Wir bitten um Ihre Aufmerksamkeit.

Hamburger Front

Unter dem Namen „Liste unabhängiger Kandidaten“ (LUK) haben sich in der Universität Hamburg Neofaschisten die Stimmen der Studenten und den Weg ins Studentenparlament erschlichen. Die Studentenparlamentsmitglieder Kück, Rieger und Bildat, die gemeinsam mit Mitgliedern der NPD, der neofaschistischen Organisation „AKON“, der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO) und der Jungen Union als „Ordner“ auf

„Allerdings muß man sagen, daß da nicht nur NHB-Mitglieder drin sind. Da sind auch Unabhängige drin. Einer von den Kandidaten, Dirk Rieckmann zum Beispiel, ist heute 2. Vorsitzender des RCDS“, sagte W. Neupert.

An den Hochschulen tritt der RCDS in der Maske des „Hüters der Demokratie“ auf, versucht er als Vertreter studentischer Interessen zu posieren. Seine reale Politik ist jedoch darauf gerichtet, als studentische Marionette der Barzel-Strauß-Gruppe deren Vorstellungen im Hochschulbereich durchsetzen zu helfen. Der Hamburger Fall beweist, wo der RCDS steht, wo er seine Verbündeten sieht und mit welchen Mitteln er als studentischer Ableger der CDU/CSU deren Politik der politischen Diziplinierung, der Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten, der Unterordnung des Bildungsbereiches unter das Profitinteresse verficht.

Um im Interesse der Herrschenden die demokratische Studentenbewegung zerschlagen zu helfen, ist dem RCDS nahezu jedes Mittel recht. Hier reiht sich auch ein sein an Demagogie und Verleumdung kaum zu überbietender Kreuzzug gegen sozialistische und andere fortschrittliche Studentenorganisationen, vor allem gegen den MSB SPARTAKUS und den SHB; das beweist z.B. ebenso seine Hilfestellung beim Versuch der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, wie er sich zur Zeit an der Universität Bonn praktiziert.

SP fordert LUK-Parlamentarier auf, zurückzutreten

(Aus Informationen des Hamburger AStA:) Auf seiner öffentlichen Sitzung im Audi Max am 8. 6. verabschiedete das Studentenparlament mit großer Mehrheit den folgenden Antrag des AStA: „Die Fraktion der sogenannten Liste Unabhängiger Kandidaten (LUK) hat sich als Bündnis der Neofaschisten mit einem derzeitigen und einem ehemaligen RCDS-Mitglied herausgestellt. Als die Studentenschaft den acht SP-Mitgliedern der LUK bei der letzten Wahl ihr Mandat verlieh, wurde sie über deren politische Ziele im Unklaren gelassen bzw. bewußt getäuscht. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen haben sich die LUK-Kandidaten ihr Mandat erschlichen. Wären die politischen Ziele der LUK,

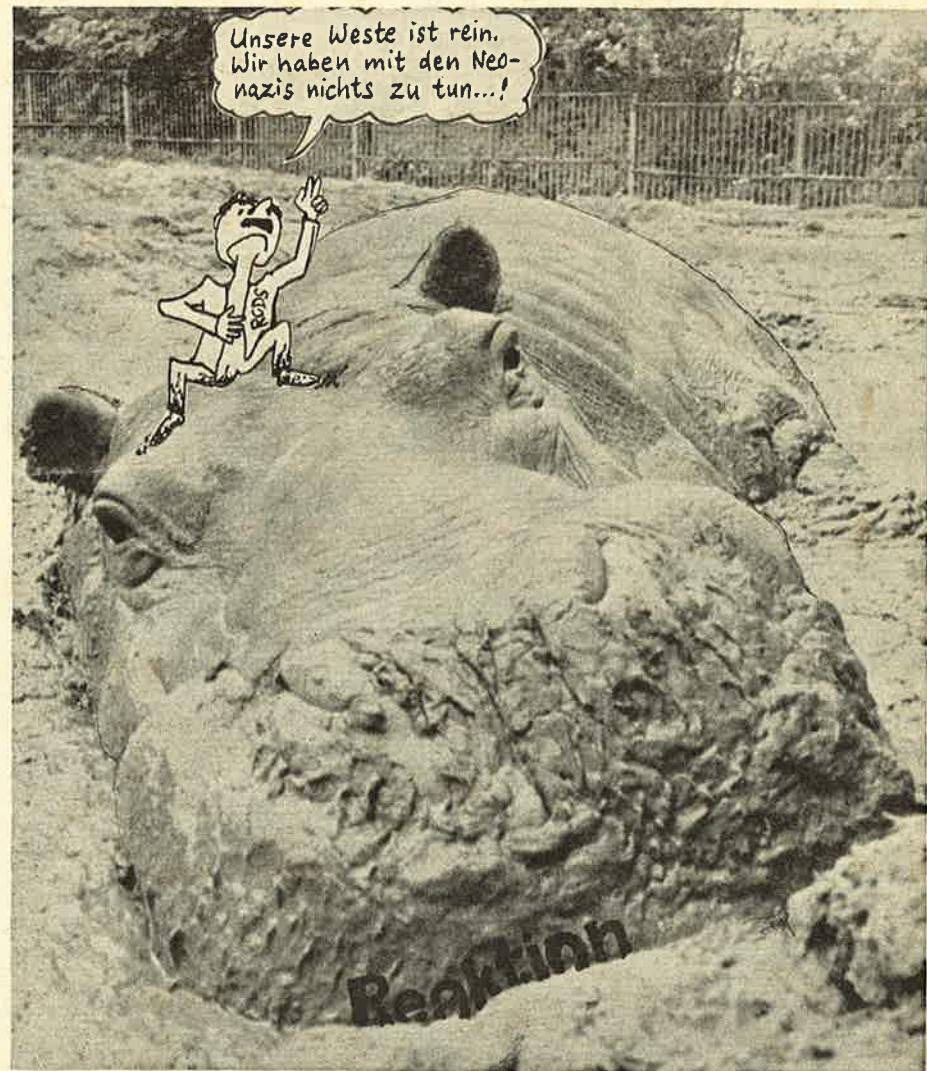
einer Hupka-Veranstaltung am 24. 4. 1972 auftraten und eng mit neofaschistischen Organisationen zusammenarbeiten, gehören der LUK-Fraktion an. In einem Telefongespräch bestätigte die Untermieterin des Landesgeschäftsführers der NPD Hamburg, Wiebke Neupert, daß der NHB, der Studentenverband der NPD, sich in Hamburg als „Liste Unabhängiger Kandidaten“ zur Wahl gestellt habe.“

die in ihrer Mehrzahl aus Neofaschisten besteht, bekannt gewesen, hätten ihre Vertreter nicht mehr Stimmen bekommen als Jürgen Rieger, der sich im Wahlkreis Jura offen als NHB- und AKON-Mitglied ausgewiesen hat, und wären nicht gewählt

Mandat niederzulegen.“

In der Diskussion um diesen Antrag erhoben Vertreter des AStA und des SP schwerwiegende Vorwürfe gegen die einzelnen Mitglieder der LUK:

Bildat, Sieghard (MdSP, WiWi): verteilte



worden. Die LUK vollführte bewußten Betrug am Wähler. Das Hamburger Studentenparlament fordert deshalb die Parlamentarier Bildat, Heid, Kück, Kühne, Mitranic, Pittner, Rieckmann und Rieger mit allem Nachdruck auf, unverzüglich ihr

vor seiner Wahl Flugblätter des NHB, war als Ordner auf der Revanchistenkundgebung mit Hupka tätig, hat im Mai 1971 gegenüber einem Zeugen geäußert, er sei Mitglied der Jugendorganisation der NPD im Kreis Altona.

Kück, Thomas (MdSP, Jura): war zusammen mit Mitgliedern der NPD, der DJO und der AKON Ordner auf der Hupka-Kundgebung.

Kühne, Winfried (MdSP, Math. Nath.): verteilte Flugblätter des NHB, hat gegenüber drei verschiedenen Personen geäußert, er sei Mitglied der NPD.

Mitranic, Michael (MdSP, WiWi): war lt. Aussage des ehemaligen NHB-Vorsitzenden H. v. Osten im Prozeß DHB gegen SPARTAKUS zum Zeitpunkt der Gründung des DHB (und damit auch der LUK) Mitglied des RCDS. Mitranic ist zusammen mit Rieckmann und Kimmich auf dem Podium des „SPARTAKUS-Tribunals“ des RCDS im Januar 1972 fotografiert worden. **Neupert**, Wiebke (Phil.): Verfasserin des rassistischen Artikels „Moderner Nationalismus“ in Heft 30, Febr. 1972 der rechtsextremistischen Zeitschrift „Missus“. (Zitat: „Die Rationalität erhält ihre Bedeutung aus der Erkenntnis heraus, daß sie Spezifikum der weißen Rasse ist.“) Hat zusammen mit M. Wittstock (siehe unten) Flugblätter der „Aktion Neue Rechte“ verteilt. Untermieterin des Landesgeschäftsführers der NPD-Hamburg, Johannes Evers.

Pittner, Hans-Ullrich (MdSP, Med.): ist im Nachschlagewerk „NPD von A—Z“, das von der Hamburger Innenbehörde herausgegeben wird, als Mitglied des Kreisvorstandes Hamburg-Wandsbek der NPD aufgeführt.

Rieckmann, Dierk (MdSP, Jura): heute 2. Vorsitzender des RCDS — Hamburg. Im Januar 1972 Podiumsteilnehmer des SPARTAKUS-Tribunals des RCDS. Vor seiner Kandidatur auf der LUK. Hat auf der 309. SP-Sitzung zusammen mit Bildat für die LUK-Fraktion zum AstA kandidiert. Noch auf der 310. SP-Sitzung, nach seinem Eintritt in den RCDS, hat Rieckmann für die LUK-Fraktion eine Stellungnahme abgegeben. Im Januar 1972 kandidierte er zusammen mit Mitranic (LUK), Schaub (RCDS), Kimmich (RCDS) und Gerd Fischer (1. Vorsitzender des NHB) im „Demokratischen Hochschulgremium“ (DHB) bei den FBR-Wahlen.

Rieger, Peter (MdSP, Med.): Mitglied einer Ordner-Truppe bei der Hupka-Veranstaltung, die auf Zuhörer eingeschlagen hat. Trug auf der 313. Sitzung des SP die faschistische Odal-Rune (Zeichen für Blut und Boden) zur Schau. Bruder des NHB-, AKON- und CSU-Freundeskreis-Mitglieds Jürgen Rieger. Peter Riegers Adresse (HH 55, Ifseldstr. 7) ist gleichzeitig die Adresse der NPD-nahen AKON und der „National-Freiheitlichen Jugend“.

Wittstock, Manuel (Phil.): Träger des sogenannten „Jugendschillerpreises 1971“ des rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerts“. Hat zusammen mit W. Neupert Flugblätter der „Aktion Neue Rechte“ verteilt. Nach Aussage zweier Zeugen ist oder war Wittstock Mitglied der NPD.

Anstatt auf diese konkreten Vorwürfe einzugehen, versuchten die Redner der LUK durch allgemeinpolitische, antikommunistische Schimpftiraden von ihnen abzulenken. Als über den Antrag des AstA

abgestimmt worden war, verließen sie die Sitzung.

Schaub aus dem RCDS ausgetreten

Demgegenüber versuchten die RCDS-Sprecher Rieckmann und Kimmich kramphaft, sich von den Neonazis abzusetzen und sämtliche Spuren ihrer Zusammenarbeit mit der LUK zu verschütten. So wurde der im Antrag behaupteten, ehemaligen RCDS-Mitgliedschaft Mitranics (LUK, DHB) von Seiten des RCDS entgegengehalten, daß Mitranic zwar bestimmte Büroarbeiten und Aufgaben eines „unpolitischen“ Geschäftsführers für den RCDS erledigt habe, jedoch Herr Kimmich nie eine Mitgliedskarte von Mitranic gesehen habe. Rieckmann, der als Vertreter der



LUK gewählt wurde, beteuerte, daß er dieser Liste seit seinem RCDS-Eintritt nicht mehr angehöre.

Der RCDS will also mit der LUK nichts mehr zu tun haben. Seit der 313. Studentenparlamentssitzung ist er gezwungen, sich wenigstens formal nach rechts abzugrenzen. Dies ist der erste Erfolg unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Die große Überraschung der SP-Sitzung im Audi-Max war jedoch die Erklärung des ehemaligen geschäftsführenden RCDS-Vorstandsmitglieds Roland Schaub, daß er aus dem RCDS ausgetreten sei. Wer ist Roland Schaub? Seit dem 6. Juni liegt dem AstA eine einstweilige Anordnung vor, die nur befristet bis zum 20. Juni verbietet, zu behaupten, Roland Schaub sei Mitglied des NHB. Der RCDS hat diesen kurzfristigen juristischen Scheinerfolg auf einem vierseitigen Flugblatt bejubelt. Auf der letzten Seite dieses Flugblatts führt er stolz die einzigen Zeugen seiner Unbeflecktheit an:

1. Den Landesgeschäftsführer der NPD, Johannes Evers.
2. Dessen beide Untermieter Roland Schaub und Wiebke Neupert.
3. Den 1. Vorsitzenden des NHB, Gerd Fischer.

Evers und Neupert haben versichert, nie behauptet zu haben, Schaub sei Mitglied des NHB. Schaub und Fischer haben versichert, Schaub sei nie Mitglied des NHB gewesen.

Auf der anderen Seite verfügen wir über eine eidestattliche Versicherung Hartmut Schulzes, derzu folge Wiebke Neupert in einem Telefongespräch die NHB-Mitgliedschaft Schaus ausgeplappert haben soll (Siehe ASTA-Info 12).

Die Entscheidung über die Glaubwürdigkeit der RCDS-Zeugen wollten wir einem Prozeß überlassen, von dem wir annahmen, daß der RCDS ihn, wie mehrfach angekündigt, gegen uns anstrengen würde. Der RCDS scheint jedoch in „bürgerliche Gerichte“ (Rieckmann) kein Vertrauen mehr zu haben, denn anstatt uns zu verklagen, hat er seinem ehemaligen Geschäftsführer und NPD-verdächtigen Vorstandsmitglied Roland Schaub einen „ehrenwerten“ und rechtzeitigen Austritt ermöglicht und sich damit, juristisch gesehen, aus der Affäre gezogen. Schaub ist aus dem RCDS ausgetreten, „um den Linksextremen nicht den geringsten Vorwand zu geben, den RCDS zu diffamieren“. (RCDS aktuell 18) Nach seinen eigenen Aussagen im SP hat Schaub sich in den letzten Jahren

Elmar Wiesendahl, ein früherer Hamburger Landesvorsitzender des RCDS, der „wegen des politischen Rechtskurses“ aus der CDU-nahen Studentenorganisation ausgetreten ist, plauderte ungeniert aus dem RCDS-Nähkörbchen: „Die Miete für das Hamburger RCDS-Büro wird vom CDU-Wirtschaftsrat bezahlt.“ Auf Protest vom Vorstandstisch konterte der RCDS-Abtrünnige gelassen: „Wenn Sie wollen, bringe ich Ihnen das Dokument. Ich habe es ja selbst unterschrieben.“

Frankf. Rundschau vom 12. 5. 1972

— als Wahlhelfer der NPD betätig,
— an Veranstaltungen der Aktion Widerstand teilgenommen,
— beim „Studentenanziger“, einer dem NHB nahestehenden rechtsextremistischen Studentenzeitung, mitgearbeitet. Er hat zugegeben, Mitglied der konservativen, „geselligen“ Hansischen Hochschulgilde und Mitglied des rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ zu sein.

Über das „Deutsche Kulturwerk“ schreibt des „Linksextremismus“ sicherlich nicht verdächtige Bundesinnenministerium: „Mit 3500 Mitgliedern war das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)“ im Berichtszeitraum die zahlenmäßig stärkste rechtsradikale Gruppierung nach der NPD. Sie ist in 60 „Pflegestätten“ gegliedert. Etwa 30% ihrer Funktionäre sind gleichzeitig Mitglieder der NPD.“ (Verfassungsschutzbericht 1971)

DKEG-Mitglied Roland Schaub war bis zum 8. 6. 1972 geschäftsführender Vorsitzender des RCDS-Hamburg. Er wäre dies auch heute noch, hätte nicht die Wachsamkeit der demokratischen Studenten an die-

ser Universität den RCDS gezwungen, sich formal nach rechts abzugrenzen.

Ausschlußverfahren gegen kritik-üebende RCDSler

Auch innerhalb des RCDS sind unsere Enthüllungen nicht ohne Wirkung geblieben. Diejenigen Kräfte im RCDS, die dessen primitiven Antikommunismus lieber durch geschicktere Reformdemagogieersetzt sehen wollen, regten sich, wenn auch reichlich spät. So kritisierte der RCDS Soz./Pol. das Flugblatt des RCDS, in dem

SHB und SPARTAKUS mit dem Bombenterror der letzten Zeit in Verbindung gebracht wurden: „Mit Flugblättern, wie mit diesen, stellt man sich tatsächlich auf die Seite derer, die mit Odal-Runen, ‚Heim ins Reich‘ laufen“, und forderte vom RCDS-Vorstand „nicht nur die strikte Abgrenzung von den Antidemokraten der ‚Neuen Rechten‘, sondern auch die inhaltliche Distanzierung von deren Forderungen. Gegen die Unterzeichner dieses Flugblatts, Preuß und Detjen, kündigte Kimmich auf der öffentlichen SP-Sitzung ein Ausschlußverfahren an und teilte mit, daß

sie inzwischen beim RCDS Hausverbot haben. Das charakterisiert diesen Verband zur Genüge: Während der Neonazi Schaup in allen Ehren, freiwillig und vornehm, einzig und allein auf Druck der Öffentlichkeit hin, den RCDS verläßt, wird gegen auch die leiseste Kritik aus den eigenen Reihen, die nicht von rechts kommt, rigoros mit Ausschlußverfahren und Hausverbot vorgegangen.

Damit hat sich der RCDS wieder einmal als das erwiesen, was er ist: RCDS — entschieden reaktionär.

CSU-PARTEITAG

Ungebremster Schaum

„Wir in der CSU denken immer in den großen Linien geschichtlicher Prozesse“, dröhnte Franz Josef Strauß vor 476 gläubig lauschenden Delegierten. Der vom 26. bis 28. Mai in München veranstaltete Parteitag dieser weder christlichen noch sozialen Union der Reaktion bestätigte die Richtigkeit der Strauß'schen Aussage: Im geschichtlichen Prozeß der Systemauseinandersetzung denkt und handelt die CSU unbeirrt in den „großen Linien“ des untergehenden Imperia-

lismus, seiner verstärkten Aggressivität und sozialen Demagogie. Parteitage der CSU sind daher für alle demokratischen Kräfte im Lande stets Gegenstand höchster Aufmerksamkeit. Nirgendwo sonst erteilt die Reaktion ausführlicher über ihre Vorhaben Auskunft. Nirgendwo sonst wird in aller Öffentlichkeit Strategie und Taktik des Monopolkapitals und seiner politischen Hauptrepräsentanten deutlicher dargelegt.

Parteitag der Absage an den Inhalt der Verträge

„Diese Verträge sind mit der Abstimmung nicht vom Tisch, sie sind auf dem Tisch“, wiederholte Strauß, Alleinunterhalter der CSU-Heerschau in unermüdlicher Eindringlichkeit. „Die Entschließung muß

gen, die die längst gescheiterte Roll-Back-Politik eines Dulles ebenso blind wie gefährlich weiter betreiben. Denjenigen, die den Ausbau Westeuropas „mit eigener Verteidigungsfähigkeit“ fordern, um „die Voraussetzungen für echte Verhandlungen mit der Sowjetunion“ zu schaffen, „d. h. einen Wandlungsprozeß herbeizuführen, in dem nicht die demokratische Substanz (also die staatsmonopolistische Formie-

rung) Schritt für Schritt aufgegeben wird, sondern die Freiheit (also die schwarzbraune Konterrevolution) schrittweise Boden gewinnt“ (Strauß). Konkretes Nahziel ist dabei die Torpedierung der bevorstehenden Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Sie diene angeblich der „Legalisierung der sowjetischen Nachkriegsbeute“ — so tönte es im Nazijargon vom Rednerpodium. Ihr de-

„Die Bundesregierung wagt es doch gar nicht, den Linksradikalismus ernsthaft anzupacken, weil sie die zarten Bande zwischen Bonn und Moskau nicht belasten will. Es hat auch keinen Sinn zu leugnen, daß die Gewaltverbrecher, die in diesen Tagen die Bundesrepublik in Atem und Schrecken halten, auf deren Schuldskonto schon soviel Blutvergießen steht, von einem Teil der Linken entweder mit einem gewissen Wohlwollen gesehen, oder doch zumindest mit verständnisvollen Phrasen in Schutz genommen werden.“

Strauß auf dem CSU-Parteitag
Bayernkurier vom 3. 6. 1972

jetzt Grundlage einer offensiven Ostpolitik sein.“ Sie biete die „Möglichkeit der Mitwirkung und Überwachung“, durch sie könne man die Verwirklichung der Verträge — deren völkerrechtliches Inkrafttreten für Strauß offenbar nicht gilt — erschweren, ja verhindern.

Die Politik der Gemeinsamkeiten, die von den rechten SPD-Führern gegen die Massenbewegungen der Arbeiter und Studenten verfolgt wurde und wird, zeitigt hier ihre übeln Früchte: Sie dient nur denjeni-



Er guckt durch. Mag sein, daß ihm dabei, wie im vorliegenden Fall, die Publikationen des MSB SPARTAKUS auf die Sprünge helfen. Der CSU-Parteitag hat bestätigt: rechts von Strauß und der CSU ist die Wand.

struktives „Mitwirkungsrecht“ reklamierte die CSU natürlich auch für die Verhandlungen mit der CSSR, wobei sie sich — als legitime Nachlaßverwalterin der Faschisten — „weiter gegen eine Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an wehren“ wird.

Die Rechtskräfte werden uns also weiterhin — und das haben wir schon vor der Ratifizierung betont — keinen Fußbreit Boden in der Auseinandersetzung um Frieden und Sicherheit schenken. Die Verwirklichung der Verträge geschieht ebenso wie ihre Ratifizierung nicht im Selbstlauf. Sie ist Bestandteil des Klassenkampfes im Lande. Sie muß auch in den Universitäten in jedem naturwissenschaftlichen, jedem sozialwissenschaftlichen Seminar durchgesetzt werden im Kampf gegen Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, sog. „Osteuropakunde“ und Antikommunismus.



Bündnispartner der CSU in Ihrer Gegnerschaft zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

Parteitag der sozialen Demagogie

Ein zweiter wesentlicher Punkt des Parteitages war die wirtschaftspolitische Lage der BRD. Strauß ging dabei in kaum glaublicher sozialer Demagogie davon aus, daß „die Bundesregierung 1969 ein funktionierendes Gemeinwesen übernommen habe, es ausgezehrt hat und jetzt vor dem Offenbarungseid steht“. Verstohlen wischten sich manche Beobachter Tränen der Rührung aus den bislang verblendeten Augen, als sich die Partei der Millionäre ebenso bereit wie uneigennützig um die soziale Notlage ihrer Opfer, der Rentner, Sparer, Arbeiter und Angestellten Sorgen mache. Bayern wurde einmal mehr als Musterländer strapaziert, damit auch der letzte Bundesbürger endlich begreift: Dorfarmut, Landverödung, Niedrigstlöhne, Wuchermieten, Zwergschulen, Privatstrände, Krankenhausnotstand und Rüstungsboom sind CDU-Modell für die gesamte BRD.

Angst vor der Mehrheit

Im übrigen drückte sich der Parteitag vor einer klaren Aussage zur Frage von Neuwahlen. Nur Richard Jäger, bekannt als unermüdlicher Streiter für die Todesstrafe, sprach sich — unter peinlichem Schweigen der Delegierten — für ein weiteres Mißtrauensvotum aus. Das Zutrauen der CSU zur bezahlten Volksverdummung ihrer Springer und Löwenhäler ist anscheinend nicht groß genug, um offensiv an Neuwahlen heranzugehen. Der Schreck, den die demokratischen Massenaktionen den Herren Strauß und Barzel anlässlich ihres versuchten Putsches eingejagt haben, sitzt offenbar noch tief in den Gliedern. Für uns ein weiterer Beweis dafür, wie richtig und wichtig solche Aktivitäten sind.

Bei der Beurteilung der parlamentarischen Lage wurde ferner deutlich, wie unverhohlen die CSU die Führung innerhalb der vereinigten Rechtskräfte beansprucht. Barzel sei „noch“ Kanzlerkandidat, erklärte Strauß und ließ gleich einfließen, daß Schröder „die Stimmen der CSU auf sich vereinigen würde“. Grußredner Kohl versprach sich: Er werde die Tatsache, daß er hier sei und nicht Barzel, als „Beweis für die Einheit der Union“. Ein Beweis, der nur durch absolute Unterordnung unter die Vorstellungen des CSU-Häuptlings Strauß zu erbringen ist. Dieser nämlich und keine andere noch soweit ins Rampenlicht geschobene Charaktermaske ist der (un)heimliche Führer der BRD-Reaktion. Ein Führer allerdings, der es nicht wagen kann, sich dem Volk als solcher zu präsentieren, der vielmehr über parlamentarische Tricks und austausdbare Marionetten die Fäden in der Hand hält.

Parteitag des „Kampfes gegen das Linkskartell“

Faschistischer Geist zog durch die Tagungshalle, als Strauß in Ergänzung seiner außenpolitischen Pläne das dazu passende innenpolitische Konzept darlegte. Staatlicher Terror gegen die sog. „Linksradikalen“ — so lautete die Losung. Gezielte Vermengung von Kriminalität und demokratischen Aktivitäten — das war die Methode. Mordanschläge, Rauschgiftkonsum und SPARTAKUS-Aktivitäten wurden in einem Atemzug genannt. Im Strauß-Aufruf: „Heute muß die demokratische Gesellschaft für ihren eigenen Schutz sorgen“, war inhaltlich bereits der Ruf nach Bildung von „Selbstschutztruppen“ enthalten. Sportpalast-Atmosphäre machte sich breit, als — wieder einmal — die Feinde der CSU und ihres Demokratieverständnisses aufgezählt wurden: von Gewerkschaften über große Teile der SPD bis hin zu liberalen Journalisten, kurz: alles, was sich für Mitbestimmung, Friedenspolitik und gegen die Aushöhlung demokratischer Rechte engagiert.

Die gewünschte Stoßrichtung wurde von CSU-MdB Rosenbauer in einem einstündigen Referat über „innere Sicherheit“ klar herausgearbeitet. Hier einige Kostproben:

„Die DKP ist nicht schlechthin eine kommunistische Gruppe, sondern sie ist die wichtigste Vereinigung des Linksradikalismus, weil sie sowjetisch orientiert ist... Die Taktik der Kommunisten: weniger über das sozialistische Paradies zu schreiben als über betriebliche Probleme und die Aktionseinheit mit den Gewerkschaften... Die DKP bewirkt: eine Verhärtung der Auseinandersetzungen Arbeitnehmer/Arbeitgeber und ist eine Gefahr für heranreifende soziale Auseinandersetzungen.“ Zur Lage an den bayerischen Hochschulen: „Das Zentrum des Widerstandes ist SPARTAKUS.“

Die herrschende Klasse — hundertjährig erfahren in der Sicherung ihrer Ausbeuterordnung — weiß genau: Die Kommunisten stehen an der Spitze der demokratischen Bewegung; gegen sie muß der erste Stoß geführt werden, will man die gesamte Bewegung treffen.

Wo steht der Hauptfeind?

„Aber Philosophie und Ideologie weisen zwar Wege, doch erst die Politik lehrt die Menschen diese Wege zu beschreiten. Auch die beste Generalstabskarte hilft erst dann eine Schlacht gewinnen, wenn Männer da sind, die sich der Karte bedienen, und die Waffen, mit denen diese Männer kämpfen können.“ (Bayernkurier) Deutlicher geht es kaum noch. Die CSU bläst zum Generalangriff auf alle Demokraten. Was soll man angesichts dieser bedrohlichen Situation noch denjenigen raten, die — blind für jegliche geschichtliche Erfahrung — die SPD als „Hauptpartei des Monopolkapitals“ bekämpfen, die die faschistoide Aggressivität der CDU/CSU als „historischen Anachronismus“ abtun? Was muß noch alles gesche-

„Wir werden der Bundesregierung helfen, wir werden ihr helfen im Kampf gegen den Linksradikalismus, der durch die Verträge nicht behindert werden darf.“

Franz Josef Strauß, CSU-Parteitag 1972

hen in diesem Lande, bis diejenigen, die heute mit super-linken Phrasen einen angeblichen „Sozialfaschismus“ bekämpfen, deren subtiler Antikommunismus sich in unheiliger Allianz mit den Rechtskräften gegen die sozialistischen Staaten richtet, begreifen, wo der Faschismus im eigenen Lande steht? Wem nützt es, wenn unsere „Freunde“ vom ultralinken Ufer, wenn die diversen, sich kommunistisch nennenden Zirkel und Studentenparteien ihr Hauptaugenmerk auf den Kampf gegen SPARTAKUS und DKP richten, anstatt an den Universitäten den RCDS zu bekämpfen, den studentischen Erfüllungshilfen der CSU-Formierung?

SPARTAKUS fordert: Kämpfen wir — Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten — gemeinsam gegen den Anschlag der CDU/CSU auf unsere demokratischen Rechte! Die Parole gilt noch immer: Stoppt Strauß und Barzel — einig im Kampf gegen rechts!

Berufsverbote - was steckt dahinter?

„Die Entfachung eines verschärften, staatlich verordneten Antikommunismus erfolgt zu einer Zeit, da sich die gesellschaftlichen Widersprüche und Klassenauseinandersetzungen in unserem Lande zuspitzen, da sich die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften gegen die Willkür des Großkapitals, gegen Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, Entlassungen und Lohnabbau zur

Dieser Satz des Vorsitzenden der DKP, Kurt Bachmann, charakterisiert klar und unmissverständlich die historische Situation, in der die herrschende Klasse der Bundesrepublik versucht, sich ihrer Haut zu wehren. Und genau vor diesem Hintergrund ist die Kampagne der Berufsverbote zu sehen. Gerade jetzt wird die Gefahr deutlich, die von diesen Berufsverboten ausgeht: **letztlich und endlich geht es gar nicht um die Berufsverbote, denn der Beschuß der Ministerpräsidenten ist umfassender und wird sich in Zukunft mit Sicherheit auf alle Gebiete des gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens ausweiten.**

Nicht nur Kommunisten sind betroffen

Der Beschuß der Ministerpräsidentenkonferenz war der Anfang des Versuchs der herrschenden Klasse, der CDU/CSU und der rechten SPD-Führung, die aufgrund der konkreten historischen Erfahrungen des Faschismus im Grundgesetz verankerten Rechte zu verfälschen und umzudrehen gegen ihre konsequente Vertheidigung und ihre allseitige Verwirklichung. Und da diese Verfälschung un-

Düsseldorf (ppa) - Führende Vertreter der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, des „Deutschen Lehrerverbandes“ und der Beamtenjugend haben in Duisburg einstimmig während eines Podiumsgesprächs anlässlich des 7. Bundesjugentages der „Deutschen Beamtenbundjugend“ entschieden den Anti-Demokraten-Beschluß der BRD-Ministerpräsidenten zurückgewiesen.

Sprecher der Beamtenbund-Jugend betonten, die Erklärung, die angehende Beamtin nach dem Beschuß der Ministerpräsidenten unterschreiben sollen, bedeute einen „Rückschritt ins Mittelalter“. Er erzeuge ein Klima des Mißtrauens und müsse deshalb „schnell von der Bildfläche verschwinden“.

Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Roth, wiederholte die Warnung, mit dem Beschuß, der progressiven Demokraten den Eintritt in den öffentlichen Dienst versperren soll, den „Weg in Richtung Portugal“ zu gehen. Der Gessinnungsschnüffelei werde Tür und Tor geöffnet.

Wehr setzen. Der Beschuß der Ministerpräsidenten ist ein Rückfall in die Zeit des kalten Krieges. Und das zu einem Zeitpunkt, da immer deutlicher wird, daß in Europa kein Schritt zur Sicherheit und Entspannung getan werden, daß kein Problem gelöst werden kann, ohne oder gar gegen die Kommunisten.“

zweideutig im Interesse der Herrschenden liegt, folgt zwangsläufig, daß Gegner der Monopole eben nicht nur die Kommunisten sind.

Der Kampf gegen die Verteidiger der demokratischen Rechte ist gegen alle fortschrittlichen Menschen gerichtet, ob Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten oder Liberale. Jedes Eintreten für Frieden, Abrüstung, Abbau des Antikommunismus und Entspannung wird damit im Prinzip für verfassungsfeindlich erklärt. Jedes Eintreten für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle wird damit praktisch illegal.

Nur ein breites Bündnis bringt uns weiter

In der Geschichte der Bundesrepublik waren es stets die reaktionären Kräfte der Großindustrie und ihrer politischen Handlanger, die die demokratischen Rechte der Verfassung untergraben und ausgehöhlt haben. Sei es durch das Verbot der KPD oder durch die Verabsiedlung der Notstandsgesetze. Und es sind die für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfenden demokratischen Kräfte, die gegen diese antikommunistische und antidemokratische konzertierte Aktion der Reaktion ein breites Bündnis aller Demo-

kraten, Sozialisten und Kommunisten geschmiedet haben. Der DGB, die GEW, der VDS, der SHB, die Jungsozialisten, SPD-Unterbezirke, die DKP, der MSB Spartakus, sie alle fordern: Keine Rückkehr in die Schützengräben des Kalten Krieges!

Ein neues 1933?

Sie alle sind sich einig, daß die Demokratie in Gefahr ist. Und alle sind sich einig in der Einschätzung, daß dieses Vorgehen der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik in fataler Weise an den Beginn der Verfolgungen der Gegner des Naziregimes erinnert. Die DKP-Mitgliedschaft und darüber hinaus das konsequente Eintreten für eine echte Demokratie droht zum Judenstern der Bundesrepublik zu werden. In der Stellungnahme des Münsteraner SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Walkhoff heißt es u. a.: „... Wenn es heute bereits wieder üblich ist, daß nach Weltanschauung und Parteibuch und nicht nach Qualifikation der Bewerber entschieden wird, dann dürfte der Tag nicht mehr fern sein, an dem deutsche Schulen, Universitäten und Behörden erneut von politischen Gegnern gesäubert“ werden. Auch Sozialdemokraten könnten eines Tages wieder zu den Betroffenen gehören...“



Immer mehr Menschen erkennen den zutiefst undemokratischen Charakter der Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst. Der Druck der Protestbewegung wird von Tag zu Tag stärker.

Das politische Milieu des Franz Josef Strauß

Zahllose Fälle hat es in der Geschichte des Berufsverbots bereits gegeben, wo die im Grundgesetz verbrieften Rechte des Bürgers außer Kraft gesetzt wurden. Erinnern wir uns an Karl-Heinz Henne, den Junglehrer Bernhard Laux, die Volkschullehrerin Heike Gohl, den Soziologen Horst Holzer, den Lehrer Alfred Dreckmann, die Junglehrerin Marion Nürnberg, Hans-Jochen Michels, Bernd Fichtner und viele andere. Der Versuch, hier in der Bundesrepublik ein Ausnahmerecht für sogenannte „Systemgegner“ zu schaffen, stammt aus dem politischen Milieu eines Franz-Josef Strauss, der unter seine 5 Hauptfeinde auch den DGB eingereiht hat.

Die neugegründete „Essener Initiative gegen Berufsverbote“ charakterisiert den Ministerpräsidenten-Beschluß als „Verstoß gegen die Normen des Grundgesetzes“. In einer Resolution fordert sie die „sofortige Zurücknahme der verfassungswidrigen Beschlüsse“ und die unverzügliche Einstellung „jener Lehrer, Professoren, Referendare, Angestellten und Arbeiter, denen aus politischen Gründen der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt wird“. Außerdem ruft sie zur Solidarität mit den betroffenen Demokraten und zu Aktionen mit dem Ziel auf, den Berufsverbotsvertrag zu beseitigen, der gegen alle demokratischen Kräfte gerichtet sei.

Der Essener Initiative gehören vorerst die GEW-Hochschulgruppe der Pädagogischen Hochschule Essen an, das Studentenparlament der Fachhochschule, Schüler und Studentenverbände, darunter der SHB und der MSB Spartakus, die Sozialistische Jugend — „Die Falken“, Jungsozialisten, Jungdemokraten, die DKP, die VVN — Bund der Antifaschisten und die SDAJ.

Und auch dieses Milieu hat seine Geschichte: Schon zu Zeiten der Adenauerjagd auf Kommunisten während der 50er Jahre wurden solche Praktiken angewandt. In seiner Anwendung werden Grundrechte verletzt, um politisch nicht-konforme Bürger zu disziplinieren. Die Konsequenz geht weiter: Denn der Prozeß der politischen Entspannung in Europa setzt unabdingbar die Erweiterung der Demokratie in der Bundesrepublik voraus. Und wer den Frieden will, der kann nicht gegen diejenigen vorgehen, die an unseren Schulen und Universitäten die Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts vertreten. Die Tendenz ist eindeutig: Mehr und mehr werden die demokratischen Rechte in der BRD unterlaufen und ausgehöhlt. Und mehr und mehr versucht sich das Großkapital mit Gewalt jeder demokratischen und sozialistischen Bewegung zu widersetzen. Das Rechtskartell hat eine Jagd auf Kommunisten, Demokraten und Sozialisten nach dem Vorbild McCarthys eingeleitet. Nicht nur Lehrer oder Hochschullehrer sind von dieser Maßnahme betroffen.

Unlängst wurde eine Vielzahl von fortschrittlichen und gewerkschaftlich organisierten Journalisten entlassen. In jüngster Zeit setzt diese „Säuberungswelle“ bereits unter den Studenten an den Universitäten an. Auch hier ist eine Kette von Disziplinierungsmaßnahmen zu verzeichnen. Der letzte Schlag dieser Aktionseinheit der Reaktion: die Relegation des Bonner Asta-Chefs Ingo Thieé. An allen Universitäten wird versucht, durch eine law-and-order-Kampagne die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen.

Ein Teilerfolg: Ilse Jacob eingestellt

Wohin wird die BRD von der Clique des Großkapitals getrieben? Immer mehr Menschen der Bundesrepublik — und nicht nur Kommunisten — wird in diesen Tagen klar, wie richtig die Einschätzung des Vorsitzenden der KPD und Mitglied im Parlamentarischen Rat, Max Reimann, am 6. Mai 1949 war: „Die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen, wir Kommunisten werden die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst verteidigen.“

Nur ein Bündnis aller demokratischen Kräfte, ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Sozialisten, kann noch geschlossener, noch energischer gegen die Feinde der Arbeiterklasse vorgehen.

Teilerfolge sind bereits erzielt: Die 29-jährige Hamburger Studienrätin Ilse Jacob, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP aus ihrer Stellung als Lehrerin auf Probe entlassen worden war, ist von der Hamburger Schulbehörde wieder eingestellt worden. Hier konnte Solidarität einen Erfolg verbuchen. Doch das Ziel ist noch nicht erreicht.

Dr. Gerhard Stuby, Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik an der Universität Bremen, formulierte die für uns wichtige Konsequenz:

„Den Ministerpräsidentenbeschlüssen muß auf der ganzen Linie der Kampf angesagt werden. Gegen ihre Durchführung muß gewerkschaftliche Gegenmacht entfaltet werden, und zwar nicht nur in den Sektionen der Lehrer und Hochschullehrer, sondern in allen von den Gewerkschaften zu beeinflussenden Bereichen. Denn hier handelt es sich um eine Frage, die für die Arbeitnehmer insgesamt und damit für die Mehrheit der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist.“

Unser aller Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte reiht sich ein in den umfassenden Kampf z. B. für die Ratifizierung der Ostverträge, für Frieden und Entspannung und für Abrüstung.

Eine immer breiter werdende Massenbasis dieser Aktionseinheit demokratischer Kräfte, wie sie in letzter Zeit zweifellos zu beobachten ist, mit ihren Aktivitäten, seien es Demonstrationen, teach-ins, Streiks etc., kann den Kampf gegen die Feinde unseres Volkes aufnehmen.

Der MSB Spartakus ist ein Glied in dieser fortschrittlichen Bewegung und leistet seinen entscheidenden Beitrag an den Universitäten und Hochschulen.

SPARTAKUS verurteilt Terroranschläge

Bombendrohung gegen Straße

In Gießen mußte eine Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden Christoph Straße kurzfristig in einen anderen Hörsaal verlegt werden, weil ein anonymer Anrufer Bombenalarm gegeben hatte. Auch in Hannover wurde eine Veranstaltung des MSB SPARTAKUS blockiert, da eine Bombendrohung die sofortige Schließung des Hörsaalgebäudes zur Folge hatte. Auf einem spontanen teach-in vor der Hannoveraner Universität erklärte der Stellvertretende Bundesvorsitzende des MSB SPARTAKUS, Jürgen Büscher, zu den Bombenanschlägen in verschiedenen Städten: „Wir verurteilen aufs schärfste die Bombenattentate und Bombendrohungen, die mit dem Kampf der fortschrittlichen Studenten für Frieden und Demokratie nichts gemein haben und ausschließlich den politischen Zielen der reaktionären Kräfte dienen. Schon bietet die CDU/CSU sich an, das bedrohte Staatsschiff wieder in ruhige Gewässer zu lenken“.



„Bombig! Da kann man ja prima sein Süppchen drauf kochen!“

Obwohl sie es besser wissen, benutzen die Reaktionäre aller Schattierungen die verantwortungslosen Terrorakte sekterreicher Abenteurer und Provokatoren, um die demokratische und sozialistische Bewegung zu diffamieren und von der Bevölkerung zu isolieren. Die Bombenattentate dienen ihnen als Begründung für die Anwendung des Berufsverbotebeschlusses, für die schnelle Verabschiedung der undemokratischen Bundesgrenzschutzgesetze, für den verschärften Abbau demokratischer Rechte überhaupt. Ob die Attentate von anarchistischen Abenteurern oder rechten Provokatoren begangen worden sind, sie haben nur eine Funktion: den Rechtskräften Munition für eine antikommunistische Hetzjagd gegen die wirklich fortschrittliche und revolutionäre Bewegung zu liefern ...

Die Terrorakte haben mit linker und fortschrittlicher Politik, mit dem Kampf für revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft nichts zu tun ...“

BFdW - Mann verliert Prozeß

„Der Student Ulrich Piepkorn wird beschuldigt, mit ein- und derselben Handlung den Göttinger Professor Wolfgang Wieland 1. beleidigt und 2. durch Verbreitung unwahrer Tatsachen verleumdet zu haben.“

In dem vor dem Göttinger Landgericht geführten Prozeß ging es um einen Artikel von U. Piepkorn im früheren Göttinger SPARTAKUS-Organ „Rote Blätter“ über den Bund „Freiheit der Wissenschaft“, in dem Prof. Wieland als Sprecher dieses Bundes treffend charakterisiert worden war: Es ging um das „professorale consilium abeundi“ (höfliche Relegation) und das „braune Loch“, aus dem Wieland nach längerer Zeit politischer Zurückhaltung hervorgekrochen war.

Eine Woche nach dem Attentat auf Rudi Dutschke schmierten Faschisten auf die Brücke vor der Marburger Mensa den Spruch: „Abendroth Schreibtischmörder von Frings“. (Frings war ein Pressefotograf, der während einer Demonstration gegen den Springer-Konzern am Ostermontag 1968 in München schwer verletzt wurde und wenige Tage später starb. Alle Tatsachen deuten aber darauf hin, daß er ein Opfer des brutalen Vorgehens der Polizei gegen die Demonstranten wurde.)

kel von U. Piepkorn, der sich insbesondere mit dem Treiben Wielands beschäftigte. Wieland behauptete denn auch, durch den Ausdruck „Jetzt ist er aus seinem brauen Loch wieder hervorgekrochen“ beleidigt worden zu sein, erstattete Strafanzeige, die Staatsanwaltschaft in Göttingen erhob im Oktober 1971 Anklage, am 31. Mai 1972 kam es zur Hauptverhandlung, nachdem ein früherer Termin (26. 4. 72) wegen Erkrankung eines Prozeßbeteiligten ausgefallen war.

Der Prozeß wurde politisch geführt. Das

lichkeit zuzulassen oder auszuschließen, nicht aber, sie begrenzt zuzulassen, was hier offensichtlich der Fall war.

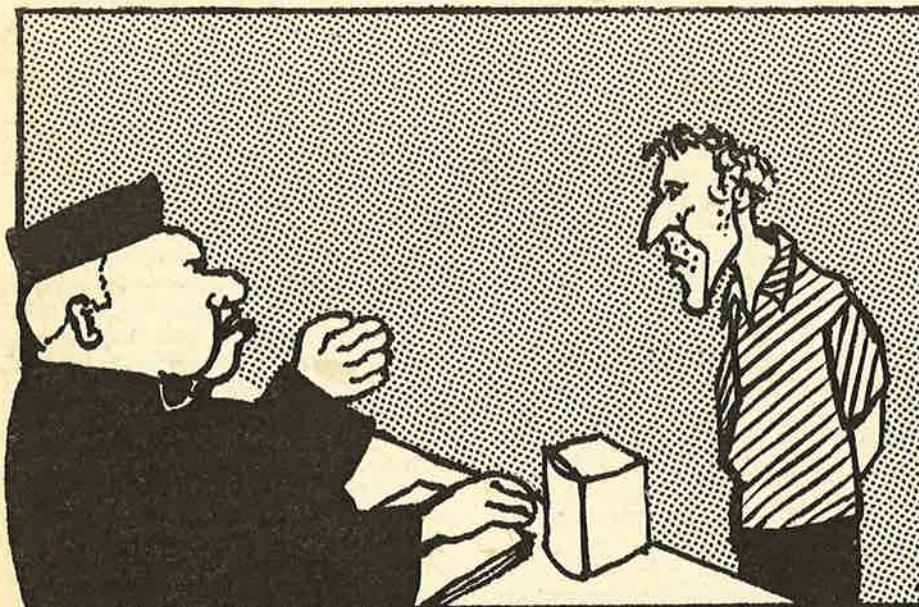
Im Prozeß selbst — das wurde den „her eingelassenen“ 50 Prozeßbeobachtern schnell deutlich — stand der Bund Freiheit der Wissenschaft (BFdW) auf der politischen Anklagebank.

Dafür sorgten U. Piepkorn, Mitglied des MSB SPARTAKUS und der DKP, und sein Verteidiger, der Genosse Pfannen schwarz, Rechtsanwalt in Frankfurt/Main. Der BFdW wurde entlarvt: Seine Verbindung mit dem Großkapital, seine politisch-reaktionäre Linie zur Aufrechterhaltung der Ordinarien-Privilegien, sein Versuch, alle Ansätze zur Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebes zu verhindern, und der in seiner „Freiheitlichkeits-Ideologie“ angelegte faschistische Ansatz wurde bloßgelegt.

Demgegenüber wirkte der Vertreter der Staatsanwaltschaft (wegen der „heißen Sache“ hatte man einen Referendar vorgesoben) lächerlich: „Der Artikel hatte das Ziel, jemand zu diffamieren..., den der Angeklagte nicht mag.“ Deshalb sein Antrag: 900 DM Geldstrafe oder 6 Wochen Haft!

Im Plädoyer des Verteidigers zeichnete sich schon der weitere Prozeßverlauf ab. Die Wucht der Argumente und der Druck der Öffentlichkeit konnten nicht mehr umgangen werden: Ulrich Piepkorn wurde freigesprochen! Der BFdW mußte diesen Prozeß verlieren!

In der Urteilsbegründung folgte Richter Kallmann der Rechtsauffassung, daß auch das Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 „im Lichte der Grundrechte“ (Lüth-Urteil) ausgelegt werden muß. So mußte Richter Kallmann, wenn er auch den Wahrheitsbeweis über den Charakter des BFdW nicht anerkennen wollte (oder konnte), immerhin das Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG) für höherrangig achten als die Ehre des „beleidigten“ BFdW-Organisators Wieland.



Bürgerlicher Justizalltag: „Sie hatten Hunger . . . Sie hatten Hunger . . . Das ist doch kein Grund . . . Ich habe doch auch fast jeden Tag Hunger, aber ich stehle doch nicht!“

Mit diesen faschistischen Schmierereien solidarisierte sich Prof. Heuß in Marburg in einem Leserbrief an die örtliche Tageszeitung. Prof. Wieland unterstützte mit einer öffentlich geäußerten Bemerkung diese Terrorkampagne gegen Abendroth (vgl. Spiegel vom 13. 5. 1968). Den Fragen der Studenten nach einer Begründung für sein Verhalten entzog sie Wieland wiederholt.

Kurz darauf ging Wieland nach Göttingen. Hier engagierte er sich nach der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft für diesen reaktionären Verband und betätigte sich als Organisator der Ortsgruppe Göttingen des „Bundes“. Im Januar 1971 erschien dann der Arti-

wußte auch der Landgerichtspräsident, der den großen Schwurgerichtssaal im Gerichtsgebäude nicht freigeben wollte (obwohl dieser zu dem Zeitpunkt zur Verfügung gestanden hätte), so daß ca. 60 Studenten der Zutritt zum „öffentlichen Prozeß“ verwehrt blieb. Ein entsprechender Antrag der Verteidigung wurde vom Gericht naturgemäß abgelehnt, wobei sich wieder einmal zeigte, daß die Vorschriften der §§ 169 ff. GVG (Gerichtsverfassungsgesetz von 1877), in denen die Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen klar geregelt ist, für das Gericht immer dann zur bloßen Farce herabsinken, wenn es einen politischen Prozeß zu führen hat. Hiernach ist es nur möglich, die Offent-

NPD-Polizist wurde befördert

München (ppa) - Der SPD-Landtagsabgeordnete Albert Koch aus Neustadt bei Coburg hat den bayrischen Innenminister Dr. Bruno Merk (CSU) schriftlich gefragt, warum der Ambergser Polizeimeister und NPD-Kreisvorsitzende Anton Kollross bisher trotz zahlreicher Übergriffe nicht bestraft, sondern kurz nach einem Freispruch durch das Amtsgericht Ambert „auch noch in nahezu demonstrativer Weise befördert worden war“?

MdB Koch fragt Innenminister Werk, warum die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Kollross im Zusammenhang mit der Bundestagswahl eingestellt hat, als der NPD-Polizist einen Landwirt mit seiner Dienstpistole bedrohte, weil dieser ein zuvor von Kollross geklebtes NPD-Plakat von seinem Grundstück entfernt hatte.

Spaziergang in den Frieden?

Ein Hauch von Melancholie schwebt über den Zeilen des FAZ-Leitartiklers Ernst-Otto Maetzke im Artikel „Es geht nur noch um Politik“ in der FAZ vom 27. 5. 72. Schien es doch fast so, als wäre die Welt in unversöhnliche Klassengegensätze gespalten. Hatte diese Behauptung die FAZ den Kommunisten nach außen hin nie abgenommen, so war man doch selbst von der Unversöhnlichkeit von „freiheitlicher Demokratie“ und „totalitärem Kommunismus“ überzeugt. Doch nun, da die Kommunisten die Durchsetzung der Prinzipien der

Es gehörte seit jeher zu den Hauptaufgaben der antikommunistischen Ideologie in Form des Antisowjetismus, gegenüber den nach Frieden und einem gerechten Zusammenleben der Völker strebenden Massen den grundsätzlich neuen Charakter im System der internationalen Beziehungen durch den Eintritt der Sowjetmacht in die Arena der internationalen Politik, zu verschleiern. Zudem ist es den Ideologen der Bourgeoisie aufgrund ihres notwendig beschränkten Geschichtsverständnisses objektiv nicht möglich, die grundlegenden Tendenzen der internationalen Politik als Reflexion des Systemwiderspruches in ihrer vollen Tragweite zu begreifen. Bei den „Macht“-theorien handelt es sich objektiv jedenfalls um eine ziemlich umfangreiche Diversion gegen den Sozialismus. Die Preisgabe des klassenmäßigen Herangehens zugunsten wilden Krakeelens gegen die Supermächte ist der größte Sündenfall der Pekinger Führer. Es sei nur darauf verwiesen, daß die bürgerliche Propaganda deren blinden Antisowjetismus als Hauptbegründung für die Machtkonzeption der internationalen Beziehungen benutzt.

Die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen sind kein Geheimnis: das gemeinsame Kommuque und die getroffenen Vereinbarungen legen die erzielten Gemeinsamkeiten ebenso wie

die Differenzen offen dar. In dem Dokument über die „Prinzipien der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA“ wird festgestellt, daß „im Atomzeitalter die einzige Grundlage für die Beziehungen zwischen ihnen die friedliche Koexistenz sein kann“. Als Endziel der Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen sehen sie die allgemeine Abrüstung an. Die USA verpflichten sich, einen Beitrag zur weiteren friedlichen Entwicklung in Europa zu leisten, insbesondere das unverzügliche Stattfinden der europäischen Sicherheitskonferenz zu unterstützen. Daneben wurden einige Abkommen über kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Es ist offensichtlich, daß sich keine der Vereinbarungen gegen die Interessen anderer Völker richtet. So hat die sowjetische Verhandlungsdelegation im Abschlußkommuniqué auch klar zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht daran denkt, über andere Völker hinter deren Rücken zu verhandeln: sie hat die Vorschläge und Forderungen der Völker Indochinas, mit denen sie durch ihre militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung solidarisch verbunden ist, das 7-Punkte-Programm der DRV und der provisorischen Regierung der Republik Südvietnam unterstützt und die sofortige Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe gefordert.

Friedlichen Koexistenz erzwungen, erkämpft haben, wirft ihnen die Großbourgeoisie aus dem Munde der FAZ Verrat an den Idealen des proletarischen Klassenkampfes vor. Freilich: nach der immer konsequenteren Durchsetzung der Prinzipien der Friedlichen Koexistenz bleibt nicht der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter und Unterdrücker auf der Strecke — als wirklich besiegt bleibt einzig und allein auf der Strecke der Kaffeehaus-Sozialist, der vom realen Kampf der Arbeiterbewegung isolierte Boutiquen-Linke.

Friedliche Koexistenz — unumstößliches Prinzip sozialistischer Außenpolitik

Wer allerdings glaubt, daß mit gutem Willen alle internationalen Probleme hätten gelöst werden können, der täuscht sich ebenso über den Charakter der Beziehungen zwischen zwei antagonistischen Systemen wie der, der internationale Politik in unhistorischen „ewigen“ Kategorien des Machtstrebs, der „Hegemonie der Supermächte“ begreift. Gerade in dem Wandel der Beziehungen zwischen den sozialistischen und imperialistischen Ländern, in den widersprüchlichen Entwicklungen, die einerseits die Entspannung in Europa ermöglichen, während sich zugleich die Konflikte in anderen Teilen der Welt zuspitzen, drücken sich die Gesetzmäßigkeiten in der internationalen Politik unserer Epoche aus, die durch das sich wandelnde Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus bestimmt sind.

Auf ihrem XXIV. Parteitag unterbreitete die KPdSU der Welt ein umfassendes Friedensprogramm, das konkrete Schritte zur friedlichen Lösung der großen Probleme der Welt, in Europa, Indochina, im Nahen Osten und auf dem Gebiet der Abrüstung vorsieht. Die ersten Schritte der Abrüstung, der Entspannung in Europa, der Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die USA zeigen, daß dieses Programm realistisch ist, weil es nicht auf den subjektiven Wünschen einiger „Kremlführer“ nach „Machtab sicherung“ beruht, sondern weil es auf den allgemeingültigen Prinzipien sozialistischer Außenpolitik und der richtigen Einschätzung der Weltlage beruhend ein Programm des Friedens ist, dessen Verwirklichung allen Völkern Vorteile bringen kann, das überall in der Welt Unterstützung findet.

Die Erkenntnis Lenins, daß es angesichts der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus in der Welt eine Epoche des Übergangs geben wird, in der sozialistische und kapitalistische Länder nebeneinander existieren, impliziert die Notwendigkeit friedlicher Beziehungen der Koexistenz und der Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Diese Haltung Lenins und die Bemühungen der jungen Sowjetmacht um



Vor Beginn der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA.

Frieden, Abrüstung und wirtschaftliche Beziehungen als nur für die Zeit der Schwäche geltend anzuerkennen würde bedeuten, daß man das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung letztlich ablehnen würde und die Konzeption des „Exports der Revolution“ vertritt.

„Nach diesen Auffassungen könnte eine sozialistische Republik, die von imperialistischen Mächten umgeben ist, überhaupt keine Wirtschaftsverträge schließen, sie könnte nicht existieren, es sei denn auf dem Mond...“ (Lenin Werke, Bd. 27, S. 77) Allerdings mußte die junge Sowjetrepublik noch aus der Position der relativen Schwäche heraus sich gegen die imperialistischen Mächte, die militärische Intervention der Entente, gegen Blockadeversuche durchsetzen. Allerdings konnte noch 1921 auf der Genua-Konferenz der sowjetische Vorschlag der allgemeinen Abrüstung, der Ächtung von Massenvernichtungswaffen durch den entschiedenen Widerstand der europäischen Mächte einfach abgewürgt werden. Scheiterten auch die ersten Versuche der militärischen Vernichtung des Sozialismus und konnte die Sowjetunion den kapitalistischen Mächten durch für sie vorteilhafte Bedingungen friedliche Handelsbeziehungen abkaufen, so änderte sich doch an der prinzipiell zu militärischen Aktionen bereiten und auf gewaltsame Annexion der sozialistischen Länder ausgerichteten Politik der „Westmächte“ auch nach dem zweiten Weltkrieg nichts. So schlug man regelmäßig alle Angebote der UdSSR und später der DDR zur friedlichen Lösung der deutschen Frage in der Hoffnung aus, durch eine Politik der Stärke den Sozialismus zwingen zu können, seine Position in Europa aufzugeben. Ebenso meinte man noch lange Zeit, in den Handelsbeziehungen die Bedingungen diktieren zu können. War bis vor Jahren noch eine Embargo-politik gegenüber der Sowjetunion möglich, so findet sie heute für jedes Handelsangebot einen Partner.

Ergebnisse des veränderten Kräfteverhältnisses

Betreibt die Sowjetunion mit ihrer Politik der Abrüstung, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil „imperialistische Großmachtpolitik“? Die kapitalistischen Staaten haben ihre Politik der Aufrüstung, militärischen Bedrohung, der Einmischung gegenüber dem Sozialismus nicht freiwillig aufgegeben. Natürlich hat die Sowjetunion die imperialistischen Mächte nicht durch gutes Zureden allein von ihrem offenen Aggressionskurs abringen können, sondern nur durch die reale Veränderung der ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnisse in der Welt zugunsten des Sozialismus. In diesem Sinne war und ist eine Außenpolitik, die von der objektiven Realität in der Welt ausgeht, immer Machtpolitik, ist auch das Resultat der Moskauer Verhandlungen ein Ergebnis der „Machtpolitik“ nicht nur der UdSSR, sondern der sozialistischen Staatengemein-

schaft. Denn die meisten sozialistischen Länder haben erkannt: durch die Einheit und Geschlossenheit ihres Vorgehens können sie das politische Gewicht jedes einzelnen Staates potenzieren, wie sich jetzt auch in den Verhandlungen verschiedener sozialistischer Staaten mit der BRD über die Verbesserung der Beziehungen zeigt. Betrachtet man die sowjetische Politik gegenüber den USA aber nur von ihrer machtpolitischen Basis, ohne ihre realen Ergebnisse einzuschätzen, so sitzt man dem Supermarktgeschwätz der FAZ und der Peking-Rundschau auf. Solange, wie der Kapitalismus die Welt allein regierte, war die Geschichte der internationalen

dehnung seiner Herrschaft mit allen Mitteln weiter betreiben und seinen Untergang mit aller Gewalt verhindern will, hat sich in seinem Wesen und in den Triebkräften, die diese Politik bedingen, nichts verändert. Der verbrecherische Krieg gegen die indochinesischen Völker, die

Wortlaut des sowjetisch-amerikanischen Dokuments.

Moskau. — Das in Moskau unterzeichnete Dokument „Die Prinzipien der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika“ hat laut TASS folgenden Wortlaut:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika haben,

geleitet von den Verpflichtungen, die sie durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen übernommen haben, und von dem Bestreben, ihre friedlichen Beziehungen zu festigen und auf einer möglichen dauerhaften Basis aufzubauen,

in der Erkenntnis der Notwendigkeit aller Anstrengungen zur Abwendung der Gefahr eines Krieges und zur Schaffung von Bedingungen zu unternehmen, die der Entwicklung in der Welt und der allgemeinen Sicherheit und der internationalem Zusammenarbeit förderlich sind,

in der Meinung, daß eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und ihre für beide Seiten vorteilhafte Entwicklung darunter im Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, diesen Zielen entsprechen und zur besseren Verständigung und zur sachlichen Zusammenarbeit beitragen werden, ohne im geringsten die Interessen dritter Länder zu beeinträchtigen;

in dem Bewußtsein, daß diese Ziele den Interessen der Völker beider Länder Rechnung tragen, folgendes vereinbart:

Erstens: Sie werden von der gemeinsamen Überzeugung ausgehen, daß in Atomzeitalter die einzige Grundlage für die Beziehungen zwischen ihnen die friedliche Koexistenz ist, kann die Unterschiede in der Ideologie und in den sozialen Systemen der UdSSR und den USA bilden kein Hindernis für die Entwicklung auf den Prinzipien der Souveränität, der Gleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils beruhenden normalen

Zweitens: Die UdSSR und die USA betrachten es als sehr wichtig, zu verhindern, daß Situationen entstehen, die eine gefährliche Zuspielerrolle für die Beziehungen zwischen ihnen hervorrufen können. Davon ausgehend werden sie alles nur Mögliche tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines nuklearen Krieges zu verhindern. Sie werden in ihren Beziehungen zueinander stets Beherrschtheit an den Tag legen und sich bereit zeigen, Verhandlungen mit friedlichen Mitteln zu regeln. Der Meinungsaustausch und die Verhandlungen über die ungelösten Fragen werden im Geiste der Gegenseitigkeit, der gegenseitigen Rücksicht auf die Position des anderen und des gegenseitigen Vorteilsfolgen.

Beide Seiten erkennen an, daß der Verteidigung auf Kosten der Gegenseite auf direktem oder indirektem Wege einseitige Vorteile zu verschaffen mit diesen Zielen vereinbar ist. Die notwendigen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung und Festigung friedlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sind Anerkennung der Interessen der auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhenden Sicherheit beider Seiten und Verzicht auf Gewaltanwendung bezüglichweise Androhung.

Drittens: Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten haben wie die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen die spezielle Pflicht, alles von ihnen Abhängende zu tun, um zu verhindern, daß Konflikte oder Situationen entstehen, die die internationale Spannung zuspielen könnte. Dementsprechend werden sie dazu beitragen, daß alle Länder unter Verhältnissen des Friedens und der Sicherheit und ohne fremde Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten leben können.

Viertens: Die UdSSR und die USA haben die Absicht, die vertragliche Basis ihrer Beziehungen zu erweitern und alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht gegen dritte Länder und deren Interessen gerichtet.

Zwölftens: Die im vorliegenden Dokument dargelegten Hauptgrundsatze tasten die von der UdSSR und den USA früher übernommenen Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten nicht an.“

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
L. Brezhnev,
Generalsekretär des ZK
der KPdSU

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
Richard Nixon,
Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus

Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaft

Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen

Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“

Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft?

„Proletarische Aufklärung“ oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K“SB

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur

Von F. W. Plesken

facit-Reihe 9, ca. 40 Seiten, ca. 150 DM

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) von FACIT Nr. 27.

Hiermit abonneiere ich Exemplar(e) von FACIT ab Nr. bis auf Widerruf.

Name _____

Vorname _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

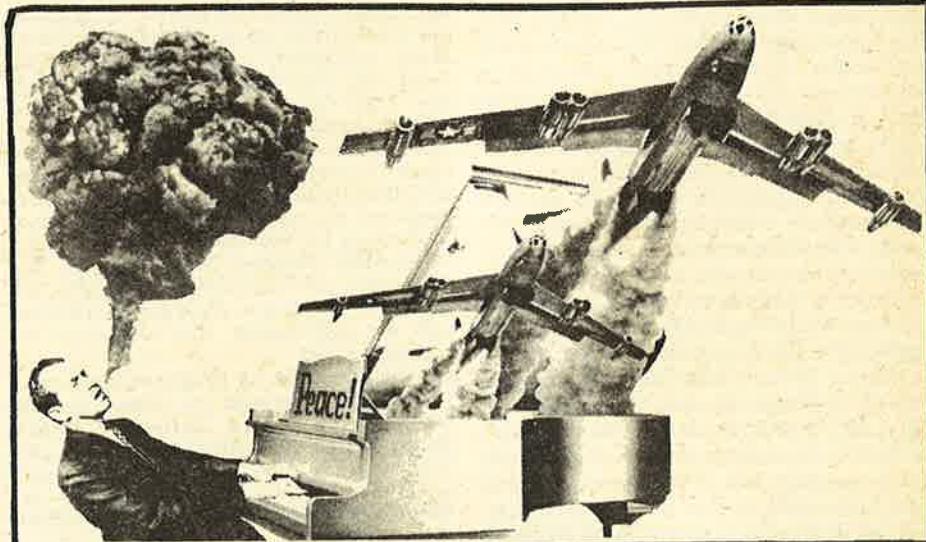
Expansion des israelischen Imperialismus, die Diversionsversuche in Ländern mit antiimperialistischen Regierungen wie in Chile — dies sind unübersehbare Erscheinungsformen des aggressiven Wesens des Imperialismus, ebenso wie die verzweifelten Versuche der CDU/CSU, die Entspannung in Europa zu verhindern. Der neue Charakter der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern spiegelt die Einschränkung seiner Wirkungsmöglichkeiten durch die objektiven Kräfteverhältnisse wider und verbessert zugleich die Bedingungen des antiimperialistischen Kampfes, des Kampfes um den Frieden in allen Teilen der Welt. Die Anpassung imperialistischer Strategie an die neuen Bedingungen ist ein widersprüchlicher Prozeß:

„Das kapitalistische System produziert gewissermaßen gleichzeitig sowohl das Streben nach Anpassung als auch den Widerstand gegen sie. Bedeutet doch An-

xon, die Friedenspolitik der Sowjetunion in Europa nicht zu blockieren, erklärt er sich bereit, die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz zu fördern, und zugleich verschärft er die Angriffe auf die indochinesischen Völker und fordert so die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft heraus.“

Moskauer Vereinbarungen zum Nutzen der Völker

Friedliche Koexistenz, Frieden und Abbrüstung ist heute nicht nur die allgemeine Existenzbedingung der Welt, sie entspricht vielmehr auch völlig den Interessen der Arbeiterklasse und der antiimperialistischen Bewegung in den kapitalistischen Staaten und denen der um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker, deren Kampfpositionen durch die Einengung des imperialistischen Handlungsspiel-



passen faktisch die (zumindest zeitweilige) Anerkennung der Stärke und Lebensfähigkeit der den Kapitalismus negierenden Kräfte, d. h. vor allem des Sozialismus, das Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit, alte Wege weiterzugehen, bisher propagierte Mittel und Methoden weiter zu praktizieren, den (zumindest zeitweiligen) Verzicht auf eine „vollständige“ Verwirklichung der eigenen Ziele. Hier wirkt der Selbsterhaltungstrieb im doppelten Sinne: als defensives Suchen nach dem „geringeren Übel“ und als offensiver Drang, verlorenen „Lebensraum“ und damit die der eigenen Natur entsprechenden Existenzbedingungen wiederzugewinnen“. (Lutz Maier: Dialektik der Entspannung, Einheit 4/72, S. 521.)

Dieser Widerspruch ist die objektive Grundlage für Differenzierungen und Differenzen in der imperialistischen Politik. Diese Differenzen existieren allerdings nicht nur in der Form, daß es hier „realistische“ und dort „gestrig“ imperialistische Kräfte oder politische Parteien gäbe. Der Widerspruch zwischen Anpassungzwang und Expansion läßt sich in der Politik der imperialistischen Hauptmächte in widersprüchlichen Haltungen zu den einzelnen Problemen wiederfinden. So versucht Ni-

raums, durch die Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts und ihrer nationalen Unabhängigkeit, durch den Zwang zum Abbau der Hochrüstung verbessert werden. Sicher — die Vereinbarungen von Moskau sind ein dem Imperialismus abgerungenes Papier, den Taten nicht automatisch folgen werden; zu denen müssen die USA und die europäischen imperialistischen Mächte durch das gemeinsame Vorgehen aller antiimperialistischen Kräfte gezwungen werden.

Das betrifft ebenso die nationale Unabhängigkeit der indochinesischen Völker wie einen allgemeinen Gewaltverzicht auf der Grundlage der völkerrechtlichen Fixierung der bestehenden Grenzen und die Eindämmung des Wettrüstens auf einer gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.

„Zur Sicherung des Friedens müssen die abgeschlossenen Abkommen zum Inhalt der praktischen Tätigkeit der Staaten gemacht und effektiv in die Tat umgesetzt werden. Auch künftig muß der unverzöglichliche Kampf gegen die aggressiven imperialistischen Kräfte, gegen alle und jegliche Gegner des Friedens und der Sicherheit der Völker geführt werden.“ (PRAWDAs)

Das große Fest der Jugend

Mit einer öffentlichen Kundgebung des Arbeitskreises Festival in Essen, an der über 400 Jugendliche und Studenten aus Nordrhein-Westfalen teilnahmen, erreichte die Kampagne zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der BRD ihren ersten Höhepunkt. Wie in allen anderen Ländern der

Wie schon einmal vor 21 Jahren wird Berlin, Hauptstadt der DDR, wieder gastgebende Stadt für die Weltfestspiele sein. Waren es 1951 noch 26 000 Jugendliche aus 104 Ländern, so werden es im nächsten Jahr noch bedeutend mehr Teilnehmer sein, die sich trotz unterschiedlicher ideologischer und politischer Positionen zu den Festivalideen bekennen.

Jugendkonferenz der IG Metall für Eintritt in den AKF

„Die 12. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall, Bezirk Hagen am 26.5.1972 in Werdohl begrüßt die Initiativen der demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik einschließlich der Gewerkschaftsjugend zur Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die in der Zeit vom 28.7. bis 5.8.1972 in Berlin/DDR stattfinden.“

Wir sind der Auffassung, daß es gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert sind, notwendig ist, diese Verträge mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört es, das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten zu verbessern und den Gedanken der internationalen Solidarität zu vertiefen.

Die 12. Bezirksjugendkonferenz, Bezirk Hagen, begrüßt darum die Initiativen des Arbeitskreises Festival in der BRD und fordert unsere Vertreter der Gewerkschaftsjugend auf, in diesem Arbeitskreis Festival mitzuarbeiten und die gewerkschaftlich organisierte Jugend über die Vorbereitung und die Durchführung des Festivals schon jetzt zu informieren.“

Dieser Antrag wurde bei 43 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen.

1951 wegen Teilnahme ins Gefängnis

Auch 1951 fand der Festivalgedanke in der BRD großen Widerhall. Doch die herrschenden Kräfte um Adenauer ließen damals nichts unversucht, um eine Beteiligung westdeutscher Jugendlicher am Festival zu verhindern. Wer damals offen für die Ideen der Völkerverständigung eintrat, wer damals eintrat für die Verständigung mit den sozialistischen Staaten, war für Adenauer und seine Justiz ein Verfassungsfeind. Mit Polizeigewalt wurden Delegierte zum Festival an der

Welt werden auch in der BRD weitere Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen folgen, um die Festivalideen unter den Jugendlichen und unter den Studenten bekannt zu machen, und um eine breite Teilnahme aller zu werben, die für Solidarität, Frieden und Freundschaft eintreten.

berücksichtigen muß, daß die Motive für eine Teilnahme recht unterschiedlich sein können.

AKF: Repräsentant der fortschrittlichen Teile der Jugend und Studenten

Daß trotz Hochkonjunktur des Kalten Krieges in der BRD die Festivalideen auch in der BRD verbreitet wurden, ist der Verdienst des Arbeitskreises Festival (AKF), der sich 1965 als Nationales Vorbereitungskomitee in der BRD für die Weltfestspiele konstituiert hat. Die Initiatoren des AKF sind mit der Festivalbewegung in der BRD untrennbar fest verbunden. Es waren die den AKF tragenden Organisation, Verlage und Einzelpersonalkeiten, die Repräsentanten jener Teile der Jugendlichen waren, die offen und ehrlich für die Grundideen der Festivalbewegung eintraten.

Sie waren es, die die fortschrittliche Jugend- und Studentenbewegung bei den verschiedenen Weltfestspielen repräsentierten, zu einer Zeit, da andere Jugendorganisationen aus der BRD versuchten,



Berlin, Hauptstadt der DDR, wird im nächsten Jahr Treffpunkt der Jugend aus aller Welt sein.

mit Geldern des CIA eine Anti-Festival-Bewegung ins Leben zu rufen, da diese Organisationen an den Weltfestspielen teilnahmen, um zu provozieren, wie zuletzt in Sofia, als von einigen Verbänden eine vom DBJR herausgegebene, extra für das Festival gedruckte Hetzbroschüre gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten mit dem Titel „Die junge Generation in der BRD“ verteilt wurde. Damals beteiligte sich der vds am Festival, um hinterher seine detaillierten Berichte beim Außenministerium, beim „Gesamtdeutschen“ Ministerium und anderen obskuren Organisationen abzuliefern und die Reisespesen zu kassieren.

Heute ist die Situation eine andere, sowohl was die Bereitschaft zur Teilnahme, als auch, was die Solidarität zu den Festivalideen betrifft. Das Erstarken der sozialistischen Staaten, ihre konsequente Politik der friedlichen Koexistenz, die Erfolge der Nationalen Befreiungsbewegungen und nicht zuletzt das Erstarken des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus in der BRD selbst haben bei großen Teilen der Jugendlichen die Erkenntnis gebracht, daß die Ideen des Festivals identisch sind mit ihren eigenen Interessen, haben die Bereitschaft für ein aktives Eintreten für die Forderungen, wie sie im Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele artikuliert sind, anwachsen lassen.

Wenn nun trotzdem verschiedene Verbände und Organisationen nicht bereit sind, in den Arbeitskreis Festival einzutreten, um so aktiv an der Vorbereitung des Festivals teilzunehmen, so kann das nur dadurch erklärt werden, daß sie sich dem Druck antikommunistischer Beschlüsse beugen. Inwieweit dies den Festivalideen entspricht, darüber kann man streiten. Doch wichtiger ist, daß trotzdem alle Möglichkeiten einer breiten Vorbereitung und Teilnahme am Festival ausgeschöpft werden.

Vorschläge des AKF für ein einheitliches Zusammengehen aller am Festival interessierten Verbände

Der Arbeitskreis Festival hat deshalb bei einer Besprechung mit verschiedenen Jugendorganisationen folgenden konstruktiven Vorschlag gemacht: „Entsprechend dem gegenwärtigen Stand der Diskussion, der zu berücksichtigen hat, daß es dem Arbeitskreis angehörende und dem AKF nicht angehörende, gleichwohl aber am Festival interessierte Kräfte mit unterschiedlichen Positionen zum Festival gibt, wäre für die Zusammenarbeit ein paritätisch besetztes Gremium denkbar. Dieses Gremium sollte sich zum Zweck der gesamten Koordinierungsarbeiten, der grundsätzlichen Festlegungen sowie zum Zweck der internationalen Repräsentanz der Festivalbewegung in der BRD in Vorbereitung und bei der Teilnahme am X. Festival zusammenfinden.“

Wir meinen, alle am Festival interessierten Organisationen und Persönlichkeiten, sowohl die aus dem Arbeitskreis Festival als auch alle anderen, sollten gemeinsam und gleichberechtigt beraten über die inhaltlichen Aussagen und die Vorschläge sowie die gemeinsamen Aktionen zum Festival.

Sie könnten auf der Grundlage einer poli-

tisch-inhaltlichen Übereinkunft ein paritätisch besetztes Gremium bilden, in das der AKF und die anderen Kräfte je gleichviel Vertreter entsenden. Dieses Gremium könnte eine gute Form für eine vertrauliche Zusammenarbeit darstellen. Es wäre auch federführend für die Einberufung von Beratungen aller am Festival interessierten Organisationen und für die Wahrnehmung ihrer Interessen sowie ihrer Mitarbeit im Internationalen Vorbereitungskomitee. Um eine breite demokratische Unterstützung des Festivals in der Öffentlichkeit zu fördern, sollte eine breite Unterzeichnung des Aufrufs durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angestrebt werden.

Das zu bildende Gremium könnte sich „Initiativausschuß X. Festival“ oder ähnlich nennen. Der Name spielt nicht die entscheidende Rolle. Wir meinen, mit dieser Konstruktion könnte ein hohes Maß an Kooperation für das X. Festival erreicht werden. Kontinuität der Festivalbe-

in einem an die verschiedenen Jugend- und Studentenorganisationen versendeten Gründungsprotokoll dann die lapidare Aussage lesen:

„Die Anwesenden stimmten darin überein, daß der Vorschlag des AKF zur Bildung eines paritätisch besetzten Initiativausschusses zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele, der in einer gemeinsamen Befreiung am 12. April gemacht wurde, nicht akzeptiert werden könnte.“ Zwischen Vorschlag und Ablehnung liegen nur we-

Aufruf zu gemeinsamen Aktionen zur Vorbereitung des Festivals

Die Teilnehmer der Veranstaltung des AKF am 27. Mai in Essen wandten sich mit folgender Resolution an die Jugendlichen und an die Studenten in der BRD:

Die Teilnehmer der Veranstaltung des Arbeitskreises Festival (AKF) begrüßen den Beschuß des Internationalen Vorbereitungskomitees, die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft in der Zeit vom 28. 7. bis 5. 8. 1973 in Berlin/DDR zu veranstalten.

Sie stimmen den Ideen der Weltjugendfestspiele zu, wie sie im Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees formuliert sind. In dem Aufruf heißt es:

„Wir rufen die Jugend und die Studenten der Welt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Überzeugungen und ihre Organisationen auf, sich auf die Teilnahme am X. Festival, einer neuen und wichtigen Phase für die Stärkung ihrer Geschlossenheit, ihres Kampfes für Solidarität, Frieden, Fortschritt und eine bessere Zukunft vorzubereiten.“

Die Teilnehmer der Veranstaltung in Essen werden entsprechend dieser Aufforderung dafür eintreten, daß sich in unserem Lande die demokratischen Jugend- und Studentenverbände auf die Grundlage des Internationalen Aufrufes zur gleichberechtigten Zusammenarbeit, zur aktiven Vorbereitung des Festivals und zur breiten Teilnahme an diesem Treffen zusammenfinden. Sie rufen die Mitglieder der demokratischen Jugend- und Studentenverbände auf, das Festival auf allen Ebenen durch gemeinsame Aktionen im Geist der Festival-Idee Frieden, Freundschaft und Solidarität vorzubereiten. Dabei steht im Mittelpunkt:

- Der Kampf für europäische Sicherheit, für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau – d. h. für den Abbau der Rüstungslasten, gegen Revanchismus und Nationalismus, für den Abbau der antikommunistischen Hetze, Herstellung eines Klimas der guten Nachbarschaft mit den sozialistischen Staaten.

- Der Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, für die Aufnahme beider Deutscher Staaten in die UNO.

- Solidarität mit allen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern. Es gilt, die Solidarität mit den Völkern Indochinas zu verstärken, die der verbrecherischen Aggressionen der USA ausgesetzt sind. Verstärken wir die Spendenaktionen für die Völker Indochinas, kämpfen wir dafür, daß die Bundesregierung die Unterstützung der US-Politik in Indochina einstellt.

- Solidarität mit Angela Davis und mit allen anderen Inhaftierten und verfolgten Demokraten und Antifaschisten.

Setzen wir die große Bewegung der Weltfestspiele fort, entwickeln wir sie, indem wir den Erfolg der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin sichern, die eine große Initiative im Kampf für Solidarität, Frieden und Freundschaft, eine große Demonstration der Einheit der Jugend im antikolonialistischen Kampf sein werden.

Es leben die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten!

Es lebe die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte der Jugend!



Eine Auftaktveranstaltung für die Vorbereitung der X. Weltjugendfestspiele in der BRD fand im Essener Saalbau statt. Der Arbeitskreis Festival (AKF) hatte zu dieser Informationsveranstaltung eingeladen.

wegung unseres Landes vereint sich hier mit dem Streben, alle Kräfte, die dazu bereit sind und im Sinne der Festivalidee wirken wollen, zu einer gemeinsamen Aktion bei Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Teilnehmer zu vereinigen.“

Noch immer keine Antwort

Die Reaktion der anderen Verbände auf diese Vorschläge kann nur Erstaunen und Befremden auslösen.

So liest man denn in einem von den „Falken“ versendeten Schreiben folgende Passage:

„Am Mittwoch vergangener Woche, dem 12. April 1972, wurde in Frankfurt am Main die Koordinierungsgruppe der Jugend und Studenten der BRD für die X. Weltfestspiele gegründet.“

Die Gründung der Koordinierungsgruppe erfolgte, nachdem es nicht möglich war, mit den Verbänden, die jetzt im AKF zusammengeschlossen sind, Einigkeit über die Form einer Zusammenarbeit aller am Festival interessierten Jugendorganisationen in einem Vorbereitungskreis zu erzielen.“

Und statt dem AKF eine Antwort auf seine Vorschläge zukommen zu lassen und in die Diskussion einzutreten, kann man

nige Stunden. Dann wurde ein Gremium konstituiert, das schon im Januar angekündigt wurde. So kann in einem Brief der 'Falken' vom 17.1.1972, in dem der MSB über eine Besprechung verschiedener Jugendverbände, zu der weder der AKF noch seine Mitgliedsorganisationen eingeladen wurden, unterrichtet wurde, nachgelesen werden:

"Zu Ihrer Information übersenden wir Ihnen beiliegend eine Niederschrift über diese Zusammenkunft. Daraus können Sie entnehmen, daß eine Koordinierungsgruppe der Jugendverbände der BRD für das X. Festival konstituiert wird."

Die verschiedenen im Gründungsprotokoll der Koordinierungsgruppe aufgeführten Organisationen haben den Gründungsbeschluß bis jetzt noch nicht bestätigt. Auch eine offizielle Antwort an den AKF liegt noch nicht vor. Statt dessen fordern viele Unterorganisationen ihre Vorstände auf, dem AKF beizutreten. So forderte beispielsweise die Landeskongferenz der Jungsozialisten in Hamburg den Juso-Bundesvorstand auf, "einen Antrag auf Aufnahme in den AKF zu stellen!"

Mit der gemeinsamen Vorbereitung beginnen

Unabhängig von der Frage, auf welcher Basis sich nun die verschiedenen Ver-

Macht Lieder zum Festival!

Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten werden vom 28. Juli bis 5. August 1973 in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, stattfinden. Die Weltfestspiele sind die größte internationale Jugendbegegnung unserer Zeit. Sie demonstrieren den Wunsch der jungen Generation nach Verständigung und Frieden, gegen Imperialismus.

Jugendliche aus fast allen Ländern der Erde werden zusammenkommen, zwischen den Völkern Vorurteile abzubauen, Spannungen zu entschärfen und Freundschaften zwischen jungen Menschen verschiedener politischer und weltanschaulicher Auffassungen anzubauen. Die Vorbereitungen zum Festival werden auch in der Bundesrepublik vielfältig sein.

Hier wird es Aktionen für die sofortige Beendigung der US-Aggression in Indochina geben, Aktionen für den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen, für Freiheit für Angela Davis, gegen Rassendiskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Faschismus, für Demokratie und sozialen Fortschritt.

Eine Kampfform ist das Lied. Deshalb rufen wir junge Leute, die in Singegruppen organisiert sind, wir rufen junge Leute, die in Wort und mit Liedern mithelfen wollen, das Festival mit vorzubereiten, zu einem

Liederwettbewerb

„X. Festival der Jugend und Studenten“

Mit Liedern das Festival vorbereiten?

Natürlich nicht nur mit Liedern.

Aber politische Texte und politische Lieder sind ein wichtiger Bestandteil des antiimperialistischen Kampfes! Deshalb setzt euch hin, allein oder in eurer Gruppe!

Laßt uns diese Texte und Lieder in den Schulen, Berufsschulen, in Betrieben und Universitäten bekanntmachen als einen Teil unserer Vorbereitung zum X. Festival!

Franz-Josef Degenhardt, Die Conrads, Redaktion elan, Floh de Cologne, Fasia Jansen, Dietrich Kittner, Münchener Songgruppe, Verlag Pläne, Peter Schütz, Songgruppe Solidarität (Bonn), Hannes Stütz, Dieter Süverkrüp

Schickt eure Texte und Lieder an:

elan – Magazin für junge Leute, 46 Dortmund, Brüderweg 16, oder
rote blätter – Organ des MSB Spartakus
53 Bonn, Sternenburgstraße 73

Aufruf der konstituierenden Beratung des Internationalen Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Jugend und Studenten der Welt!

Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten werden in Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, vom 28. Juli bis 5. August 1973 stattfinden. Die neun vorangegangenen Festivals haben in starkem Maße zur Entwicklung des Kampfes breiter Schichten der Jugend und Studenten und zur Stärkung des vereinten Kampfes der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschaulichkeiten, für Solidarität, Frieden und Freundschaft, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft unter der Jugend der Welt beigetragen. Seit dem IX. Festival in Sofia ist der Strom der Kräfte, die gegen Imperialismus und dessen Politik des Krieges, der Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, ständig gewachsen und hat seine Positionen verstärkt. Jetzt stehen den revolutionären, progressiven und demokratischen Kräften, die die Oberhand über die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion in der großen historischen Konfrontation zwischen beiden gewonnen haben, neue ermutigende Perspektiven offen. Die Jugend und die Studenten sind aktiv in die sozialen und politischen Kämpfe der Völker einbezogen worden, haben ihre Rolle dabei verstärkt und sich dem antiimperialistischen Kampf für nationale und soziale Befreiung, für Unabhängigkeit und Freiheit, für Demokratie und sozialen Fortschritt, für die Entwicklung einer neuen Gesellschaft dynamisch angeschlossen.

Seit dem IX. Festival haben die progressiven, demokratischen und friedliebenden Kräfte durch ihren Kampf dem Imperialismus neue Schläge versetzt. Aber angesichts seiner wiederholten Rückschläge und wachsenden Schwierigkeiten verstärkt der Imperialismus seine Aggressivität, benutzt er alle Mittel in dem Versuch, seine Positionen zu halten oder verlorenen Boden wiederzuerlangen. Die von den heldenhaften Völkern Vietnams, Laos' und Kambodschas errungenen Siege, die Erfolge der progressiven Kräfte in der Welt zeigen, daß es heute möglich ist, den Imperialismus und die Reaktion zurückzuwringen und sie schließlich zu schlagen. Wir sind uns deshalb bewußt, daß die Entwicklung der Aktion und der Einheit aller antiimperialistischen, demokratischen und progressiven Kräfte in größerem Maße möglich und notwendiger ist als je zuvor, um Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Fortschritt und Frieden in der Welt zu gewährleisten. Wir sind sicher, daß die Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten eine neue große Manifestation der Einheit der jungen Generation im Kampf gegen Imperialismus, für Solidarität, Frieden und Freundschaft sein werden.

Wir begrüßen die Initiative der Freien Deutschen Jugend und danken ihr für ihren Vorschlag, das X. Festival in der Hauptstadt der DDR durchzuführen, deren Beitrag zum antiimperialistischen Kampf und deren Politik des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt die Unterstützung der Massen der Jugend und der Studenten genießt. Wir rufen die Jugend und die Studenten der Welt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Überzeugungen und ihrer Organisationen auf, sich auf die Teilnahme am X. Festival einer neuen und wichtigen Phase für die Stärkung ihrer Geschlossenheit, ihres Kampfes für Solidarität, Frieden, Fortschritt und eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Die Vorbereitung und der Inhalt des X. Festivals: Es wird ein einmütiger Ausdruck der internationalen Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas sein, und wir fordern, daß der US-

Imperialismus seine Truppen aus Indochina vollständig und bedingungslos abzieht, seine Unterstützung für die Marionettenregimes in Saigon, Vientiane und Phnom Penh einstellt und die Völker dieser drei Länder ihre eigenen Angelegenheiten ohne ausländische Einmischung entscheiden läßt.

Es wird eine machtvolle Demonstration der Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung, mit dem Kampf der Jugend der arabischen Länder, des palästinensischen Volkes, der Menschen der portugiesischen Kolonien, Lateinamerikas und Asiens für ihre Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Zionismus und Apartheid sein.

Es wird der Jugend und den Studenten der Welt die Möglichkeit geben, ihre Solidarität mit der Jugend der sozialistischen Länder, die den Sozialismus angesichts imperialistischer Manöver und Provokationen aufzubauen, zu zeigen und einen entscheidenden Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus, für Frieden und Solidarität und Freundschaft zu leisten.

Es wird die Solidarität mit den bedeutenden Kampfaktionen der Jugend und Studenten in den kapitalistischen Ländern gegen die Ausbeutung durch die Monopole, Unterdrückung, für die Durchsetzung ihrer Rechte und Bestrebungen, für tiefgreifende ökonomische und soziale Veränderungen und für Demokratie zum Ausdruck bringen.

Es wird eine neue machtvolle Demonstration der internationalen Solidarität mit der Jugend und den Studenten sein, die gegen Faschismus für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Es wird die tiefsten Bestrebungen und die Verpflichtung der Jugend zum Kampf für Abrüstung und Frieden bekräftigen, wie es die vielen wichtigen Initiativen der Jugend in Europa für Sicherheit und Zusammenarbeit auf ihrem Kontinent beweisen.

Das X. Festival wird alle bedeutenden Probleme unserer Zeit, die die Jugend und die Studenten berühren, sowie die ganze Vielfalt des heutigen Kampfes für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele widerspiegeln. Es wird ein Höhepunkt und eine neue Stufe in ihrem Kampf sein.

Das X. Festival wird die reichen Traditionen der vorangegangenen Festivals fortsetzen und eine bedeutungsvolle und begeisterte politische, kulturelle und sportliche Initiative der Jugend und der Studenten sein.

Wir rufen jetzt die jungen Männer und Frauen aller Länder auf, sich durch Aktionen und eine möglichst breite antiimperialistische Einheit auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vorzubereiten. Wir fordern die internationalen und nationalen Organisationen, alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Jugend und Studenten, die mit diesem Aufruf einverstanden sind, auf, mit dem breiten und offenen Prozeß der Vorbereitung des Festivals zu beginnen.

Bei der Ausarbeitung seines Programms zu helfen, möglichst breite nationale Vorbereitungskomitees – unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten – zu schaffen, die Teilnahme aller Kräfte, die die Ziele des Festivals teilen und bereit sind, zu einem Erfolg beizutragen, zu unterstützen. Setzen wir die große Bewegung der Weltfestspiele fort, entwickeln wir sie, indem wir den Erfolg der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, die eine große Initiative im Kampf für Solidarität, Frieden und Freundschaft, eine große Demonstration der Einheit der Jugend im antiimperialistischen Kampf sein werden, sichern. Es leben die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten! Sofia, 19.–20.1.72

bände mit dem AKF arrangieren werden, ist es an der Zeit, die aktive Vorbereitung in der BRD weiter voranzutreiben. Die Essener Kundgebung war ein erster öffentlicher Höhepunkt. Es entspricht voll und ganz den Festivalideen, wenn von der Essener Kundgebung aus gefordert wird, „das Festival auf allen Ebenen im Geiste

der Festivalideen Frieden, Freundschaft und Solidarität vorzubereiten."

VDS, SHB und MSB Spartakus sind Mitglieder des AKF. Sie werden ihren Teil zur Vorbereitung des Festivals beitragen. Den fortschrittlichen Studenten unverständlich muß aber der Versuch der Ko-

VDS bekräftigt Mitgliedschaft im Arbeitskreis Festival

Ohne Gegenstimme und bei nur wenigen Enthaltungen beschloß die außerordentliche Mitgliederversammlung des vds einen Antrag, in dem der vds seine volle Unterstützung des internationalen Aufrufs zum X. Festival der Jugend- und Studentenverbände in Berlin, Hauptstadt der DDR, zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig wurde die Mitgliedschaft des vds im Arbeitskreis Festival uneingeschränkt bekräftigt und der vds-Vorstand aufgefordert, sich für eine breite Beteiligung aller Jugend- und Studentenorganisationen am Festival einzusetzen. Damit stellte sich die a. o. MV des vds hinter die konstruktiven Vorschlage des AKF, die der vds mit formuliert hatte.

Der Beschuß hat folgenden Wortlaut:

„Der vds unterstützt den Aufruf für die X. Weltfestspiele, der auf der konstituierenden Beratung des Internationalen Vorbereitungskomitees beschlossen wurde. Der vds fordert alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Jugend in der Bundesrepublik auf, auf der Grundlage dieses Aufrufes mit der Vorbereitung des Festivals in der Bundesrepublik zu beginnen.

Der vds begrft es, daß zahlreiche Jugend- und Studentenverbände in der Bundesrepublik ihr Interesse an einer Teilnahme am Festival bekundet haben.

Der vds protestiert auf das Entschiedenste gegen alle Versuche, auch heute noch die Teilnahme an den vorangegangenen Weltfestspielen als verfassungsfeindliche Handlung zu interpretieren, um so weitere Handhaben in der verfassungswidrigen Berufsverbotskampagne gegen fortschrittliche Beamte und Angestellte im offentlichen Dienst zu haben.

Der Vorstand des vds wird beauftragt, sich um eine gemeinsame Vorbereitungsgruppe aller westdeutschen Jugend- und Studentenverbände, die mit der Unterstützung des Aufrufes von Sofia zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten ihr Interesse an der Mitwirkung bekundet haben, zu bemühen.

Als Mitglied des Arbeitskreises Festival wird der Vorstand insbesondere auf die Vereinigung von Arbeitskreis Festival und Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in einem Vorbereitungskreis hinarbeiten.

Der vds wird sich dafür einsetzen, die Mehrheit der Studenten für eine Unterstützung des Festivals und eine Teilnahme an den Weltfestspielen zu gewinnen.“

Forum der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel

Das Europa der Zusammenarbeit muß von den Völkern mitgebaut werden

800 Persönlichkeiten aus 27 Ländern Europas, Vertreter der unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Gruppierungen, trafen sich vom 2. bis 5. Juni in Brüssel. Ihr gemeinsames Ziel: Sicherheit und Zusammenarbeit noch mehr zur Sache der Völker selber zu machen, massenerfassende Initiativen und Bewegungen in allen europäischen Ländern verstrkzt zu entwickeln, die Konferenz der Regierungen günstig zu beeinflussen.

Aus der BRD waren neben vielen anderen dabei: MSB-Vorsitzender Strawé, Vertreter des SHB, des vds, der SDAJ und der Jungsozialisten. Als Repräsentanten der Jugend- und Studentenverbände der BRD waren sie auch Teilnehmer eines Jugendtreffens im Rahmen des Forums, in dessen Mittelpunkt die Vorbereitung einer Konferenz internationaler Jugendorganisationen über Probleme der europäischen Sicherheit stand. Es soll Ende August in Helsinki stattfinden, die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit zusammenfassen und neue Aktionen der Jugend auslösen.

Zum Brüsseler Treffen bringen wir auszugsweise einen Bericht der Progressiven Presseagentur (ppa) von Hans Peter Breuch:

Die erstaunliche Geschichte des Brüsseler Forums dokumentiert das Sehnen, endlich mit der Bedrohung des Lebens, mit der Konfrontation Schluß zu machen. Denn in nur fünf Monaten erfaßte die Initiative für den Kongreß Millionen Menschen, begeisterte sie über Grenzen hinweg, ließ sie Vorschlage, Ideen entwerfen, machte ihr Verantwortungsbewußtsein für die zu lösenden Probleme deutlich. Die gesamteuropäische Staatenkonferenz wird sich auf die mannigfaltigen Meinungen stützen können und müssen. Allein das schon war das Forum wert.

„Europäische Charta“ proklamiert

Das Ringen um Grundprinzipien der europäischen Sicherheit, um die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit der Nationen war oft hindernisreich. Unterschiedliche Meinungen prallten aufeinander. Doch der Wille zum Neubeginn half Barrieren überwinden, weil den Diskussionen die tatsächliche Lage Europas zugrundegelegt wurde. Da, wo zwischen den Politikern und Wirtschaftlern, den Gewerkschaften, Frauen und Jugendlichen, den Wissenschaftlern, Künstlern und kirchlichen Würdenträgern noch Gräben aufriissen, bestand in eindrucksvollem Maße Uebereinstimmung, daß endlich und unverzüglich die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch alle Staaten vollzogen werden muß, daß die Zeit für die Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die Organisation der Vereinten Nationen reif ist.

Das Forum proklamierte schließlich in seiner „feierlichen Deklaration“ eine europäische Charta der friedlichen Koexistenz. Diese grundlegenden Normen der zwichenstaatlichen Beziehungen lauten: Verzicht auf Gewaltanwendung oder Andro-

hung, Unantastbarkeit der Grenzen, Achtung der Souveränität und der territoriaen Integrität, friedliche Koexistenz und gute Nachbarschaft.

In der belgischen Hauptstadt traten viele Delegierte vor den Kongreß, die das Mandat bedeutender nationaler und internationaler Organisationen mitbrachten. So waren finnische, britische, schottische, französische, italienische, die christlichen und sozialistischen Gewerkschaften Belgiens, Abgesandte der vom Franco-Regime unterdrückten Arbeiterkommissionen und von der Athener Militärdiktatur verfolgte griechische Gewerkschaftsvertreter offizielle und autorisierte Teilnehmer des Forums. Bedauert wurde, daß der DGB, die SPD und FDP als Regierungsparteien der Bundesrepublik, die Frieden und Zusammenarbeit als politische Ziele proklamieren, hier nicht ihren Platz einnahmen, nicht ihre Stimme zur Geltung brachten, ja, nicht einmal durch Beobachter prsent waren.

SPD nicht vertreten

Was ist ein Bekenntnis zum Frieden wert, wenn man im „Ernstfall“ durch Abwesenheit glänzt? Der Generalrat der sozialistischen Internationale hat erst vor Jahresfrist erklärt: „Die Internationale hofft, daß Konferenzen zur internationalen Sicherheit zu einem permanenten Instrument werden, mit denen die Länder verschiedener Gesellschaftsordnungen beweisen können, daß es möglich ist, Konfrontation durch Zusammenarbeit zu ersetzen und eine Zone des Friedens in der Welt zu schaffen.“ Mehrere sozialdemokratische Parteien waren in Brüssel anwesend, die SPD indes nicht.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat erkannt, daß es auf dem Weg zu Sicherheit und Zusammenarbeit als Voraussetzung für den Frieden keinen Automatismus gibt. Diese schmerzliche Erfahrung machte ja auch die derzeitige Regierungskoalition. Nur der nachhaltige Einsatz der arbeitenden Menschen half doch schließlich, die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch das Parlament zu erzwingen. Nur der nachhaltige und energische Kampf der europäischen Völker wird auch die europäische Staatenkonferenz zu fruchtbaren Ergebnissen führen können.

Darum will das Forum der Öffentlichkeit seine Arbeit fortsetzen, darum appelliert es an alle gutwilligen Kräfte Europas, „ihre Anstrengungen zu vereinen, um ihren Kontinent zu einer Heimstatt des Friedens und der fruchtbaren Zusammenarbeit zu machen.“

ordinierungsgruppe erscheinen, den RCDS in die Festivalbewegung einzubeziehen. Es drängt sich die Frage auf, ob hier über die Hintertür der DJO, dem ODS, der AKON oder anderen Revanchistenorganisationen die Teilnahme am Festival ermöglicht werden soll. Spätestens seit den Vorfllen im Hamburger Studentenparlament gibt es doch keinen Zweifel mehr am politischen Standort des RCDS. Die Koordinierungsgruppe wird auf diese Frage Antwort geben müssen, wenn sie nicht selber Erinnerungen an das Auftreten von DBJR-Verbänden bei vorangegangenen Weltfestspielen heraufbeschwören will.

Einig nur gegen den Sozialismus

Am 10. 6. wurde angekündigt, daß sich der westdeutsche Johann Jacobs & Co. Kaffee-Konzern im Herbst dieses Jahres mit dem niederländischen Douwe Egberts Kaffeekonzern vereinigt. Damit wird die EWG um einen sogenannten multinationalen Konzern reicher.

Wirtschaftliche Integrationsprozesse sind jedoch nicht auf kapitalistische Länder beschränkt; im Gegenteil, sie vollziehen sich zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern einerseits und den sozialistischen Staaten andererseits. Diese rein phänomenologische Feststellung ist ein gefundenes Fressen für Konvergenztheoretiker und Industriestaatsideologen.

Sozialistische oder kapitalistische Integration?

Ihre Theorien fußen jedoch insofern auf einer richtigen Feststellung, als es sich bei den Integrationsprozessen um eine allgemeine Gesetzmäßigkeit handelt: „Die These vom objektiven Charakter der Integration hat grundsätzliche Bedeutung. Die Integration ist kein zeitweiliges, zufälliges Phänomen, sondern ein gesetzmäßiger Prozeß, eine langfristig wirkende Tendenz, die sich sowohl unter kapitalistischen Bedingungen als auch unter sozialistischen Bedingungen offenbart...“⁽¹⁾ Wie aber in jedem Fall, in dem die allgemeine Gesetzmäßigkeit verabsolutiert wird und dabei die jeweiligen Besonderheiten der Entwicklung in den entgegengesetzten sozialökonomischen Systemen unter den Tisch fallen, kommen auch die imperialistischen Winkeltheoretiker zu Schlußfolgerungen, die genau am Wesentlichen vorbeischießen.

Die objektiven Ursachen der Integration ergeben sich vor allem aus der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution:

- Konzentration der Investitionsmittel und Erweiterung der Märkte, um neue Technologien in entsprechend großen Produktionsanlagen nutzbar machen zu können;
- internationale Arbeitsteilung zur Ausnutzung der höheren Produktionseffektivität;
- Investitionstätigkeit in wissenschaftliche Forschung, die die Kapazitäten eines einzelnen Landes überschreiten (z. B. Atomindustrie, Astronautik).

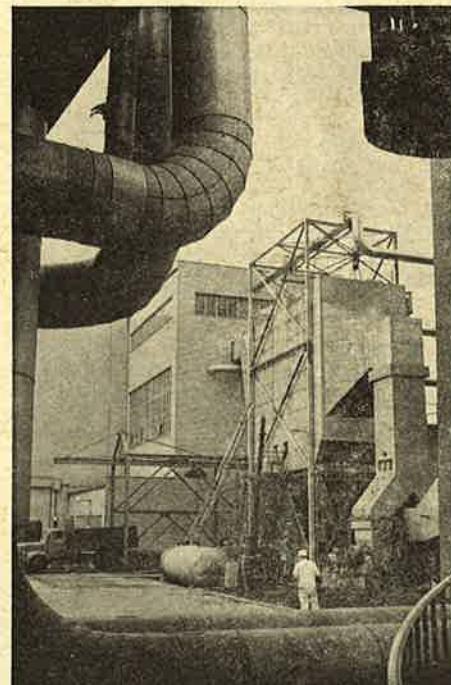
Eine Strategie der internationalen Arbeiterklasse kann sich jedoch erst aus der Spezifität der Integrationsprozesse ergeben, die durch unterschiedliche politische und ökonomische Faktoren des jeweiligen sozialökonomischen Systems beeinflußt werden.

Das sind im Kapitalismus:

- Bei den Lösungsversuchen zur Erweiterung des Marktes sind den imperialistischen Staaten heute empfindliche Grenzen gesetzt. Diese versuchen sie durch Zusammenschluß der nationalen Märkte der hochindustrialisierten ka-

pitalistischen Länder zu kompensieren.

- Die Zuspitzung des Klassenkampfes macht den Zusammenschluß der imperialistischen Staaten notwendig, sowohl zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung ggf. durch Gewaltmaßnahmen, als auch zur Unterordnung der Arbeiterbewegung durch eine umfassendere Bestechungspolitik im Kleinen.



EWG: Wirtschaftliche Integration zum Nutzen der Monopole. Die Zeche zahlt der Arbeiter.

- Angesichts des Anwachsens der nationalen Befreiungsbewegung müssen neue Methoden des Neokolonialismus gemeinsam erschlossen werden.
- Die Existenz des Sozialistischen Weltsystems zwingt den Imperialismus, seine Kräfte zu vereinigen und nicht in der sich verschärfenden Konkurrenz innerhalb des imperialistischen Lagers aufzutreiben.

Demnach ist auf „dem Gebiet der ökonomischen Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten die Integration objektiv die Hauptform der Anpassung des Kapitalismus an die neuen Verhältnisse. Die Integration auf diesem Gebiet ist eine Art Knotenpunkt, in dem sich all jene Prozesse treffen, die aus der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Verstärkung des staatsmonopolistischen Charak-

ters des Kapitalismus und der Strategie des Zusammenschlusses der imperialistischen Kräfte gegen die revolutionären Bewegungen resultieren.“⁽²⁾

Im sozialistischen Integrationsprozeß wirken wesentlich andere politische und ökonomische Faktoren:

- Der sozialistische Charakter der Produktionsverhältnisse drängt nach umfassender Entfaltung der Produktivkräfte, die heute nur noch durch planmäßige internationale Arbeitsteilung erreicht werden kann.
- Er ist notwendig aufgrund des internationalen Klassenkampfes gegen den Imperialismus, dient den Erfordernissen des ökonomischen Wettbewerbs und als feste materielle Basis der gemeinsamen Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigungsbereitschaft.
- In ihm verwirklicht sich der proletarische Internationalismus und er ist Mittel auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel — dem Aufbau des Kommunismus.

„Hieraus ergibt sich der logische Schluß, daß die Integration sowohl ein wirtschaftlicher als auch ein politischer Prozeß ist. Einen wirtschaftlichen Prozeß bildet sie insofern, als es hier um die Erweiterung und Festigung der Beziehungen sowie die Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen den nationalen Wirtschaftskomplexen geht. Der politische Aspekt ergibt sich daraus, daß dieser Prozeß zwischenstaatliche Beziehungen zum Inhalt hat, multilaterale Beziehungen zwischen den Regierungen auf der Grundlage koordinierter Aktionen, die auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten innerhalb der jeweiligen Gruppierungen gerichtet sind.“⁽³⁾

Und das ist der springende Punkt: Wirtschaftliche Integration beinhaltet heute mehr denn je politische Annäherung und Zusammenarbeit, berührt und verändert die Lage der Klassen im nationalen und internationalen Maßstab. Deshalb wird auch hervorgehoben, daß es sich bei der wirtschaftlichen Integration um einen Prozeß handelt, der nur „von zwei oder mehr Staaten mit gleichem sozialökonomischen System“⁽⁴⁾ vollzogen werden kann. Wirtschaftliche Integration bezeichnet insofern auch einen gänzlich anders gelagerten Prozeß als den der Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten zum gegenseitigen Nutzen.

Die politische Bedeutung der Integration

Bereits 1915 schrieb Lenin in „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Eu-

»Reihe«

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

DM 2,-

Hiermit bestelle ich.... Exemplar(e) von
FACIT-Reihe „Israel“

Hiermit abonneiere ich..... Exemplar(e)
von FACIT ab Nr..... bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:
FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

ropa": „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“⁽⁵⁾ In der gleichen Schrift aber hat Lenin auch zwei wesentliche Faktoren charakterisiert, die das Zustandekommen eines solchen Gebildes wie der EWG begünstigen können. Nur wirken sie heute ungleich verstärkt den Integrationstendenzen entgegen — und gleichzeitig zuwider — als in der damaligen Zeit.

„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus unterdrücken“⁽⁶⁾ kann. Als zweiten möglichen Grund nannte er die Erweiterung und Sicherung der Märkte unter den Bedingungen der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten.

Ausgehend von den objektiven Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung ist der staatsmonopolistische Zusammenschluß EWG also geprägt durch die gemeinsame Ausrichtung gegen die internationale Arbeiterklasse sowie gleichzeitig durch die sich verschärfende Konkurrenz der imperialistischen Staaten und die vielfältigen Momente der Desintegration, hervorgerufen durch die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, durch die staatsmonopolistische Entwicklung und durch den nationalen Kampf der Arbeiterklasse.⁽⁷⁾

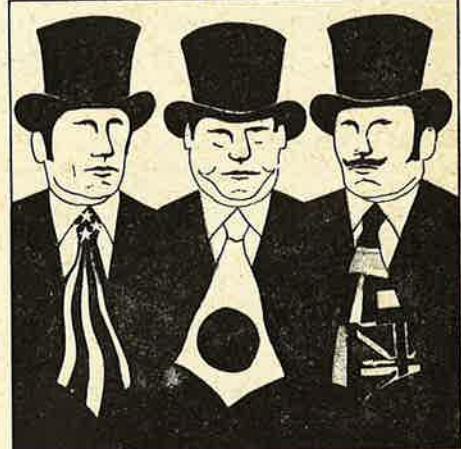
Die Entwicklung der EWG bestätigt die Feststellung der Moskauer Beratungen: „In Westeuropa, auch innerhalb des gemeinsamen Marktes, nimmt die Rivalität zu; die Rivalität verstärkt sich auch zwischen den kapitalistischen Ländern Europas und den Vereinigten Staaten von Amerika. In diesen Kampf um Märkte und Maximalprofite schaltet sich der japanische Imperialismus aktiv ein... Die Vertiefung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern schwächt das imperialistische Weltsystem und durchkreuzt die Hegemoniepläne des USA-Imperialismus.“

In einer solchen Situation kommt es nicht allein auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Staaten an. Vielmehr bieten diese innerimperialistischen Widersprüche Möglichkeiten auch für die sozialistischen Staaten, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu ändern. „Die Leninsche Außenpolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer und ihr Kurs auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzen einer Politik des Zusammenschlusses der imperialistischen Staaten gegen die sozialistischen Länder ernste Hindernisse entgegen, lassen die imperialistischen Blocks und Vereinigungen ins Wanken geraten, decken die verwundbaren Stellen im System des Imperialismus auf.“⁽⁸⁾

Kampf der Arbeiterklasse gegen die Strategie der Monopole

Wichtigster Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen eine kapitalistische

Integration Westeuropas — die unbedingt mit verschärfter Ausbeutung und dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte verbunden ist — ist die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, vor allem der Gewerkschaften. Was im Kampf gegen die nationale Monopolmacht gilt, hat erst recht seine Gültigkeit im internationalen Maßstab: „Eine wesentliche Bedingung für die Entfaltung der Kraft der Arbeiterklasse ist ihr gemeinsames Handeln als Klasse. Das erfordert die Herstellung der Ak-



Lenin: Unter kapitalistischen Verhältnissen sind die Vereinigten Staaten von Europa entweder unmöglich oder reaktionär.

tionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern.

Die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ergibt sich daraus, daß keine einzige gesellschaftliche Aufgabe ohne den Einsatz der vollen Kraft der Arbeiterklasse im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts gelöst werden kann. Sie ist erforderlich, weil in der Arbeiterbewegung verschiedene Strömungen wirken. Sie ist unabdingbar, weil der Arbeiterklasse ein hochorganisierter Gegner gegenübersteht, ihr gemeinsamer Hauptfeind, das Großkapital. Grundlage der Aktionseinheit ist die objektive Gemeinsamkeit der Interessen aller Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse. Der Front des Großkapitals muß die Arbeiterklasse die einheitliche Front ihres Handelns entgegenstellen.“⁽⁹⁾

Verhindert wird diese Aktionseinheit vor allem durch starke antikommunistische Vorbehalte des IBFG und des christlichen Weltverbandes der Arbeit (WVA), die die Zusammenarbeit mit dem WGB, in dem die CGT und die CGIL organisiert sind, ablehnen. Allerdings gibt es auch Ansätze, die geeignet sind, eine gewerkschaftliche Gegenmacht in Westeuropa zu entwickeln. Sie finden sich in Erklärungen der Jungsozialisten und des SPD-Landesvorsitzenden Schleswig-Holsteins, Jochen Steffen: „Die EWG hat die strategische Position der Großkonzerne gestärkt und die Position der Arbeitnehmer geschwächt. Dies liegt aber nicht nur an der Konstruktion der EWG, sondern auch an der fehlenden supranationalen Strategie der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien.“⁽¹⁰⁾

Für notwendig oder doch zumindest erwähnenswert hält Steffen das Gespräch mit den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, mit welch diffusen Vorstellungen sein Verständnis dieser beiden Parteien auch verbunden sein mag.⁽¹¹⁾ Die

kommunistische Partei seines Landes hält er nicht für erwähnenswert. Die Perspektiven, die Steffen entwickelt, sind nur sehr bedingt geeignet, Gegenmachtpositionen gegen die Macht des Monopolkapitals zu konstituieren, da er von einem falschen Verständnis kapitalistischer Integration ausgeht. „Deshalb teile ich nicht die globale Meinung, daß die EWG lediglich den politischen Überbau einer im Wesen kapitalistischen Gesellschaft darstellt.“⁽¹²⁾ Möglichkeiten, den Machtzuwachs des Kapitals wieder abzubauen, sieht er „in einer wesentlichen Stärkung des Europäischen Parlaments durch Direktwahl und seinem vollen Budgetrecht, in der Gründung europäischer Gewerkschaftsorganisationen und in der Entwicklung einer starken europäischen Linken.“⁽¹³⁾

Ansätze, die man nicht ignorieren sollte, bei denen man aber auch keinesfalls stehenbleiben darf.

Das antimonopolistische Programm der FKP

Am weitesten fortgeschritten in der Erarbeitung einer antimonopolistischen Alternative zur EWG ist die FKP.

Der strategische Ausgangspunkt der Vorschläge der FKP ist die Einsicht, daß die Macht der Monopole und seines Staates zunächst im nationalen Rahmen gebrochen werden muß. Hiermit unterscheidet sie sich ganz eindeutig von den Illusionen linkssozialdemokratischer Politiker, die glauben, über eine Reform der EWG-Institutionen die Macht der nationalen Monopole einschränken zu können. In der Zeitschrift „Economie et Politique“⁽¹⁴⁾ heißt es hierzu: „Die Probleme der demokratischen Kontrolle stellen sich in erster Linie im Rahmen des Einzelstaates. Der Klassenkampf, der Kampf für eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse, wird im nationalen Rahmen geführt, die Kon-

blemen, die im gemeinsamen Interesse ganz Europas sind, einzusetzen (Transport, Umweltschutz, Forschung, Fernsehen), auf der Grundlage einer ökonomischen Entwicklung, die sich nach den Bedürfnissen der Werktätigen richtet.“

„Nur über diesen Weg werden sich auch die Probleme der EWG lösen lassen; natürlich wenden wir uns nicht gegen eine Lösung der Probleme im europäischen Rahmen. Von demokratischen, politischen und ökonomischen Umwälzungen im nationalen Rahmen aus können wir zur notwendigen Umgestaltung auf internationaler Stufenleiter beitragen. Auf dieser Grundlage können wir die demokratischen Kräfte der europäischen Nationen unterstützen und wirkungsvoll für die Demokratisierung der EWG kämpfen, sowohl was ihre Institutionen wie ihren ökonomischen und sozialen Inhalt angeht. Wir werden wirkungsvoll für den Frieden und die Sicherheit in Europa und der Welt wirken können, für den Aufbau eines Europa der Werktätigen und der Völker.“

Gewerkschaftliche Aktivitäten

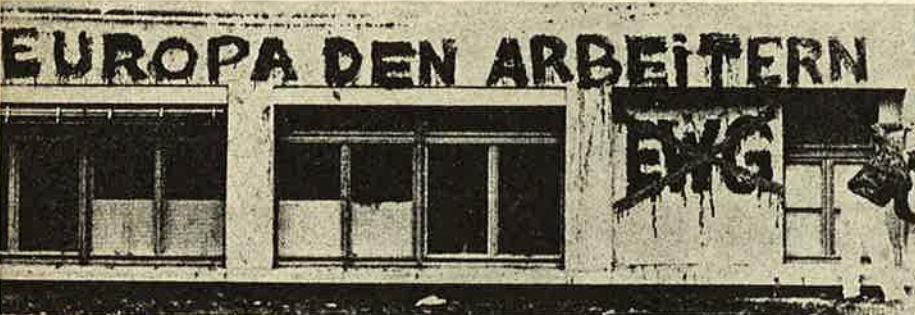
Im Kampf gegen die multinationalen Konzerne stehen die Gewerkschaften vor folgenden Aufgaben:

1. Organisierung einer aktiven Solidarität bei Streiks durch die Verweigerung von Mehrarbeit in Teilbetrieben des Konzerns in anderen Ländern.
(Erste positive Erfahrungen wurden bei den Ford-Streiks in England, beim Streik der Pirelli-Arbeiter in Mailand und beim Arbeitskampf der französischen Solvay-Arbeiter gemacht.)
2. Ständiger Vergleich der Löhne und sämtlicher Arbeitsbedingungen im Konzernmaßstab, damit „zurückgebliebene“ Betriebe unter Berufung auf bessere Regelungen in anderen Kon-

Europa des Friedens und der Sicherheit

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen muß verbunden werden mit dem Kampf für europäische Sicherheit, für Abrüstung und Truppenreduzierung in Mitteleuropa, für die Zusammenarbeit aller europäischen Völker. Eine gute Möglichkeit hierfür böte das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz. Die sozialistischen Staaten haben in ihrer Europadeklaration die Anerkennung so gewichtiger Prinzipien der europäischen Sicherheit vorgeschlagen, wie die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, die Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung, die friedliche Koexistenz, die Stärkung der gutnachbarlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit, die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den Staaten, maximale Förderung der Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und die Unterstützung der UNO.

Die Anerkennung und Verwirklichung dieser Prinzipien durch die kapitalistischen Staaten Westeuropas könnte den Prioritätsakzent der Beziehungen vom militärischen auf den ökonomischen Bereich verschieben, innen- wie außenpolitisch. Sie bietet die Möglichkeit für die demokratischen Kräfte in den westeuropäischen Staaten, die aggressive Außen- und Rüstungspolitik zurückzudrängen zugunsten demokratischer und sozialer Veränderungen im Inneren. Der Austausch von Technologien zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas, gemeinsame Investitionen in Drittländern, Erschließung von Bodenschätzen, Förderung des Tourismus, gemeinsame Bewältigung der Probleme des Umweltschutzes, das wären nur einige Perspektiven — die den Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus zwar keineswegs auflösen können — aber von großem Gewinn für die Völker Europas wären.



trolle der Völker über die Organe der EWG muß daher ganz natürlich über den Kampf für demokratische Erneuerung in den Einzelstaaten laufen.“

Hieraus folgt, daß die Vorschläge der FKP zu einer Demokratisierung der EWG integraler Bestandteil ihres Programms einer Regierung der Volkseinheit sind. Hier einige der Forderungen: „Reale Rechte“ in den Organen der EWG für die Organisationen der Arbeiterklasse; Bekämpfung der Projekte, die Lohnstopp unter dem Mantel der Einkommenspolitik betreiben, die technologische Vorherrschaft und organisierte Ausbeutung der Länder der 3. Welt bedeuten. „Die demokratische Regierung wird sich für verstärkte Kooperation zur Lösung von Pro-

zernbetrieben nachziehen können.

3. Abwehr der Verlagerung der Produktion in andere Länder durch die Stilllegung von einzelnen Werken. (Gerade auf diesem Gebiet sind die Druckmittel der Konzerne besonders stark und gesetzliche Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Maßnahmen fast nicht vorhanden.)
4. Durchsetzung einer effektiven Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten.

Wichtigste Aufgabe ist die verstärkte Zusammenarbeit von Betriebsgruppen von multinationalen Konzernen, gemeinsame Erarbeitung von Konzernanalysen sowie die gemeinsame Organisierung von Arbeitskämpfen.

Anmerkungen:

- (1) M. Maximowa, Zu einigen methodischen Fragen der wirtschaftlichen Integration, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge Heft 9/1969, S. 896.
- (2) I. Solokow, Integration und Desintegration in der Wirtschaft des Kapitalismus der Gegenwart, Teil I, in: Sowjetwissenschaft Heft 6/71, S. 624.
- (3) M. Maximowa, a.a.O., S. 900.
- (4) Zit. nach dem Bericht von Heinz Jung über das internationale Symposium „Integrationsprozesse im Kapitalismus und Sozialismus des heutigen Kapitalismus“ in: Marxistische Blätter 3/72, S. 87.
- (5) Lenin Werke, Bd. 21, S. 343.
- (6) Ebenda, S. 345.
- (7) Auf die Desintegrationstendenzen, die sich in der kapitalistischen Integration entwickeln, kann in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden. Eine kurze und präzise Ableitung findet sich in: I. Solokow, Integration... Teil II, Sowjetwissenschaft Heft 7/71.
- (8) E. Pletnew, Die Leninsche Lehre vom Monopolkapitalismus und die heutigen imperialistischen Widersprüche, in: Sowjetwissenschaft Heft 3/4 1970, S. 357.
- (9) Aus These 29 des Düsseldorfer Parteitages der DKP.
- (10) Die Position der Großkonzerne wurde gestärkt, die Position der Arbeitnehmer geschwächt, aus: Europäische Gemeinschaft 3/71, S. 20.
- (11) ebenda, S. 21.
- (12) ebenda, S. 20.
- (13) ebenda.
- (14) Im folgenden vgl. die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Strategiediskussion und der Einschätzung der EWG durch die FKP „Gegen das Europa des internationalen Großkapitals“ in: Economie et Politique Nr. 213, April 1972.

RCDS: „SPD-Führung besinnt sich auf den Arbeiter“

Der Versuch des SPD-Parteivorstandes, dem Sozialdemokratischen Hochschulgremium den Namen zu entziehen, wird von einer ganzen Reihe von Unterorganisationen der SPD, SPD-Bundestagsabgeordneten und von den fortschrittlichen Jugendorganisationen der BRD zum Teil heftig kritisiert. Der SHB hat durch seinen Sprecher Stephan Albrecht den entschiedenen Widerstand des Verbandes angekündigt. Ungeteilten Beifall erntet die SPD-Führung bei den Jungreaktionären, beim RCDS zum Beispiel, der sich in einem in Bonn verteilten Flugblatt, in dem er zum Beschuß des SPD-Vorstandes Stellung nimmt, nicht entblödet zu behaupten, daß damit „sich die Parteführung auf den Charakter der Partei, auf den Arbeiter“ besinnt. Das akademische Jungvolk der Ausbeuterklasse in unserem Land verteilt

demokraten, die Aktionseinheit von SHB und SPARTAKUS an den Hochschulen notwendig ist, im Kampf für die sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für Frieden und Demokratie ...

den Neofaschisten, der CDU/CSU und dem Bund Freiheit der Wissenschaft, die eine solche Maßnahme schon lange gefordert haben, weil diese Organisationen wissen, daß das Bündnis von SHB und SPARTAKUS ein Hindernis für die rechten Kräfte an den Hochschulen ist und ein wichtiges Kettenglied zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Hochschul- und Bildungspolitik.

Der Beschuß des SPD-Vorstands stößt bei allen fortschrittlichen Studenten auf schärfste Ablehnung; es sind einzige und allein der RCDS und andere reaktionäre Studentenorganisationen, die diese Entscheidung befürworten.

Die weitere Entwicklung an den Hochschulen wird zeigen, daß der Versuch der SPD-Parteführung den Erkenntnissen und Erfahrungen von Jugend- und Studentenorganisationen durch administrative Maßnahmen entgegenzuwirken, zum Scheitern verurteilt ist.

— Für das Bündnis zwischen Sozialdemokratischem Hochschulgremium und Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS!

— Für die Stärkung der demokratischen und sozialistischen Bewegung an den Hochschulen!"



Und noch das Hündchen weg, dann werden wir rechte Freunde!

in wohlbekannter elitärer Tradition und so, als habe es demokratische Massenbewegungen großer Teile der Arbeiterklasse gegen die Politik der Strauß- und Barzel-Gruppe im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge nie gegeben, in unglaublich zynischer Weise Noten: in ihrem o. a. Flugblatt: „Hört man Arbeiterstimmen, für deren Wohl die Linke doch zu kämpfen vorgibt, so sprechen diese von intellektuellen Taugenichtsen, Schwätzern und Faulenzern.“

Der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS hat in einer Pressemitteilung festgestellt, daß hinter dem Beschuß des Parteivorstandes der Versuch steht, fortschrittliche Sozialdemokraten durch administrative Maßnahmen zu disziplinieren.

„Ähnlich wie der Antikommunismus-Beschluß des SPD-Parteirats, richtet sich auch diese Maßnahme gegen Sozialdemokraten, die erkannt haben, daß die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozial-

Barzel: „... Hierzu muß ich auf einen Punkt zurückkommen. Sie werden das heute, Herr Bundeskanzler, vielleicht nicht beantworten können, obwohl Sie schon zwei Tage Zeit haben, die Frage von mir zu beantworten. Sie haben sie nicht beantwortet. Sie haben mir auf meine Vorhaltung, daß die Zahl der Aktionsgemeinschaften zwischen dem kommunistischen „Spartakus“ und dem Sozialdemokratischen Hochschulgremium zunehme, erklärt: Mit denen haben wir nichts zu tun. Und Sie haben erklärt, dagegen hätten Sie Beschlüsse gefaßt. Vielleicht haben Sie sie gefaßt. Ich habe sie noch nicht gelesen. Wenn es sie gibt — Herr Kollege Börner hat sicher ein gutes Archiv in seiner Parteibaracke —, kann er sie mir doch im Laufe der nächsten Stunde einmal hier zeigen.“

— Meine Damen und Herren, wenn Sie das beunruhigt, daß wir hier eine konstruktive Antwort auf eine beachtenswerte Rede des Bundeskanzlers geben, machen Sie das man, machen Sie das man! Die Öffentlichkeit und dieses Haus machen sich darüber ihr eigenes Urteil. Sie hatten mir, Herr Bundeskanzler, als ich Ihnen vorhielt, dann sollten Sie denen doch den Namen „Sozialdemokratisch“ untersagen, gesagt, dies ginge nicht. Ich habe Ihnen am Mittwoch vorgelesen, welche Verabredung der Gründung des SHB nach einer Veröffentlichung dieses Bundes zugrunde liegt, eine Verabredung zwischen Ihrem Parteivorstand und dieser Studentenorganisation, nämlich die Verabredung, daß der Name „Sozialdemokratisch“ nur widerruflich geführt werden könne. Was gilt nun? Diese Verabredung? Oder kann man es nicht widerrufen, oder will man es nicht widerrufen? Das muß doch in Ordnung kommen. Das, meine Damen und Herren, muß ganz sicher in Ordnung kommen, bevor wir uns zu diesem Punkt 3 in Gespräche einlassen. Denn es muß doch auch eine Basis dafür bestehen, daß das, was der andere sagt, auch gilt, und nicht nur gilt, sondern auch stimmt, meine Damen und Herren.“ (Bundestagsdebatte v. 28. 5. 1972, zit. nach dem Protokoll der 184. Sitzung des Deutschen Bundestages)

DKP in den Stadträten von Nürnberg und Fürth — 7 Prozent für DKP in Ergoldsbach/Ndb.

München (ppa) - Bei den bayrischen Kommunalwahlen konnte die DKP in den Großstädten Nürnberg und Fürth je einen Bezirksvorsitz erringen. In den Nürnberger Stadtrat wurde der DKP-Bezirksvorsitzende von Nordbayern, Herbert Stiefvater gewählt. Die Liste der DKP in Nürnberg erhielt 1,8 Prozent der Stimmen. In Fürth zieht Stadtrat Werner Riedel für die DKP in das Stadtparlament ein. Hier erhielt die DKP-Liste 1,93 Prozent. Als OB-Kandidat der DKP erreichte Werner Riedel in Fürth 4,5 Prozent der Stimmen. In der niederbayrischen Marktgemeinde Ergoldsbach (4600 Einwohner) erzielte die DKP 7 Prozent der Stimmen und entsendet das Bezirksvorstandsmittel Franz Lory in das Gemeindeparlament. Als OB-Kandidat erreichte Franz Lory in Ergoldsbach sogar 10,5 Prozent der Stimmen. Außer dem Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Richard Scheiringer, der — wie gemeldet — mit der fünfgrößten Stimmenzahl in den Gemeinderat von Koesching bei Ingolstadt Gemeinde Falls, Kreis München/Ofen, gewählt wurde, entsendet die DKP in den Kommunisten Adam Berger in den Gemeinderat.

Deshalb richtet sich dieser Beschuß des Parteivorstands der SPD gegen die Interessen der studierenden Jugend der BRD. Er nützt allein den reaktionären Kräften,

Die Arbeit und Organisation im Fachbereich

Die Ergebnisse der 4. Bundesvorstandstagung, insbesondere die Aussagen über die Aufgabe des SPARTAKUS „die Masse (der Studenten) zum Kampf für konkrete politische und ökonomische Forderungen zu mobilisieren“ und die mit dieser Aufgabe verbundenen innerverbandlichen organisationspolitischen Konsequenzen haben den Gruppen fruchtbare Impulse für ihre Arbeit gegeben, gleichzeitig aber auch Fragen

Einiges ist dazu bereits in einem Artikel der roten blätter Nr. 1 ausgeführt worden. Insbesondere wird dort hingewiesen auf die Bildung der Sektion als Mittel und Voraussetzung der Verbesserung der solidarischen Zusammenarbeit. Die Erweiterung und Verbesserung der innerverbandlichen Demokratie und die Einbeziehung der Genossen in die Planung und Durchsetzung der Politik, sind Selbstverständlichkeiten des Lebens einer marxistischen Organisation, sie sind nicht zu trennen von den Aufgaben und Zielen des MSB SPARTAKUS. Bereits auf dem Bundeskongress haben wir gesagt, daß es darauf ankommt, den SPARTAKUS in jedem Institut, in jedem Fachbereich, in jedem Seminar zu verankern, um dort „der rechten Demagogie“ unsere klaren inhaltlichen Alternativen entgegenzustellen. „Denn es geht um die Veränderung des Kräfteverhältnisses dort, wo die Hochschulangehörigen arbeiten, in den Instituten und Seminaren.“

Dazu waren die Möglichkeiten, bedingt durch die historische Entwicklung des Verbandes, der Gruppen, zu jener Zeit noch nicht in dem Ausmaß gegeben, wie sie es heute sind. Das hing nicht in erster Linie von der personellen Stärke dieser oder jener Gruppe ab, es hing ab vom politischen und organisatorischen Reife- und Konsolidierungsprozeß des SPARTAKUS insgesamt. In den letzten zwei Jahren, vor allem aber im Verlauf des vergangenen Jahres, haben wir alle eine Menge dazugelernt, haben sich unsere politischen und organisatorischen Organe verfeinert und stabilisiert.

Erfahrungen verallgemeinern

Natürlich sind innerhalb des Verbandes die einzelnen Gruppen noch in unterschiedlichen Entwicklungsstadien begriffen. Das ist bei einem Verband, der so schnell gewachsen ist und weiter wächst, nichts Außergewöhnliches. Ein gewisses Gefälle wird es solange geben, wie immer neue Gruppen hinzukommen, vom kleinen Kern zur Gruppe anwachsen. Maßgebend für den MSB als revolutionäre Massenorganisation ist seine Stärke, Schlagkraft und Geschlossenheit insgesamt, maßgebend ist die Summe seiner politischen,

und Probleme aufgeworfen. Die Diskussion über die Arbeit im Fachbereich, im Institut, in den Lehrveranstaltungen, wird verstärkt von den Gruppen geführt. Es besteht nicht immer Klarheit über den Charakter von Sektionen, ihre politischen Aufgaben, ihre organisatorische Eingliederung in die Gruppe als aktiver, vorwärtsstreibender Kern der fortschrittlichen Studenten am Fachbereich.

ideologischen und organisatorischen Qualitäten. Von dieser Einschätzung ausgehend, sind schließlich auch jene organisa-

Aufbau begriffene Gruppen Umwege ersparen. Ein zentraler Punkt bei eben dieser Aufarbeitung und Verwertung der Er-



Für nahezu jeden Fachbereich, in dem eine Sektion des SPARTAKUS arbeitet, geben die Gruppen eine Sektionszeitung heraus.

torischen Schritte zu bestimmen und einzuleiten, welche die Kampfkraft des Verbandes erhöhen, der Dynamik seines Entwicklungsprozesses gerecht werden. Dabei werden die Erfahrungen der fortgeschritteneren Gruppen verallgemeinert. So kann aus Fehlern und Versäumnissen größerer und älterer Gruppen gelernt werden, so können sich noch kleine, im

fahrung älterer Gruppen war die Erkenntnis, daß Massenarbeit an den Instituten, an den Fachbereichen nur auf der Grundlage bestimmter organisatorischer und politischer Projektionen möglich und auszubauen ist. Dabei zeigt sich, daß es nicht darum gehen kann, die Gruppe formal zu zergliedern. Es geht darum, mit den Sektionen Kampfeinheiten zu schaffen, und

damit die Mobilität, Attraktivität und den Wirkungsradius der Gruppe zu erhöhen. Dazu heißt es im Bericht an die 4. Bundesvorstandstagung: „Den SPARTAKUS an jedem Institut verankern, kann aber nicht nur heißen, daß einzelne Genossen in Fachschaften und Basisgruppen mit anderen Studenten zusammenarbeiten, sondern der SPARTAKUS muß als SPARTAKUS am Institut den politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf verbinden. Deshalb ist auf Institutsebene die organisatorische Basis des Verbandes die Sektion. Die Sektion ist der Organismus, mit dem der Verband unmittelbar Kontakt zu den Massen aufnimmt, die Gesamtpolitik des Verbandes unter den Massen propagiert. Daraus folgt, daß sie gegenüber Fachschaften und Basisgruppen selbstständig ist auf der Basis der Beschlüsse des Verbandes und der Gruppen und eine eigenständige Politik entwickelt.“

Dabei kommt es darauf an, in der lebendigen Verknüpfung unserer marxistischen Strategie mit den Forderungen der fortschrittlichen Studenten an ihrem Arbeitsplatz, dem Fachbereich und Institut, konkrete Kampfaufgaben für die Masse der Studenten zu entwickeln.

Mittel und Wege aufzeigen

Es ist wichtig, daß der MSB den Studenten nicht als eine abstrakte, fern von ihrer täglichen Umwelt existierende Propagandamaschine erscheint. Flugblätter, Zeitungen, Plakate sind gute Agitations- und Informationsträger, die aber nur ihre beabsichtigte Wirkung erzielen, wenn die Studenten damit die Arbeit, die Aussagen des SPARTAKUS unmittelbar und aus eigenem Erleben verbinden können. Wenn die Studenten die Möglichkeit haben, mit ihren Fragen und Meinungen an den SPARTAKUS heranzutreten.

Eben das sind wesentliche Voraussetzungen für eine Massenlinie, die es erleichtern, den spontanen Kämpfen der Studenten Richtung und Ziel zu geben, die fortschrittlichsten Studenten auf die Organisation im SPARTAKUS zu orientieren. Die große Bedeutung der Sektionen, die Erkenntnis, daß eine wirkliche Massenlinie nur über die konsequente Arbeit am Fachbereich zu erreichen ist, ist nicht das Er-

Aus einer SPARTAKUS-Sektionszeitung

PRÜFUNGEN

Kommilitonen machen Prüfungen und schimpfen. Sie schimpfen über so manchen Unsinn, den sie in sich hineinfressen müssen, wenn sie sich auf dieses große Ereignis ihres Studiums vorbereiten müssen. Sind sie bereits in der Prüfung, wissen sie so manche Anekdoten zu erzählen, über die man dann hinterher lacht. Ja, ja, der Görres; ach und der Lukasczyk. Aber im Endeffekt ist es eigentlich gar nicht so lustig, wenn später im Beruf nach den Noten im Vordiplom und Diplom beurteilt wird. Wenn man erfährt, daß man nicht angenommen wurde, vergeht einem das Lachen über die „alten Geschichten“. Doch was kann man dann noch machen?

Es macht sich eine Tendenz bemerkbar unter den progressiven Gruppen unter den Psychologen, dieses Thema aufzugreifen. Wir betonen ausdrücklich, daß dies eine positive Tendenz ist. Die Empörung ist uns allen gemeinsam. Warum können wir nicht gemeinsam handeln?

Da hält man entgegen: Wir haben aber doch keine gemeinsame Strategie. Wir fragen: Was meint Ihr, was am Ende zählt? Es ist die Praxis. Es ist das, was wir materiell verändert haben.

In der Tat haben wir eine andere Auffassung, wie sich solche Veränderungen langfristig sichern lassen. Wir meinen, daß erst durch die institutionalisierte reale (nicht Schein-) Mitbestimmung die Interessen der Studenten wahrgenommen werden können. Doch Forderungen wie Offentlichkeit der Prüfungen und Pflicht zum ausführlichen Protokoll sind sehr wichtig. Mitbestimmung darf nicht nur das formale Konzept der Drittelparität oder was auch immer bleiben, sondern muß mit Inhalt gefüllt werden durch die Aktivität der Mehrheit der Studenten. Vielleicht können wir uns dann auf qualitativ neue Forderungen einigen.

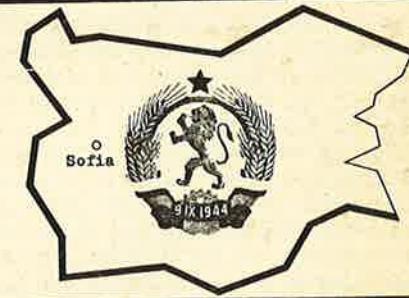
Schreibt uns Eure Erfahrungen während der Prüfungen und während ders. Vorbereitungen! Teilt uns mit, was geändert werden soll! Kommt in unseren Arbeitskreis und diskutiert mit uns darüber! Nur unser gemeinsames Handeln bringt uns Veränderungen näher.

Das Buch des bulgarischen Politologen und Journalisten Iwan Antonov behandelt am Beispiel der gegenwärtigen politischen Praxis der Bulgarischen Kommunistischen Partei die erfolgreich vollzogene Einheit von Theorie und Praxis im Sozialismus.

Besonders akzentuiert ist dabei die zeitgemäße Interpretation des Demokratischen Zentralismus, dem die reinen Prinzipien der marxistischen Lehre von wirtschaftlichen und politischen Konstituenz des kommunistischen Staates zugrunde liegen. Dieses Buch ist ein unbestrittenes Novum in der polito-

IWAN ANTONOV

Die aktuellen Führungsprinzipien
der Bulgarischen
Kommunistischen Partei
in der Gegenwart



BALKAN VERLAG

logischen Fachliteratur unserer Zeit und konfrontiert den Leser mit einer Fülle von Realitäten aus dem Leben eines uns so wenig bekannten Landes Osteuropas.

Preis des Buches: DM 10,—

Bestellungen an:

Balkanpress Verlag
8 München 13, Amalienstraße 85

Hiermit bestelle ich Exemplar(e)
des o. a. Buches:

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Ich möchte im MSB SPARTAKUS Mitglied werden:

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an: MSB SPARTAKUS, Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

gebnis abstrakt-theoretischer Überlegungen, sondern ist Ergebnis der praktischen Arbeit, der Reflektierung der dabei gemachten Erfahrung.

Die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Sektion schließt deren verantwortliche Anleitung durch den Gruppenvorstand nicht aus. Anleitung der Sektion ist immer Anleitung zur Umsetzung der beschlossenen Politik. Das bedingt, daß Beschlüsse und Arbeitsergebnisse sowohl auf Bundesebene wie auf Gruppenebene vom Vorstand verständlich vermittelt, die materiellen und personellen Voraussetzungen für ihre Durchsetzung geschaffen werden.

Die Aufgabe des Vorstandes ist es, mit den Genossen der Sektion ein realistisches Arbeitsprogramm durchzusprechen und Mittel und Wege zur konkreten Umsetzung aufzuzeigen. Der Vorstand muß wissen, welches die wichtigsten Aufgaben sind, muß einschätzen können, was die Sektion leisten kann. (Größe der Sektion, Erfahrung, theoretisch-ideologische Sicherheit, Stärke und Organisiertheit der politischen Gegner.)

Blick frei halten für das Wesentliche

Sicher wird der Vorstand immer darauf achten, daß sich das richtige Verhältnis von ideologischer, politischer und sozialer Arbeit in den Sektionen herstellt. Dabei muß beachtet werden, daß der MSB seinem Wesen nach eine politische Organisation ist, daß fachspezifische Probleme nicht in fachgebundener Enge behandelt werden dürfen. Das verhindert auch, daß sich die Genossen in ihrer Arbeit am Fachbereich zerfasern, unwesentliche oder Nebenfragen zu Hauptpunkten machen, und unter der großen Last des „Kleinkrams“ nicht mehr den Blick frei haben für die wesentlichen Aufgaben. Deshalb ist es notwendig, zur Leitung der Sektion die politisch fähigsten Genossen einzusetzen. Die politisch Fähigsten sind die Genossen, die sowohl praktisch als auch theoretisch in der Lage sind, ein Kollektiv zu leiten, die Wesentlichen von Unwesentlichem trennen und sich nicht durch die vielen kleinen Tagesaufgaben oder Einzelprobleme den Blick verstellen lassen.

Die Bildung der Sektion und ihre Anleitung ist in der Aufbauphase mit Schwie-

Zum 90. Geburtstag Georgi Dimitroffs

Arbeiterklasse gegen Faschismus

„Die Politik Dimitroffs gegen Reaktion und Krieg, für die Verteidigung und Festigung des Friedens vermittelt uns wichtige Erfahrungen und Lehren im gegenwärtigen Ringen um die Verwirklichung der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie der Volksrepublik Polen und der BRD und für den Kampf um die europäische Sicherheit.“ Diese Feststellung traf der Sekretär des Parteivorstands der DKP, Willi Mohn, auf der Festveranstaltung des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei aus Anlaß des 90. Geburtstages von Georgi Dimitroff in Sofia.

Willi Mohn erinnerte an die Worte von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß:

„Das erste, was getan, womit begonnen werden muß, ist die Schaffung einer Einheitsfront, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in jedem Bereich, in jedem Bezirk, in jedem Gebiet, in jedem Land, in der ganzen Welt. Die Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab — das ist die mächtige Waffe, die die Arbeiterklasse nicht nur zur erfolgreichen Verteidigung, sondern auch zur erfolgreichen Gegenoffensive gegen den Faschismus, gegen den Klassenfeind befähigt.“

In der Reihe „Rote Drucke“ hat der SPARTAKUS die berühmte Rede, die Dimitroff am 2. August 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gehalten hat, in einer Faksimile-Ausgabe der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR (1935) herausgebracht.

Das Buch, broschiert, kostet 3,50 DM.

Bestellungen an: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Ich bestelle Exemplare von G. Dimitroff „Arbeiterklasse gegen Faschismus“
Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

rigkeiten und zusätzlicher Arbeit verbunden. Mangelnde Erfahrung der ganzen Gruppe und daraus resultierende Unsicherheit bringen vorübergehend Mehrbelastung, die aber schnell abgebaut wird, sobald sich die Sektion als selbstverantwortliches Kollektiv begreift. Dann wird es möglich, daß der Gruppenvorstand viele Aufgaben delegiert, Kopf und Hände für seine Leitungstätigkeit freihält.

Bei gut vorbereiteten, regelmäßigen Sektionssitzungen wird die MV in kurzen Abständen überflüssig. Auf der MV können nun die für alle Mitglieder wesentlichen Fragen behandelt werden, können die vielen kleinen, aber notwendigen Probleme und Absprachen, besonders organi-

sations-technische Dinge, in den Sektionen geklärt werden.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß man Tendenzen der „Überorganisation“ entgegenwirkt, wie sie sich manifestieren in ständigen Besprechungen, Arbeitskreisen, Zirkeln usw., deren Nutzen und Ergebnisse oft in keinem Verhältnis zum Aufwand stehen, sondern lediglich Kraftverschleiß bedeuten und die Gruppenmitglieder über das politisch (und oft auch physisch) Vertretbare hinaus unnütz belasten.

Wenn wir sagen „Macht den SPARTAKUS stark“, wenn wir die Mitgliederwerbung verstärken, die Bildungsarbeit intensivieren und die Öffentlichkeitsarbeit verbessern, um damit nicht nur die Angriffe der Reaktion abzuwehren, sondern selbst anzugreifen, dann tun wir das alles nicht, um die Organisation als Organisation zu stärken, sondern um die Organisation, den Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS als die bewußtseinsbildende Kraft in der Studentenschaft zu verstärken, die Masse der Studenten zu einer fortschrittlichen Kraft an der Seite der Arbeiterklasse zu führen, und so an den Hoch- und Fachhochschulen unseren Beitrag zu leisten zur Stärkung der demokratischen Kräfte in der BRD, zur Herausarbeitung einer sozialistischen Alternative unter Führung der Arbeiterklasse.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name

Ort

Straße

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

.... Exemplar(e) des Protokolls.

MSB SPARTAKUS, 53 Bonn,
Schicken an: Bundesvorstand des
Sternenburgstraße 73

„Kein bayrisches Schmankerl“

Mehr als 20 000 Studenten der Hoch- und Fachhochschulen Bayerns demonstrierten am 18. 5. gegen das BHG. Vertreter der Studenten, der Assistenten und der Gewerkschaften verurteilten den Gesetzentwurf und forderten: „Dieser Gesetzentwurf muß vom Tisch!“ Die Arbeiterjugend ließ durch den Vorsitzenden der Münchner Gewerkschaftsjugend den Demonstranten ihre solidarischen Grüße überbringen, denn Studenten und Arbeiterjugend hätten den gleichen Gegner, die

Staatliche Fachaufsicht, Ausschaltung von Mitbestimmung, Auflösung der verfaßten Organe der Studentenschaft und Formierung des Studiums zu einem Kurzzeit-Durchlauferhitzer zum Garkochen leicht verwertbarer Fachidioten unter permanentem Prüfungsdruck und durchgängiger Überwachung von Studierenden und Lehrenden — das ist die bisher schärfste Formulierung des Besitzanspruchs der Herren der Großkonzerne auf die Hochschule, das

Herausarbeitung von Ansätzen zur Bündnispolitik und die Aufnahme von Kontakten zu anderen demokratischen Gruppen und den betroffenen Teilen der Hochschulen. Das Gesetz gefährdet die Berufsperspektive der großen Mehrheit der Studenten mit seinem Rezeptanwender-Studienkonzept, es trifft jeden Demokraten, jeden kritisch denkenden und handelnden Menschen mit seiner Studienüberwachung und seinem Ordnungsrecht, es spricht einer

Großkonzerne. Die Ausführungen ihres Sprechers bilden einen Höhepunkt der gemeinsamen Abschlußkundgebung: „Das jetzige Gesetzeswerk ist eine logische Fortsetzung der CSU-Politik, die bereits bei den Ostverträgen und dem (bayrischen) Rundfunkgesetz ihren reaktionären Charakter deutlich gemacht hat. Entlarven wir die echten Feinde einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung: Berater aus der Großindustrie haben an den Unis nichts zu suchen!“

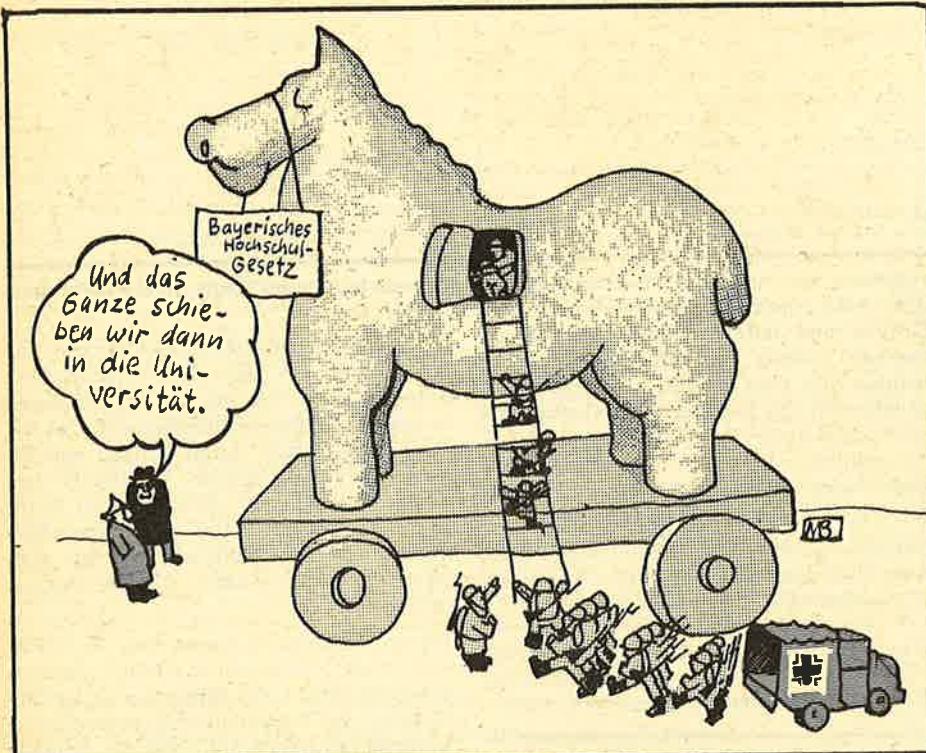
fungen bis zur Ernennung von Profs durch das Kultusministerium vielfach abgestuft gesichert. Das Maiergesetz verfügt sozusagen über eine große „Overkill-Kapazität“ antidebaktrischer Maßnahmen.

So kann der Kampf gegen das BHG nicht auf einige Teile eingeengt werden, die richtige Hauptlösung mußte und muß heißen: „Weg mit dem Maier-Gesetz“, der richtige Adressat war und ist die große Mehrheit der Studenten, deren materielle Interessen nach langfristig qualifizierender, kritischer Ausbildung bedroht sind, nur eine gewerkschaftlich orientierte Politik war und ist also in der Lage, den nötigen breiten Widerstand zu organisieren.

Auf dem Weg in die Isolation

Für die Linkssektierer in Bayern, deren Kern in München agiert, beschränkte sich der Kampf gegen das BHG auf bestimmte Teile des Gesetzes („Brecht das Ordnungsrecht“) und einen kleinen Teil der Studenten (Beschränkung auf die Erhaltung der Arbeitsbedingungen für Sozialisten). Alle sektiererischen Gruppen hüteten sich und andere wieder einmal vor Illusionen, z.B. vor der, daß das ganze Gesetz bekämpft werden müsse und könne, oder sie erklärten gar — wie die Arbeitskonferenz Fraktion (AK) der Roten Zellen — das BHG von Maier zu einem ganz demokratischen Gesetz und den demokratischen Kampf zur Illusion, da alle Produkte des bürgerlichen Staates per se demokratisch seien.

In ihrem verbissenen Kampf gegen alles, was sie für Illusionen hielten, hüteten sich die Herren Superrevolutionäre aber vor allem vor der Entfaltung des Massenkampfes und der Ergreifung der Initiative. Das durch die mechanistische und ahistorische Zuschreibung der Demokratie an die Imperialisten letztlich klassen neutrale Demokratieverständnis der AK-Fraktion und ihre arrogante und blinde Beschränkung auf den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsbedingungen für Sozialisten entlarvt sich selbst und führt notwendig in die Isolation, zum Aktionismus oder zur Sozialdemokratie. Der Kampf nur gegen Teile des BHG und der Verzicht auf das Ansetzen bei den materiellen Interessen der Studenten charakterisiert ein oppor-



traf auf den geschlossenen Widerstand aller Betroffenen. Dieses gemeinsame Handeln gilt es jetzt weiterzutreiben, denn die gemeinsame Aktion aller Demokraten, all derer, die das Großkapital unter sein Diktat zwingen will, und vor allem das gemeinsame Handeln von Arbeiterklasse und Intelligenz ist und bleibt das A und O revolutionärer Hochschulpolitik.

Das BHG hat seine Antwort bekommen

So stand für uns als Hauptaufgabe in der Vorbereitung der BHG-Kampagne die

„gesellschaftlichen Verantwortung“ der Hochschule Hohn mit seiner Absage an jede wirkliche Mitbestimmung. Der antidebaktrische Charakter dieses Gesetzes kommt nicht nur in einigen wenigen Punkten zum Ausdruck, er zieht sich als schwarzer Faden durch das ganze Gesetz. Zudem sind reglementierende Maßnahmen ergänzend in verschiedenen Artikeln abgesichert, die politische Disziplinierung beschränkt sich z.B. nicht nur auf das Ordnungsrecht, die Berufung systemkonformer Profs ist von dem Alleineinscheidungsrecht der Professoren in Beru-

tunistisches Weglassen wesentlicher Forderungen; eine solche Politik ist ebenfalls massenfeindlich und befindet sich auf dem Weg des Rückzugs.

Mit ihrer isolationistischen Politik laufen die Linkssektierer der CSU und ihrem studentischen Tanzbär, dem RCDS, ins offene Messer.

Der RCDS — Demagogie des Kapitals

Mit seiner Haltung zum BHG und zur Demonstration der 20 000 entlarvte sich der RCDS als integraler Bestandteil der CSU-Hochschulpolitik und als Demagoge ersten Ranges. Unter der Überschrift „Für ein besseres Hochschulgesetz — doch die Linken zogen Polittheater vor“, stellte er sich in seinem letzten HS-Magazin als sachlichen Diskutanten, der die Bevölkerung informieren will, den „Berufsrevolutionären und Dauerdemonstranten“, die nur „rotes Polit-Theater“ aufgeführt hätten, gegenüber. Der von ihm geschilderte Sachverhalt ist folgender: während mehr als 20 000 Studenten, Assistenten, Schüler und Gewerkschafter gegen das Maier-Gesetz demonstrierten, stand der RCDS seelenruhig in der Innenstadt Münchens, diffamierte vor der Bevölkerung den demokratischen Protest („Eine wohlerprobte lautstarke Gruppe von Studenten geht

heute auf die Straße“, RCDS-Flutblatt), machte „konstruktive Reformvorschläge“ und behauptete, die Mehrheit der Studenten zu vertreten.

Dazu braut der RCDS ein feines Süpp-

dynamisch — aber sachlich“. Der RCDS — studentischer Feldwebel an der Gulaschanone des Antikommunismus.

Der RCDS — sachlich, kritisch, konstruktiv?

In den Bevölkerungsflugblättern beginnt dann sogleich der RCDS sachliche Kritik sehr konstruktiv: „Der vorliegende Gesetzentwurf bringt Verbesserungen für die bayrischen Hochschulen... An diesen Verbesserungen muß festgehalten werden.“ Was sind die Verbesserungen? Z. B. die „Ablehnung des imperativen Mandats“, der „Zwang zur Studienreform“ und die Einführung der entpolitisierenden Briefwahl!

„Radikal“ konstruiert der RCDS weiter und fordert die Beteiligung von Gewerkschaften, Verbänden, Staat und Hochschule in den Studienreformkommissionen, wobei allerdings „die Hochschule“ die Mehrheit haben soll. Im Zusammenhang mit seinem sachlichen Konzept der sogenannten „Mitbestimmung nach Qualifikation“ anstelle realer Mitbestimmung in allen Fragen der Hochschule ergibt sich aber schon, daß es sich um die direkte Beteiligung von Konzernvertretern (Verbände) und um die Vertretung von Konzerninteressen durch den Staat und durch die reaktionäre Ordinarienmehrheit han-

„Wir haben es in den letzten Monaten und Wochen, besonders im Wahlkampf in Baden-Württemberg in der Praxis erlebt, wie kommunistische Randallerer und Störer, deren akustischer Terror auf die Verhinderung unserer politischen Veranstaltungen abgestellt war, sich in Ideal- und Aktionsgemeinschaft mit Jungsozialisten und Junggewerkschaftlern zusammenschließen konnten.“

Franz J. Strauß, Parteitag der CSU 1972

chen: Er nimmt die sektiererische Forderung der AK-Fraktion (Arbeitsbedingungen für Sozialisten), unterstellt sie allen Linken, zieht dann den Schluß, daß „die Kommunisten“ die Studenten nur als nützliche Idioten mißbrauchen wollen, um dann — in wohlerprobter Manipulatoren-Manier — den demokratischen Massenprotest zur radikalen Minderheit zu verkleinern, und sich selbst zu guter Letzt aufspielen zu können als wahrer Wahrer der studentischen Interessen, als „jung,

Nr. 83
Die politische Karikatur
Karikatur u. Klassenkämpfe —
zu Problemen von Form u. Inhalt —
Recht u. Karikatur — Interview
mit Hachfeld und Ploog —

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

Damnitz Verlag • 8000 München 13 • Hohenzollern Str. 144
Tel. 0811/3003074 • 6x jährlich • Einzelpreis DM 5.—
Jahres-Abo DM 27.— Schüler, Lehrlinge, Studenten, DM 23.—

dein wird und die Forderung nach Gewerkschaftsvertretung nichts als eine verlogene Anbiederung an die immer lauter werdenden Forderungen nach Mitbestimmung und Kontrolle für die arbeitende Bevölkerung und für deren Organisationen, die Gewerkschaften, ist.

Aber nicht nur in der Frage der Mitbestimmung bleibt der RCDS bewußt hinter den Forderungen der demokratischen Kräfte an der Hochschule zurück und kämpft Scheingefechte durch, auch in der Frage der verfaßten Organe der Studentenschaft führt er sein demagogisches Tam-tam auf: Der Gesetzentwurf „erschwere“ die Mitbestimmung der Studenten durch die Auflösung der verfaßten Studentenschaften, daher fordert der RCDS ganz radikal: „Die verfaßte Studentenschaft wird beibehalten!“ Aber: „Der Mißbrauch der verfaßten Studentenschaft durch kommunistische Gruppen, die nur nach „antiimperialistischen Demonstrationen“, „kommunistischer Polit-Propaganda“... strebten, kann durch konsequente Rechtsaufsicht abgestellt werden.“ Welch Mäntelchen er sich auch umhängt, der RCDS kämpft weiter gegen das politische Mandat, für die politische Unmündigkeit.

In der Frage des Ordnungsrechts meint der RCDS schließlich korrekt und sachlich: „Jeder Bürger untersteht den allgemeinen Gesetzen. Auch der Student. Studenten brauchen keine Sonderrechte, auch keine Privilegien.“ Und ohne die Positionen der Reaktion zu gefährden, kann er feststellen: „Das besondere Verhältnis zur Uni wird geregelt durch die Zulassungsbestimmungen und durch das Hausrecht der Universität“, denn beides schiebt Demokraten ausreichend Riegel vor, da z. B. die Münchner Hausordnung (HO) das Verteilen von „Handzetteln“ unter Zensur, und politische Agitation unter Verbot stellt. Aktive Demokraten sind also auf dem Rechtsweg aus der Uni herauszuklagen wegen HO-Verstoßes, Zulassung an anderen Unis könnte wegen Vorbestrafung verweigert werden. Das reicht dem RCDS — mehr braucht die Reaktion auch nicht. Der wahre Wahrer der studentischen Interessen tut nichts anderes, als wohlbekannte reaktionäre Vorstellungen neu verpacken. Besonders ist zu beachten dabei, daß die christlich-demokratischen Biedermann die Verschärfung des sozialen NC, die besonderen Verschlechterungen für Arbeiterkinder durch die Studienreglementierung ganz „vergessen“. Die Frage der langfristig qualifizierenden, kritischen Ausbildung, das was letztlich alle Studenten betrifft, deren Karriere noch nicht feststeht, wie bei den Herren des RCDS, — die fällt unter den Tisch.

Des RCDS sachliche Kritik ist nichts als Augenwischerei. Herr Maier hat schon Änderungen an seinem Gesetz angekündigt, die aufgrund der „overkill-Kapazität“ des Entwurfs nichts wesentliches ändern werden. Die Gipfelglättung eines Eisbergs steht bevor, und der RCDS tat und wird sein bestes tun, um den Studenten die „sachlich-konstruktive“ Spren-



Machtvolle Demonstration von über 20 000 bayerischen Studenten gegen das BHG, Dazu eine Passage aus der Südd. Zeitung vom 20.5.: Zu den Studentendemonstrationen gegen den Vorentwurf eines bayerischen Hochschulgesetzes erklärte die CSU-Landesleitung, man beobachte mit großer Besorgnis Stil und Methode, mit denen „radikale Teile der Studenten und Assistenten die Auseinandersetzung um ein bayerisches Hochschulgesetz offenkundig zu führen gewillt ist“. Wer sich „in stupider und monotoner Wiederholung marxistischer Phrasen“ gefalle, das Kultusministerium als „Handlanger der Großindustrie“ diffamiere und der CSU als stärkster bayerischer Partei eine Gesellschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterstelle, „beweist damit, daß ihm an sachlicher Diskussion und rationeller Reform nicht gelegen ist. Man werde den Kultusminister bei seinen Bemühungen mit Nachdruck unterstützen und nicht zulassen, daß die Beratungen um ein Hochschulgesetz durch den Terror und den Pöbel marxistischer Gruppen, die studentische Gelder für ihre antidemokratischen Ziele zweckentfremden, bestimmt werden“.

gung eines linken Hügels vorzugaukeln. Nur eine Massenpolitik, eine Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, nur die Entfaltung des Kampfes um eine demokratische Hochschul-Reform mit klaren prinzipiellen Vorstellungen zur Mitbestimmung wird diesen Machenschaften den Wind aus den Segeln nehmen.

Wie weiter?

Die BHG-Demonstration ist nur ein Auftakt gewesen. Wichtig für uns alle ist zu sehen, daß der BHG kein bayrisches Schmankerl ist. Wie auf den Ebenen der Außen- und Innenpolitik versucht die CSU/CDU auch auf hochschulpolitischem Gebiet, die Initiative zu gewinnen und die SPD/FDP-Regierung nach rechts zu drängen. In den Auseinandersetzungen um das BHG werden Positionen für das HRG gesetzt werden. Eine besondere Aufgabe ist es also, den Zusammenhang zwischen BHG und HRG-Diskussion zu verdeutlichen.

Es geht um die Erarbeitung und Verwirklichung einer demokratischen Hochschulreform. Wir müssen den Kampf um ein möglichst breites Bündnis für eine solche Reform weiterführen. Vor allem gilt es positive Forderungen in die Studentenschaft zu tragen, denn nur dadurch läßt sich eine Perspektive eröffnen. Hier liegen auch die Grenzen der Sektierer und des RCDS. Intensivierung der Bündnis-

politik mit Professoren, Assistenten, Gewerkschaften und demokratischen politischen Organisationen und fachspezifische Information über das BHG sowie die Organisierung der demokratischen Studenten auf Basis einer gewerkschaftlich orientierten Politik am Fach, in Arbeitskreisen „Studienreform und BHG“ sind die nächsten Aufgaben, um im nächsten Semester Massenbewegungen gegen das BHG, für eine demokratische Hochschule initiieren zu können.

500 Jahre Uni München — 500 Jahre Klassenkampf

In der Zeit vom 26.6. bis 1.7. soll die größte Uni Westdeutschlands gefeiert werden. Daß die reaktionäre Hochschulformierung heute nur die Spitze des Kampfes zweier Linien an der Hochschule ist, das zu zeigen, wird unsere Aufgabe sein. Die Demokraten wie die Reaktionäre haben Traditionen. Die Linie der Reaktion führt zur CSU, zum RCDS, zum Bund Freiheit der Wissenschaft, ihre Hetze findet ihre Parallelen in der Faschisierung der deutschen Hochschulen in der Weimarer Republik. In der Linie der aktiven Demokraten steht der MSB-SPARTAKUS, sein Kampf an der Hochschule ist verbunden mit dem antifaschistischen Widerstand in Deutschland, mit allen fortschrittlichen Kräften gestern und heute.

Die Orientierung der Fachhochschüler auf die Gewerkschaften ist notwendig

Die Aktivitäten der Ingenieur- bzw. Fachhochschüler in Baden-Württemberg waren in den letzten Semestern von einem zunehmenden Bewußtsein über ihre Situation gekennzeichnet. Die Streiks gegen das reaktionäre FHS-Gesetz hatten längst nichts mehr mit dem

Die Bedingungen des Ingenieurs im Arbeitsprozeß nähern sich zunehmend den Bedingungen des qualifizierten Facharbeiters. Der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion folgt die Tendenz der Proletarisierung vor allem der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Deswegen ist es gerade an den Fachhochschulen wichtig, die Studenten bereits in der Ausbildung an die Arbeiterklasse, an ihre Organisationen, besonders die Gewerkschaften, heranzuführen. Das wird erleichtert, wenn wir den Studenten die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und ihren Kampf um mehr Mitbestimmung und soziale Sicherheit aufzeigen.

Beschleunigt wurde an den FHS in Baden-Württemberg dieser Prozeß durch die Solidarität des DGB und einiger Einzelgewerkschaften mit dem Kampf der Studenten um eine demokratische Fachhochschule und durch die konkreten Erfahrungen, die die Studenten in den Streiks der Metaller im Herbst des vergangenen Jahres machen konnten. Am 8. Dezember demonstrierten in Stuttgart 50 000 Metallarbeiter Seite an Seite mit den Studenten gegen das Lohndiktat der Unternehmer — für soziale Sicherheit und Mitbestimmung.

Wenn auch maoistische und trotzkistische Studentengruppchen in opportunistischer Weise versuchten, die Gewerkschaften zu diffamieren, so tat dies der Solidarität der Kollegen aus dem Betrieb und den Studenten keinen Abbruch. Durch die gleichzeitigen Angriffe der Kultusbürokratie gegen die verfaßten Studentenschaft und die Angriffe der Unternehmerverbände auf die Gewerkschaften war jedermann die Hauptstoßrichtung klar. Wie Staat und Monopolkapital zusammenarbeiten, wurde auch den Studenten deutlich, die während des Ingenieurschulstreiks bei Großkonzernen im Stuttgarter Raum eine Arbeit angenommen hatten und ein paar Tage später mit der Begründung „für streikende Studenten gibt es keine Arbeit“ hinausgeworfen wurden.

Diese Erfahrungen zeigen den Studenten die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Es wäre allerdings falsch zu meinen, der demokratische Massenkampf an der FHS, die enge Bindung der Studenten an die

Kampf der Studenten um die Erhaltung ständischer Privilegien zu tun. Die Streiks waren Ausdruck der Erkenntnis, daß Ausbildung und Beruf des Ingenieurs immer mehr bestimmt werden sollen von den Profitinteressen des Monopolkapitals.

Ingenieure fordern mehr Rechte

Wiesbaden (ppa) - Über tausend graduierende Ingenieure demonstrierten am Dienstag in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Sie fordern Mitsprache, Mitbestimmung und Mitentscheidung auf technischem Gebiet und eine Aufwertung des graduierten Ingenieurs, der zwar leistungs- und bildungsmäßig dem Diplom-Ingenieur gleichwertig, im öffentlichen Dienst aber in ein starres Laufbahngefüge eingepreßt ist. Ferner demonstrierten sie für eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes, das den graduierten Ingenieur noch immer diskriminiere. Auf Transparenten und mit 5000 Flugblättern informierten sie die Bevölkerung über ihr Anliegen.

Die Ingenieure kritisieren, daß ihre Entscheidungsfreiheit durch kommerzielle Gesichtspunkte eingeengt und dadurch optimale technische Leistungen nicht verwirklicht werden könnten. Die Öffentlichkeit müsse die Folgeschäden tragen, so zum Beispiel die Beseitigung der in die Milliardenbeträge gehenden Umweltschäden aus Steuergeldern. Noch immer würden wichtige Entscheidungen von Nichtfachleuten gefällt und oftmals kostspielige Fehlentscheidungen getroffen.

Gewerkschaften entfalte sich im Selbstlauf. Rechte Demagogie und linkes Sektierertum erschweren den Kampf der Studenten um ihre demokratischen Rechte erheblich. Vor allem in Baden-Württemberg zeigen sich an den FHS linksopportunistische Tendenzen. Überwiegend sind es maoistische Studentengruppchen, die durch ihre desorientierende und spalterische Politik den Kampf der Studenten zu schwächen versuchen. Ihre totale Ablehnung des Kampfes um Mitbestimmung, die unverstandene Dialektik von Reform und Revolution, die unvermittelte Postulierung des sozialistischen Ziels und der Ruf nach einem generellen Gremienboykott führte in einigen Schulen zur totalen Resignation der Studentenschaft.

In den Aktionen gegen das reaktionäre FHS-Gesetz und das HRG wurde trotzdem vielen FHS-Studenten deutlich: nur im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften, besonders aber mit den Gewerkschaften, ist eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der demokratischen Bewegung möglich — ist das gemeinsame Ziel von fortschrittlichen Arbeitern und Studenten, die Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole durchzusetzen.



Die Jugend verlangt eine qualifizierte Berufsausbildung, gleiche Ausbildungsförderung für alle. Für die FHS-Studenten ist die Orientierung auf die Organisation in den Gewerkschaften absolut notwendig.

Aus einem Flugblatt des MSB SPARTAKUS FHS Essen

Sieben von zehn Fachbereichen der FHS Essen streiken seit Freitag, Montag und Dienstag finden in den anderen Fachbereichen Vollversammlungen statt, um über ein einheitliches Vorgehen gegen die Rahmenprüfungsordnung (RPO) zu entscheiden.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß mit der Umwandlung der ehemaligen höheren Fachschulen und Ingenieurschulen zu Fachhochschulen nicht die Absicht verbunden war, den Studenten eine qualifiziertere Bildung zu ermöglichen, sondern entsprechend dem technologischen Stand der Produktion die Ausbildung straffer zu organisieren.

Durch die geplante Rahmenprüfungsordnung, durch Hochschulrahmengesetz, CHEG und unzulänglicher Ausbildungsförderung entsteht ein System, das nur einer kleinen Zahl von Studenten die Möglichkeit eines Hochschulstudiums einräumt.

Gerade das ist die Absicht der Formierungspläne!

Die Folgen der verschärften Prüfungsordnung von Hochschulrahmengesetz und Bafög sind: NUMERUS CLAUSUS vor allem für Arbeiterkinder, Schmalspurausbildung und unsichere Berufsaussichten für die Mehrheit der Studenten, Züchtung einer kleinen Elite von „Führungskräften“, — Kurzstudium für die Masse.

Während der Gesamthaushalt um 8 Milliarden wächst und der des Verteidigungsministeriums allein um zweieinhalb Milliarden DM, sieht der Etat für Bildung und Wissenschaft nur eine Anhebung um rund 1 Milliarde vor, bis 1975 sind die Planungsansätze für die Bildung sogar um siebeneinhalb Milliarden gekürzt worden.

Konkret sieht das für die FH Essen z. B. so aus:

Für die Fachbereiche Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau und Verfahrenstechnik konnten 1971 pro Student 87,05 DM ausgegeben werden. In diesem Jahr aber stehen nur 58,19 DM zur Verfügung. Das bedeutet z. B. für den Fachbereich Elektrotechnik, daß defekte Meßinstrumente nicht repariert werden können und somit der Laborbetrieb fast zum Erliegen kommt.

Nicht anders ist die soziale und materielle Lage der Studenten:

Die 420,— DM (Bafög-Höchstgrenze) reichen nicht aus, um die hohen Mieten — eine Studentenbude kostet im Durchschnitt 150,— DM — und die ständig steigenden Preise zu begleichen. Außerdem warten durch die kurzfristige Umstellung von Honnef auf Bafög viele Studenten seit über sechs Monaten auf ihre Förderung. Die untragbare Mensasituation an der FH sollte durch Einrichtung einer Mobilküche verbessert werden, die dazu notwendigen Mittel wurden vom Finanzministerium nicht bewilligt.

Diese Misere im sozialen und im Bildungsbereich ist nur in einer Gesellschaft möglich, die sich nicht an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert, sondern an den Interessen einer kleinen Minderheit, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen hält.

Aus den Hochschulen

Westberlin

Hochschultagung der SEW

Mehrere Hundert Studenten hatten sich am 27./28. Mai in der TU in Westberlin auf der Hochschulpolitischen Tagung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins versammelt. Die Genossen der SEW an der FU, TU, PH, an den Kunstabakademien und Fachhochschulen, Vertreter der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) an den Hochschulen und Sozialdemokraten analysierten die derzeitige Funktion der Hochschulen in Westberlin, schätzten das Kräfteverhältnis an den Hochschulen der Stadt ab und berieten über konkrete demokratische Bildungsforderungen im Sinne der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sowie Fragen ihrer Durchsetzung.

Die Aufgliederung der Tagung am zweiten Tag in zehn Seminare erwies sich als sehr fruchtbringend, da im kleineren Kreise auf einzelne Fragen konkreter eingegangen werden konnte.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung faßten die Teilnehmer die Ergebnisse der Arbeit noch einmal zusammen. Die Hochschulpolitische Tagung widerspiegelt deutlich den gewachsenen Einfluß der sozialistischen und demokratischen Kräfte an den Westberliner Hochschulen. Dies bewies unter anderem auch die Teilnahme zweier Vertreter der RSV-Botschaft in der DDR-Hauptstadt am zweiten Konferenztag. Spontan wurden weitere 1000 Mark gesammelt und den vietnamesischen Freunden überreicht.

Die Bedeutung widerspiegelt sich auch in der zügellosen Hetze der Springer-Presse und anderer Rechtskräfte. Springers „Berliner Morgenpost“ erschien auf der Titelseite mit der Schlagzeile „Die Technische Universität wurde zum Tagungszentrum von linksradikalen Gruppen“. Und Wissenschaftssenator droht mit erneuten Repressalien. Zwei Tage später muß die TU wegen einer Bombendrohung rechts-extremistischer Kräfte geräumt werden, sie fordern den Hinauswurf der SEW-Gruppen und der „Langhaarigen“.

München

ASTA der TU gegen BHG-Entwurf

In einer Presseerklärung des ASTA der TU München wird schärfstens gegen Maiers Kasernenordnung Stellung bezogen:

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität München wendet sich im Namen der an der TUM immatrikulierten Studenten aufs schärfste gegen den am 19. 4. 72 veröffentlichten Entwurf eines bayerischen Hochschulgesetzes, insbesondere gegen die Zerschlagung der studentischen Interessenvertretungsorgane (Fachschaften, ASTen) und gegen das verschärfte Ordnungsrecht.

Der ASTA sieht darin eine undemokratische Kasernenordnung, die keine Ansätze zu einer fortschrittlichen Hochschulreform im Sinne der Studenten und der breiten Bevölkerung bietet. Dieses Gesetz fällt weit hinter die Hochschulgesetze anderer Bundesländer, v. a. Hessen und Niedersachsen, zurück. Die Studentenschaft der TUM wird gemeinsam mit allen Demokraten Bayerns gegen dieses Gesetz ankämpfen.

Als Essentials für ein demokratisches Hochschulgesetz fordert der ASTA der TUM:

- Gesetzliche Verankerung der verfaßten Organe der Studentenschaft!
- Ersatzlose Streichung des Ordnungsrechts!
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!
- Reale, mindestens drittelparitätische Mitbestimmung der Studenten in allen Fragen von Studiengang, Lehre, Forschung und Berufungsangelegenheiten! Öffentlichkeit aller Gremien! Weg mit dem Quorum — für das imperitative Mandat!
- Selbstverwaltung der Hochschulen — ja! Staatl. Fachaufsicht — nein!

Bochum

Wahlen zum Satzungskonvent

Parität: 24 : 12 : 18 : 6

Wahlbeteiligung: Studenten — 34 %. 18 stud. Vertreter: 8 — BSU, 5 — SAG, 3 — SHB/SF, 2 — MSB. Der MSB bekam 10 % der abgegebenen Stimmen.

Dortmund

ASTA auf VDS-Plattform

Am 26. April 1972 wählte das Studentenparlament (SP) der Universität Dortmund den ersten ASTA nach der neuen Satzung der Studentenschaft. Die bisherigen Vertretungen der Studentenschaft wurden von der Universitäts spitze als nicht rechtmäßig angesehen, da die Satzung, die sich die Studentenschaft ursprünglich gegeben hatte, in verschiedenen Punkten im Gegensatz zur VGO stand und somit vom Rektor nicht akzeptiert wurde.

Diesmal standen eine Liste und ein Einzelkandidat zur Wahl.

Die Kandidaten der Liste, drei Unabhängige, ein Mitglied des Spartakus und Jungsozialist, hatten sich zuvor auf eine gemeinsame Plattform geeinigt, die zum einen Grundlage der späteren praktischen Arbeit sein sollte und zum anderen eine möglichst starke politische Geschlossenheit gewährleisten sollte. Auf diese Weise soll eine konstruktive Arbeit des ASTA trotz unterschiedlicher politischer Meinungen gewährleistet werden.

Der Einzelkandidat R. Priebe zeigte prinzipielle Übereinstimmung mit dem Programm der Liste, wollte aber die politische Komponente der ASTA Arbeit noch stärker betonen wissen.

Nach einer eingehenden Diskussion wählte das SP mit 23:5 Stimmen die Liste Ulrike Bohnen, Reiner Born, Hans Joachim Hermann, Udo Pohl, Jochen Poremski.

Schwerpunkte seiner Arbeit sieht der neue ASTA zunächst in der Auseinandersetzung mit und in der Bewältigung von konkret anstehenden Problemen, wie z. B.

- Schlechterstellung bestimmter Studentengruppen durch das BaFG.
- Wohnsituation der Studenten.
- DSKV
- Stärkere Berücksichtigung der Belange der Lehramtskandidaten (sinnvolle Studienpläne auch in Abstimmung mit der PH).

Darüber hinaus wird der ASTA die vom VDS angestrebte Politik der gewerkschaftlichen Orientierung unterstützen. Er wird sich darum bemühen, die Arbeit der studentischen Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen und in universitären Gremien zu koordinieren und effektiver zu gestalten.

Der ASTA tritt unbedingt ein für die verfaßte Studentenschaft.

Münster

Vietnam-Teach-in unter großer Beteiligung

Angesichts der verbrecherischen Angriffe der USA, die mit nie dagewesener Brutalität gegen das Volk von Vietnam geführt werden, bekundeten annähernd 600 Studenten der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ihre „Solidarität der arbeitenden und studierenden Jugend mit der kämpfenden Jugend Vietnams“. Auf einem teach-in im Audi-max, veranstaltet vom SHB/MSB-Asta, wandten sich die Diskussionsredner mit aller Schärfe gegen die aggressiven Militäraktionen des US-Imperialismus.

Mit überwältigender Mehrheit wurde die Resolution des vds zu Vietnam, Laos und Kambodscha von den Anwesenden verabschiedet.

Diese Resolution verurteilt aufs schärfste „die Aktionen der USA, die der Verlängerung, Intensivierung und Ausdehnung des Aggressionskrieges in Indochina dienen, sowie ihre mörderischen Verbrechen in Vietnam, Laos und Kambodscha.“ Weiter wird gefordert, „daß der 7-Punkte-Vorschlag, der von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei der Pariser Vietnamkonferenz vorgelegt wurde, die einzige Grundlage für eine Lösung des Vietnam-Problems darstellt“. Für uns in der BRD bedeutet dies, den Kampf um die Einstellung jeglicher Unterstützung des Krieges in Vietnam durch die Bundesregierung zu verstärken und uns mit aller Kraft für die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnams in der BRD einzusetzen.

Aus den Hochschulen

Bonn

Bündnis von Professoren und Studenten des Mathematischen Instituts gegen unhaltbare Ausbildungsbedingungen

Am Donnerstag, dem 8. 6. 1972, demonstrierten über 600 Mathematiker in Bonn für 40 neue Lehrstellen. Auf Transparenten forderten sie die „Beteiligung der Gewerkschaften bei der Bildungsplanung“ und protestierten gegen die vom Wissenschaftsministerium geplante Zwangsreduzierung der Studentenzahlen. Es war die Reaktion auf die ablehnende Haltung des Wissenschaftsministeriums gegenüber den mittlerweile seit 13 Monaten gestellten Forderungen von Professoren, Assistenten und Studenten. Es war die Reaktion auf Massenvorlesungen und -übungen, die eine qualifizierte Ausbildung unmöglich machen. In dieser Massenbewegung sehen die Mathematiker die einzige Möglichkeit, den drohenden Zusammenbruch der Mathematikausbildung in Bonn zu verhindern. Als nächster Punkt in diesem Kampf sind für Ende Juni Aktionstage geplant, an denen schwerpunktmäßig in Vorlesungen und Übungen über Bildungsplanung, den gesellschaftlichen Bezug der Mathematik und über Vorlesungs- und Prüfungsfragen diskutiert wird.

Am 29. Juni soll ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums in Bonn öffentlich Rechenschaft über die Bildungsplanung ablegen. In diesem Kampf erwies sich die Notwendigkeit einer eigenständig verfaßten Studentenschaft. Der Fachschaftsvorstand Mathematik/Physik/Informatik wehrt sich gegen alle Versuche von BFdW, RCDS und anderen rechten Kräften, sie zu zerschlagen oder ihre Rechte einzuschränken.

In einem „Aufruf zur Demonstration“ hieß es: „Der Verlauf und das Ergebnis des Gesprächs, zu dem die Fachgruppe Mathematik/Informatik Vertreter des Wissenschaftsministeriums eingeladen hatte, um sie über die miserable Ausbildungssituation zu informieren und die notwendigen Stellenforderungen zu begründen, machte deutlich, daß für das kommende Semester keine Abhilfe erwartet werden kann, daß im kommenden Semester für ca. 600 Studenten kein Personal zur wissenschaftlichen Betreuung vorhanden ist.“

Konkret heißt das, daß weiterhin keine Übungen zu den Vorlesungen der mittleren Semester angeboten werden können, daß die wichtigen Übungen im Grundstudium total überfüllt sein werden, daß die individuelle Betreuung der Studenten durch die Hochschullehrer und wissenschaftlichen Angestellten kaum noch möglich ist.

Kurz: Eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung wird im kommenden Semester nicht mehr möglich sein.

Wir protestieren in aller Form gegen die Ablehnung unserer nunmehr seit 13 Monaten bestehenden Forderungen nach mehr Stellen und lehnen eine Abwälzung der Fehler in der Bildungsplanung bzw. einer nicht vorhandenen wissenschaftlichen Planung auf Unschuldige, d. h. auf die Studenten, Abiturienten und Hochschulangehörigen schärfstens ab.

Unterzeichnet wurde dieser Aufruf von 18 Professoren und Dozenten, dem FS-Vorstand Math./Phys., dem MSB SPARTAKUS/SEKTION Math./Phys. und dem SHB.

Tübingen

Neuer ASTA mit Beteiligung des MSB

Im 1. Wahlgang wurden mit absoluter Mehrheit gewählt:

Dietrich Lauter, ESG: Öffentlichkeitsarbeit

Theo Wahl, ESG: Fachschaften

Gerd Stipp, Unabh.: Soziales

Siegbert Schlohr, GEW: Finanzen

Leonhard Heid, SPARTAKUS: Hochschulpolitik

Dem Studentenparlament gehören 55 Personen an, von denen zum Zeitpunkt der ASTA-Wahl bereits 47 gewählt waren. Der gewählte ASTA erhielt 28 Stimmen, die Gegenliste der KSG (dreiköpfiger Vorstand) erhielt 13 Stimmen, 4 Enthaltungen.

Stuttgart

SP der Fachhochschule für Technik gegen Berufsverbote

Die Studentenschaft der FHS für Technik Stgt. spricht sich entschieden gegen die verfassungswidri-

gen Berufsverbote aus. Sie verwehrt sich gegen die politische Disziplinierung und gegen das geplante Ordnungsrecht im HRG, welches der Studentenschaft und ihren Organen schon während des Studiums einen Maulkorb umhängen soll, und setzt sich für die Erhaltung des ASTAs ein.“ heißt es in einem vom Studentenparlament verabschiedeten Besluß.

Krefeld

Urabstimmung über die Verfassung der Studenten

Wahlbeteiligung:	67,13 %
für die Verfassung:	86,11 %
für die Beitragsordnung:	78,25 %
für die Wahlordnung:	85,11 %

Marburg

Aus einem Artikel der „New York Times“ vom 9. 3. 1972 über die Universität Marburg:

„Sogar die Marburger Universität, die sich behaglich hinter ihrer Vergangenheit verschanzt, entging nicht den Einschüchterungen, Gewaltausbrüchen und einem übermäßigen Drang nach Reformen und nach einer zielgerichteteren Ausbildung.“

Der ASTA-Vorsitzende Helmut Schütte ist Mitglied der DKP und des SPARTAKUS, jener marxistischen Studentenorganisation, die den ASTA hier und in Hamburg, Bonn, Karlsruhe und an der TU Hannover, sowie an der PH Wuppertal, Duisburg, Dortmund und Mönchen-Gladbach übernommen hat. Der SPARTAKUS hat inzwischen reguläre Organisationen an 56 Institutionen des Höheren Bildungswesens. „Wir können nicht ausruhen, ehe wir nicht die faschistischen Professoren los sind“, sagte Herr Schütte. Zu der Anspielung, daß Marburg die Freistätte für stalinistische Professoren sei, während die FU Berlin der Ort für Maoisten, Trotzkisten und andere revolutionäre Richtungen sei, zuckte Herr Schütte nur die Achseln.

Der Präsident der Universität, Rudolf Zingel, betonte ausdrücklich, daß das nicht der Fall ist. „Es gibt nicht mehr als eine Handvoll Marxisten unter den Professoren“, sagte er.

Seine Wahl vor einem Jahr beruhte auf der Unterstützung einer Liste von Reformern in Marburg ... In Marburg beklagte sich einer der Professoren, ein Marxist, bitter über seine schwundende Autorität. Es ist Prof. Wolfgang Abendroth, 66, Sozialdemokrat, bis ihn die Partei wegen seiner rebellischen Haltung fallen ließ. „Drei von uns im Politischen Institut sind Marxisten, drei von 15“, meinte er. „Sie sagen, das sei eine Parteiuniversität, sobald sie 3 Marxisten hat. Sie lügen -- und sie lügen ganz bewußt.“

Freiburg

Verschärftete Angriffe der Reaktion

Seit WS 71/72 ist es der Spartakus-Gruppe an der PH gelungen, die Position als hochschulpolitische Gruppe auszubauen und zu festigen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wird jedoch die offizielle Zulassung als Hochschulgruppe seitens des Rektors der PH verweigert, was sich verständlicherweise erschwert auf hochschulöffentliche Aktivitäten ausgewirkt hat. Die Begründung für die Nichtzulassung basiert auf einer rein vordergründigen, formalen Argumentation, die sich in die bundesweite Strategie der Reaktion einordnen läßt. Obwohl offiziell nicht zugelassen, wurden zu Beginn des vergangenen WS 3 Spartakisten in den ASTA gewählt: 1. und 2. Vorsitzender und Pressereferent. Die anderen ASTA-Referenten unterstützten bislang die vom Spartakus vertretenen vds-Politik, so daß eine kontinuierliche und effektive Arbeit gewährleistet war. Seit Erreichen dieser Positionen jedoch häufen sich die Angriffe der Reaktion: der Vertreter des Faches Geschichte im Studentenparlament, gleichzeitig engagierter CDU-Kommunalpolitiker, erwirkte im Jan. 72 — ganz im Rahmen der bundesweiten Kampagne gegen die verfaßte Studentenschaft — eine einstweilige Verfügung gegen die Zahlung der vds-Beiträge. Jedoch konnte die Reaktion nur einen Teilerfolg verbuchen: auf einer ad hoc einberufenen Fach-

schaftsvollversammlung des Faches Geschichte konnte eine ausreichende (linksliberale) Mehrheit aktiviert werden, um das undemokratische Verhalten des besagten Kommilitonen, nämlich Hintergehung des Studentenparlaments, einmütig zu verurteilen und ein konstruktives Mißtrauensvotum durchzusetzen. Die Reaktion gab sich natürlich nicht geschlagen — eine zur Unterstützung des besagten Kommilitonen gegründete sog. „Initiativgruppe-PH-Studenter“ (IPS) entwickelte seitdem eine rege Aktivität. Zur Taktik dieser Leute gehört unter anderem, nicht öffentlich als Gruppe in Erscheinung zu treten, sondern vielmehr gezielt durch Flugblattaktionen antikommunistische Ressentiments der Studentenschaft anzuheizen. Da ihr erklärtes Ziel die Entfernung des Spartakus von der PH ist, wird ASTA und Spartakus gleichgesetzt, um so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: mit Hilfe einer gegen den Spartakus gerichteten Argumentation wird die verfaßte Studentenschaft bekämpft; die antikommunistischen Vorbehalte der Studentenschaft sollen dabei den Zielen der Reaktion nutzbar gemacht werden. Flugblatttext der IPS vom 1. 2. 1972: „Verweigert massenhaft die Beiträge an den Spartakus-Asta, solange, bis sich dieser KP-Wurmfortsatz wieder auf den Boden des Grundgesetzes stellt!“ — Da der 1. ASTA-Vorsitzende durch Krankheit ausfiel, fanden zu Beginn dieses Semesters Neuwahlen statt: 1. Vorsitzender wurde wieder ein Spartakist, der 2. Vorsitzende ist ein (nichtorganisierter) Linksliberaler; die übrigen Referenten wurden vom Studentenparlament bestätigt. Gleichzeitig gelang es, intensiveren Einfluß auf die Gremienarbeit zu nehmen, da in Fachbereichskommissionen, Fachschaftsausschüsse wie auch ins Studentenparlament in verstärktem Ausmaß Genossen gewählt wurden. Diese realen Erfolge riefen erneut die Reaktion auf den Plan. Sämtliche Wahlen wurden — mit der eindeutigen Zielsetzung, den Spartakus aus den Gremien hinauszukatapultieren — auf der Basis formaljuristischer Argumentationen angefochten: beim Verwaltungsgericht Freiburg wurde vom Vertreter des Faches Geographie im Studentenparlament ein Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt! Des weiteren wurde in einem kürzlich (30. 5.) erschienenen Flugblatt dem ASTA vorgeworfen, daß er angeblich die zu verwaltenden studentischen Gelder „verschleudere“.

Diese gesamten Aktivitäten der Reaktion machen erneut deutlich, daß mit zunehmender Verankerung des Spartakus in der Studentenschaft und in hochschulpolitischen Gremien sich die Angriffe von rechts massiv verschärfen werden; daneben zeigt sich aber auch, daß immer mehr Studenten anhand der politischen Arbeit des MSB erkennen, wer eine Politik in ihrem Interesse macht und wer, lediglich antikommunistischen Schaum vor dem Mund, den Studenten und ihren Forderungen in den Rücken fällt.

Am Rande des Bankrotts ...

... befindet sich das amerikanische Bildungswesen. Das mußte kürzlich sogar USA-Präsident Nixon zugeben. Von allen entwickelten kapitalistischen Ländern haben die USA den höchsten Anteil an Lese- und Schreibunkundigen. Jüngste Schätzungen des Louis-Harris-Instituts für Meinungsforschung ergaben zu diesem Thema:

- 13 Prozent aller erwachsenen Bürger der USA sind in einem solchen Grade Analphabeten, daß sie keinerlei Chancen für das Berufsleben haben.
- 800 000 Kinder zwischen 6 und 13 Jahren erhalten keinen Unterricht.
- 6 Millionen Kinder besuchen Einklassenschulen.
- 700 000 USA-Bürger, die heute über 25 Jahre alt sind, haben nie eine Schule besucht.

Familienunabhängigkeit der Ausbildungsförderung?

Familienunabhängige Ausbildungsförderung ist bereits seit Anfang der 60er Jahre eine Forderung der demokratischen Studentenbewegung. Sie wurde zeitweise regelrecht als Forderung nach einem Studenten-

Höhepunkt des Kampfes um familienunabhängige Ausbildungsförderung war die bundesweite BAFOG-Kampagne des VDS im Sommersemester 1971, in der die Forderung nach Familienunabhängigkeit gleichwertig neben der nach Kostendekkung formuliert wurde.

Im wesentlichen waren es zwei Argumente, die zur Legitimation dieser Forderung vorgebracht wurden:

1. Die durch die Familienunabhängigkeit generell gegebene Unabhängigkeit jedes Studenten vom repressiven Elternhaus eröffne einen zentralen Politisierungsschub.

Hier wird völlig klassenunspezifisch eine neuere Variante der bürgerlichen Theorie vom Generationskonflikt an-

gehalt formuliert (hier schimmert die lange gebräuchliche Fehleinschätzung von der Machart des „Quasi-Lohnkampfes“ durch).

lungssystem gefordert und damit das Herausbrechen der Lehrlinge aus der Kampffront der gesamten Arbeiterklasse vorangetrieben wird.)

Forderungen im Zusammenhang sehen

Wird einerseits deutlich, daß diese Auffassungen eine Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung nicht hinreichend legitimieren können, so wird weiterhin klar, daß Forderungen zum Ausbildungsförderungssystem nicht aus sich selbst heraus, sondern nur im Zusammenhang mit übergreifenden klassenmäßigen Forderungen für den Ausbildungsbereich entwickelt werden können.

tung der Bildungseinrichtungen; — die Vereinheitlichung des Bildungswesens; — die quantitative Ausweitung der Ausbildungsmöglichkeiten gerade im Bereich der Erwachsenenbildung; — die soziale Sicherung der Aus- und Weiterbildung u. a. m.

All das heißt: Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse. An diesem Klassencharakter der Ausbildung hat auch die Ausbildungsförderung gemessen zu werden, wobei klar bleiben muß, daß durch ein geeignetes Ausbildungsförderungssystem nicht bereits selbst das Bildungsprivileg gebrochen wird, aber mit einer Voraussetzung für dessen Brechung gegeben werden kann.

Argumente

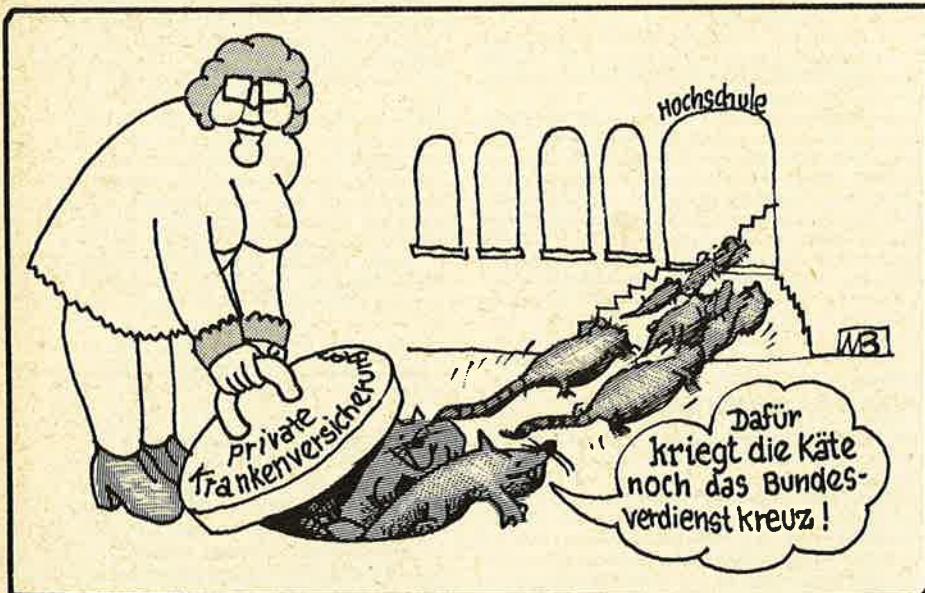
Es spricht nun zweierlei dafür, die Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung gegenwärtig **nicht** zu stellen:

1. Es kann kein Argument dafür vorgebracht werden, daß eine familienunabhängige Ausbildungsförderung unabdingbare Voraussetzung für eine Demokratisierung des Bildungswesens ist, sie kann deswegen auch kein essentieller Bestandteil des Kampfes zur Brechung des Bildungsprivilegs sein.

2. Das gegenwärtige gesellschaftliche Kräfteverhältnis bedingt die volle Finanzierung der Ausbildungsförderung durch die Arbeiterklasse.

Ausgehend davon, daß eine familienunabhängige Förderung die Demokratisierung des Bildungswesens nicht fördert, weil durch sie nicht Kinder der Arbeiterklasse vorrangig in den Genuss dieser Familienunabhängigkeit kommen, vielmehr die Arbeiterklasse die Mittel für eine Förderung aufzubringen hätte, von der im wesentlichen nichtmonopolistische Schichten mit höherem Einkommen profitieren würden, müssen wir hier eine Forderung entwickeln, die geeignet ist, eine Voraussetzung für den Hochschulzugang für Kinder der Arbeiterklasse und insbesondere ihren Kern, dem Industrieproletariat, selbst zu schaffen.

Hier liegt ein partieller Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter-



geboten, die aber keinesfalls Grundlage für eine klassenmäßig begründete Forderung sein kann.

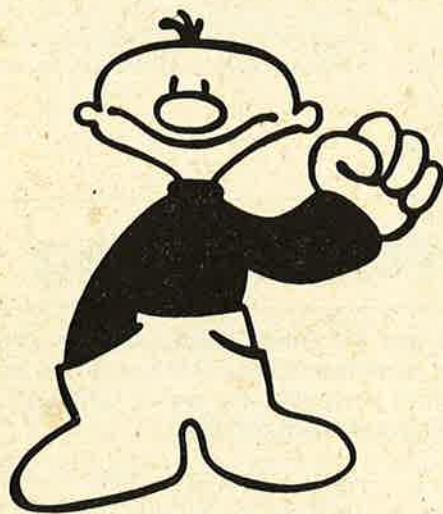
2. Falsch sind auch alle Auffassungen, die von sog. einheitlichen Interessen aller Auszubildenden ausgehen und dabei nicht berücksichtigen, daß es keine Klasse der Auszubildenden gibt, daß vielmehr die Auszubildenden sich über alle Klassen und Schichten verteilen. (Ganz abstrus wird diese Vorstellung, wenn die Einbeziehung der Lehrlinge in das Ausbildungsförde-

Ansatzpunkt hierfür bietet die Forderung der Arbeiterklasse nach Demokratisierung des Bildungswesens.

Diese Demokratisierung des Bildungssystems beinhaltet einen zusammenhängenden Forderungskatalog, der die Bereiche von der Vorschule bis zur Sekundar- und Tertiärstufe umfassen muß.

Zu diesen Forderungen gehört:

- die Demokratisierung des Hochschulzugangs, der Ausbildungsinhalte, der Entscheidungsstrukturen auf allen Ebenen der Bildungsplanung und Verwal-



...hören Sie mal rot! „pläne“



Streik, 30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 55 501, DM 22,-



Wir machen den Roten Punkt,
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 13, DM 5,-



Brech die Macht der Monopole,
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88 102, DM 22,-



Neues Deutschland,
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88 103, DM 22,-



Dein Staat . . . ,
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33 302, DM 22,-



Arbeiterlieder Festival,
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 66 201, DM 22,-



Gesamtverzeichnis anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93

klasse und diesen nichtmonopolistischen Schichten vor, der erst langfristig durch die Sicherung der Finanzierung zu Lasten des Rüstungshaushalts und der Konzernprofite beseitigt werden kann. In diesem Widerspruch müssen wir vom Vorrang der Arbeiterklasse als Kern und führende Kraft jedes antimonopolistischen Bündnisses ausgehen. D. h., daß solange durch Einklagbarkeit der Förderung eine finan-

zielle Belastung dieser Schichten hingenommen werden muß, wie die langfristigen Forderungen nach Kürzung des Rüstungshaushalts und Besteuerung der Konzernprofite nicht erkämpft sind. Der Vorrang der Interessen der Arbeiterklasse widerlegt hierbei das Argument von der Aufspaltung des studentischen Kampfes.

Ein ernsthafter Schritt zur Verbesserung

der Chancen des Hochschulzugangs für Kinder der Arbeiterklasse scheint im Rahmen der Ausbildungsförderung nur über die (auch bisher schon gestellte) Forderung nach kostendeckender Ausbildungsförderung im Zusammenhang mit einer sofortigen drastischen Anhebung der Elternfreibeträge (und ihrer schrittweisen weiteren Anhebung) in Verbindung mit progressiver Einkommensbesteuerung und Rüstungssenkung erreichbar zu sein.

Demokratische Lehrinhalte im Fachbereich:

Reform der Deutschlehrerausbildung

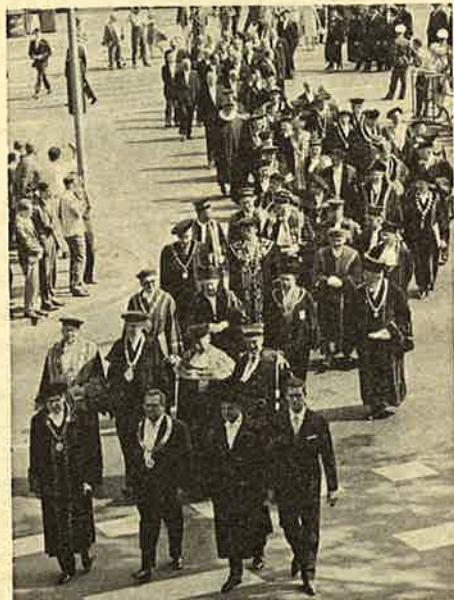
Der folgende Grundstudienplan basiert auf dem Modell, welches in Marburg von der Basisgruppe Germanistik entwickelt wurde. Präzisiert und modifiziert wurde er aufgrund der Anregungen des Studienplanentwurfs

Demokratische Lehrinhalte im Fachbereich:

„Die sogenannte ‚Krise der Germanistik‘ hat ihre Ursache darin, daß die Germanistik gegenüber der ökonomischen Entwicklung in der BRD, wie sie sich vor allem seit den 60er Jahren vollzieht, mehr und mehr dysfunktional geworden war.“⁽¹⁾ Zunächst hatte in der Rekonstruktionsperiode die Notwendigkeit einer Schulreform für das Kapital nicht bestanden, weil die Produktionsmittel in etwa dem Stand in den anderen kapitalistischen Ländern entsprachen und weil das Arbeitskräftepotential die Arbeitsplätze abdeckte, d. h. hinreichend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden waren (Im Ausbildungsbereich kam hinzu, „daß in der Zeit von 1957 bis 1960 rund 7000 aus der DDR geflüchtete Lehrer in den Schuldienst übernommen wurden.“).⁽²⁾ Diese Situation änderte sich, als die Konkurrenzfähigkeit der BRD auf dem Weltmarkt besonders gegenüber den USA und Japan zurückging bei gleichzeitiger Konsolidierung und Entwicklung der sozialistischen Länder. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Mängel des Bildungswesens offensichtlich: Schulen und Hochschulen konnten der Nachfrage nach genügend qualifizierten Arbeitskräften nicht nachkommen. Beispielsweise konnte die Zahl der neu eingestellten Lehrer nicht einmal die Zahl der ausscheidenden decken, während gleichzeitig die Schülerzahl anstieg.⁽³⁾ Auch auf Inhalt und Funktion des Deutschunterrichts hatten die schnellen Wandlungen im Produktionsprozeß im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ihre Auswirkungen. Geistesgeschichtliche Betrachtung klassischen Kulturguts oder werkimmanente Interpretation konnten die Anforderungen, die an den Deutschunterricht in bezug auf Qualifizierung gestellt wurden, nicht erfüllen. Fachliche Mobilität, technisch-funktionale Intelligenz, Entwicklung operational-instrumentaler Fähigkeiten mußten sowohl allgemeine Ziele der staatlichen Bildungspolitik als auch Bildungsziele für das Fach Deutsch sein, da nur so die Ausbildung den ökonomischen Interessen der Monopole angepaßt werden konnte.

Reform des Deutschunterrichts im Interesse der Monopole

„Die Funktionen des Faches Deutsch sind ... im wesentlichen Sprachbildung und methodisch bewußtes Verstehen.“⁽⁴⁾ Diese zwei Funktionen sind bestimmt für den Sprach- und Literaturunterricht. Kennzeichnend für den Sprachunterricht ist die Einführung der strukturellen Linguistik (z. B. in Gestalt der generativen Transformationsgrammatik). Sie offenbart



Da ziehen sie dahin, die Honoratioren, den Staub (und nicht nur das!) der Jahrhunderte einzusegnen.

das Verwertungsinteresse an dieser neuen Art von Sprachunterricht: ihr Interesse erschöpft sich in der Beschreibung und Formalisierung strukturaler Merkmale; indem sie sich auf die syntaktische Komponente der Sprache beschränkt, garantiert sie einen hohen Grad von Operationalität und Instrumentalität; wird überhaupt auf semantische Merkmale eingegangen, so

der ADSG an der FU Berlin (Mattenkrott – Papier), sowohl in der praktischen Durchführung als auch in der theoretischen Formulierung waren und sind Spartakisten nicht unweentlich beteiligt.

werden diese nicht inhaltlich überprüft, sondern bestenfalls in eine grammatische Beziehung zueinander gesetzt; folglich vermittelt diese Sprachbetrachtung die Fähigkeit, formalisierte und abstrakte Schemata wahrzunehmen und mit ihnen umzugehen. Die dadurch erreichte Qualifikation ermöglicht und fördert später die fachliche Mobilität und schnelle Anpassung am Arbeitsplatz.

„Methodisch bewußtes Verstehen“ hat für den Literaturunterricht weniger die Erarbeitung von Inhalten als vielmehr das Erlernen von Verfahren zur Folge. Vorrangige Methoden sind Textbeschreibung und Textanalyse in Anlehnung und teilweise Übernahme strukturalistischer Methoden. Vorrangiges Lernziel ist demnach auch im Literaturunterricht das Operieren mit Instrumentarien; mit dieser Reduktion des Erkenntnisanspruchs auf rein formal-funktionale Gesichtspunkte wird auf jedes Urteil über Inhalte verzichtet. Die ‚Wissenschaft von Texten‘ zeigt sich unfähig, Textinhalte zu erklären. Was der Schüler im Umgang mit dem ‚Text‘ gelernt hat, „er ist (es) auch in seiner gesellschaftlichen Tätigkeit: Exeget. Er legt Texte aus, die er nicht gemacht hat und deren Inhalte er nicht verantworten muß. Am Schaltpult kontrolliert und steuert er eine Produktion, die er nicht versteht. Er bedient Maschinen, die ihm nicht gehören. Er interpretiert die bestehende ‚Ordnung‘ auch gegen seine eigenen Bedürfnisse. Er kennt keine Alternativen. Er ist fungibles Glied eines Produktionsprozesses, den er als Ganzes nicht durchschaut. Die Ansichten fragt er: Was meint ihr? Er fragt sie nicht: Wem nützt ihr?“⁽⁵⁾

Damit ist auch der Charakter der ‚Wissenschaftlichkeit‘ offenkundig. Die angebliche ‚Ideologiefreiheit‘ entpuppt sich als verschleierte Form von Ideologievermittlung im Interesse der Monopole. Damit geht Hand in Hand der Verzicht auf die Reflexion gesellschaftlich-historischer Dimensionen von Literatur, womit dieser neue Literaturunterricht in der Tradition der werkimmanenten Interpretation steht. Die Einbeziehung ‚moderner‘ Texte wie Trivialliteratur, Werbespots, Sachliteratur und der Massenmedien soll dem ‚Durchschaubarmachen‘ ihrer Wirkung und der

Erziehung zu ‚kritischem‘ Konsumverhalten dienen. Kritik an Werbung und Medien erschöpft sich jedoch im Vergleich von sprachlicher Gestaltung und intendierter Absicht. Erzeugt wird damit eine Haltung des individuellen ‚Darüberstehens‘, wodurch Fragen und Unbehagen, also möglich herrschaftsgeführndes Bewußtsein, neutralisiert wird. So leistet der Konsum von Sachbüchern und Medien die ideologische Konditionierung, die früher dem Literaturunterricht selber zukam, lenkt Kritik in ‚geordnete‘ Bahnen und dient gleichzeitig dem Interesse der Verlage nach Mehrwertrealisierung.

Fazit:

Die forciert betriebene ‚Verwissenschaftlichung des Literaturunterrichts‘ bedeutet nichts anderes als

- die Reduktion von Texten auf sprachliche Zeichen, an Hand derer
 - abstrakt-kognitive Fähigkeiten geschult werden; weiterhin
 - den Ausschluß aller historisch-gesellschaftlichen Elemente, wodurch
 - die völlige Isolierung des Literaturunterrichts von gesellschaftswissenschaftlichen Dimensionen erreicht werden soll.
- Solche ‚Wissenschaft‘ beinhaltet ferner
- Ideologievermittlung in sachgebundener Form und
 - engere Bindung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes;
- d. h.: die Befähigung zum Begreifen und Gebrauchen der am Arbeitsplatz vorgegebenen separierten Funktionszusammen-

Konsequenzen für eine Reform der Lehrerausbildung

a) technokratisch

Indem Ausbildung unter den Bedingungen des Spätkapitalismus in erster Linie die Fähigkeit erfordert zu einer ständigen Anpassung von Qualifikationen an die technologischen und restriktiven Veränderungen im Produktionsprozeß, ein Erfordernis, welchem die objektiv vorhandene Kluft zwischen Studium und Berufspraxis, zwischen Wissenschaft und Berufspraxis zuwiderläuft, ist die derzeitige Bildungsreformdiskussion beherrscht von dem Bestreben, diese Kluft zu überwinden. Betriebs der Lehrerausbildung heißt es demzufolge im „Strukturplan für das Bildungswesen: „Bestandteile der Ausbildung für alle künftigen Lehrer sind die Beobachtung und Analyse der Schulwirklichkeit während der Ausbildung und eigene Unterrichtsversuche auf der Basis der jeweils gewonnenen Einsichten. Nur dadurch kann Theorie wirklich begriffen und Praxis verstanden und auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Eine solche Verbindung von Theorie und Praxis wird auch in anderen vergleichbaren Studiengängen gefordert...“⁶⁾

„Die Verabsolutierung scheinbar unmittelbarer Erfahrungen der Berufspraxis“⁷⁾ zeugt für den technizistischen Versuch, „die Theorie zur Funktion praktischer Erfordernisse“⁸⁾ der Kapitalverwertung zu machen und korrespondiert — in der intendierten Ausbildung von „subjektiver Disposition zur Mobilität, Kooperationsfähigkeit, rationale(m) Problemlösungsverhalten, praxisbezogene(m) Denken“⁹⁾ — der oben beschriebenen Funktionalisierung des Deutschunterrichts in Linguistik und Textanalyse. Natürlich gehören jene Konditionierungen zur umfassenden, qualifizierenden Ausbildung, aber als solche, d. h. als von den gesellschaftlichen Verwertungsprozessen des Kapitals anstrahlende, taugen sie lediglich zum besseren und reibungsloseren Verkauf der Ware Arbeitskraft, und eine solche Ausbildung kommt gerade den staatlichen und ministeriellen Intentionen auch integrierter Gesamtschulbildung entgegen.¹⁰⁾ Indem nämlich dem für das Gesamtschulsystem erforderlichen, in eine Hierarchie eingegliederten, neuen Typ des spezialisierten Stufenlehrers, dessen Lehrertätigkeit von vornherein „auf größtmögliche Effizienz des fremdbestimmten Lernprozesses reduziert“ wird, die Rolle eines Medien-Spezialisten, Test-Anwenders, Gruppendynamikers zukommt, „der im organisierten System der Schule systematisch integrierte Teilfunktionen auszuführen hat“, zielt seine in instrumentalisierte Bestandteile zerfaserte Kurzzeit-Ausbildung (6 Sem.) dahin, „die künftige Lehrerpraxis der historisch-gesellschaftlichen Begreifbarkeit und Korrigierbarkeit zu entziehen.“¹¹⁾ Einen Begriff von der Totalität der Klassengesellschaft zu bekommen, wäre für ihn, den „Rezeptanwender“ und „Vorschriftenbefolger“, ja dysfunctional, welche Einschätzung sich nicht zuletzt niederschlägt in der weitgehenden Verfestigung des überkommenen Verhältnisses von praxisloser Theorie in der ersten Ausbildungsphase und von theorieloser Praxis in der zweiten Ausbildungsphase.¹²⁾

Dem entspricht, daß die stärkere Einbeziehung von Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften ins Studium von

vornherein unter rein sozialtechnischen Gesichtspunkten betrieben wird, d. h. ihr historisch-gesellschaftlicher Erklärungswert wird weitgehend eliminiert.¹³⁾

b) demokratisch

Eine Studienreform, die sich gegen diese entdemokratisierenden, formierenden Tendenzen wendet, hat anzuknüpfen bei den inneren Widersprüchen der staatlichen Ausbildungspläne selber. So zählt etwa die Einbeziehung von Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und von Praktika ins Studium — als Ansätze einer interdisziplinären, berufsorientierten Zusammenarbeit — durchaus zu jenen fortschrittlichen Momenten, welche in Widerspruch geraten zu den reglementierenden, notwendig restriktiven Bedingungen, unter denen die Lehrerausbildungsreform stattzufinden hat.¹⁴⁾ Es liegt im Interesse der Lehrerstudenten, diese vom Anspruch her fortschrittlichen, notwendig gewordenen Momente in der herrschenden Ausbildungsreform aufzugreifen und sie weiterzutreiben in den eigenen Bestrebungen nach einer Reform, die demokratischen Ansprüchen genügt. So kommt es zum Beispiel darauf an, die Aufnahme gesellschaftswissenschaftlicher Inhalte ins Studium zu verteidigen und „für ein wissenschaftliches Selbstverständnis des gesellschaftlichen Verwertungszusammenhangs und der Widersprüchlichkeit der eigenen Funktionen als Lehrer in die Ausbildung zu integrieren.“¹⁵⁾

Die isolationistische Systematik etwa der Soziolinguistik und Sprachdidaktik wird sich nur durchbrechen lassen, wenn der künftige Sprachlehrer Kenntnisse erwerben kann

1. des dialektischen und historischen Materialismus,
2. realsoziologischer Analysen,
3. empirisch-soziologischer Sozialisationsprozesse,
4. linguistischer Kategoriensysteme,
5. pädagogischer und psychologischer Analysen.¹⁶⁾

„Erst die Systematik einer materialistisch fundierten Einzelwissenschaft läßt die Ableitung konkreter emanzipatorischer Aufgaben der Berufspraxis zu. Und erst auf der Basis der einzelwissenschaftlichen Ableitung lassen sich konkrete Projekte, wie sie durch die Unterrichtspraxis gegeben sind, bestimmen. Nicht die bloße Ausrichtung der Fachsystematik auf die Berufspraxis läßt Wissenschaft zu einer ‚emanzipatorischen‘, ‚kritischen‘, ‚den gesellschaftlichen Bedingungszusammenhang reflektierenden‘ werden, sondern der Dualismus von Theorie und Praxis — apriorisches Merkmal bürgerlicher Wissenschaften — ist nur überwindbar durch eine Theorie, deren Grundkategorie die materialistische Kategorie der Praxis selber ist.“¹⁷⁾

Von diesem materialistischen Verständnis einer Integration der Wissenschaften herkommend, kämpft die Marburger Basisgruppe Germanistik um die Durchsetzung eines Grundstudienplanes, dessen erster Baustein ein von studentischen Totoren durchgeführtes gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium ist. Gemäß dem demokratischen Charakter dieses Kampfes heißt es im „Diskussionszettel zur Einführung“ sinngemäß, daß die Tuendi selber aufgefordert seien, die Konzeptionierung des Reformprozesses, der an der Basis stets in Auseinandersetzung mit vorgefundener und eigener Praxis vor sich geht, weiterzuentwickeln.



KOMM DU DOCH RUNTER!



hängt bei Einschluß der Kritikfähigkeit hinsichtlich ihrer Fungibilität und Ausschluß des Bedürfnisses und der Fähigkeit zur Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs.

„Doppelqualifikation“

Indem dieser Prozeß der Erkenntnis und Durchsetzung der eigenen objektiven Qualifikationsinteressen als politischer Prozeß zu begreifen ist, reiht sich der Grundstudienplan ein in das studentische Bemühen um qualifizierte Mitbestimmungspositionen und ist damit Teil des gewerkschaftlich orientierten Hochschulkampfes. Als solcher weist er über das Feld der Hochschule selbst hinaus: Einerseits bringt die Auseinandersetzung mit staatlichen Instanzen und ihren Agenten



„Demokratische Lehrinhalte?! Das find ich nun wieder lustig!“

an der Universität die Formen und Inhalte staatsmonopolistischer Regulierung und die Interessen der Monopole ins Blickfeld. Andererseits ist gewerkschaftlich orientierter Hochschulkampf immer perspektivisch geführter Kampf um die Verwertungsbedingungen der eigenen Arbeitskraft.⁽¹⁸⁾

Dabei verbietet das herrschende Kräfteverhältnis, die Forderung „Marx an die Uni“ im Sinne einer Streichung der bürgerlichen Lehrinhalte zugunsten eines rein marxistischen oder „sozialistischen Studiums“ zu verstehen. Denn die Kenntnis der bürgerlichen Wissenschaft als eines adäquaten Ausdrucks der kapitalistischen Gesellschaft ist notwendig zur Sicherung der materiellen Reproduktion der künftig unter kapitalistischen Bedingungen Berufstätigen. Zudem beinhaltet die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus die lebhafte Auseinandersetzung mit der Realität, d. h. im Bereich der Wissenschaft mit der bürgerlichen Wissenschaft. Indem die fundierte Kenntnis der bürgerlichen Wissenschaft die Voraussetzung bildet für einen der Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz, trägt gleichzeitig die Hereinnahme marxistischer Wissenschaftsinhalte dazu bei, die im Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung perspektivisch implizierte, klassenbewußte Mitarbeit in den Gewerkschaften zu erreichen. Dementsprechend wird im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium und im fachwissenschaftlichen Studium eine Doppelqualifikation angestrebt, dahingehend, daß die politische, auf permanenter Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft basierende Qualifikation durch eine fundierte fachliche Ausbildung zu ergänzen ist.

Zur inhaltlichen Auffüllung des Gundstudienplans

Die Herausarbeitung des Grundstudienplans stand unter dem Gesichtspunkt, die an den bürgerlichen Lehrinhalten und -formen erhobene Kritik konstruktiv zu wenden und eine Alternative im Sinne einer demokratischen Berufspraxis zu gewährleisten. Eine berufsorientierte Ausbildung, d. h. die Gewährleistung von ausreichend fungiblen Arbeitskräften, liegt jedoch auch im Interesse des Kapitals⁽¹⁹⁾, so daß eine demokratische Alternative eine inhaltliche Ausarbeitung des Grundstudienplans erforderte.

Die Grundstruktur des Gundstudienplans

Grundstudium

Vorstufe (2 Sem.)

1. Übergangsprobleme Schule—Universität
2. Literaturtheorie—Geschichtstheorie (Einführung)

Hauptstufe (2 Sem.)

1. Geschichtswissenschaftliche Grundlagen
2. Literaturtheorie

Textanalyse

Hauptstudium

1. Fachdidaktisches Hauptseminar
2. Forschungslogisches Hauptseminar (Gattungen, Funktion der intellektuellen Gruppen)

Vorweg muß gesagt werden, daß in der Grundstudienstufe bisher am intensivsten gearbeitet wurde und die Hauptstufe noch nicht so konkretisiert vorliegt.

Ziel des Grundstudiums ist es, den Studenten ihre gesellschaftliche Funktion, als den zum überwiegenden Teil im Ausbildungssektor perspektivisch Tätigen, erfahrbar zu machen. Zunächst galt es dazu erst einmal ein materialistisches Methodenbewußtsein zu entwickeln. Dies mußte, sollte es nicht in einer frustrierenden Auseinandersetzung mit theoretischen Texten über den historischen und dialektischen Materialismus enden, an den Sozialisationserfahrungen, den Interessen und Erwartungen der Studenten ansetzen. Insofern kann das Einführungstutorium als Motivationsphase aufgefaßt werden, dessen Ziel eine berufsbezogene, gesellschaftswissenschaftliche Orientierung darstellt. Folgende Lernschritte lassen sich im Rahmen einer didaktischen Realisierungsstrategie dieser Zielsetzung skizzieren:

1. Aufsatzzphase

Durch die Erstellung eigener Interpretationen eines Gedichts (Brecht: Gegen die Objektiven) soll den Studienanfängern der eigene Zugriff im Umgang mit Literatur transparent und als methodische Verfahrensweise kritisierbar gemacht werden. Auf diese Weise findet eine erste Auseinandersetzung mit den im Deutschunterricht erworbenen Kenntnissen statt. — In der sich anschließenden

2. Form-Inhalt

Debatte wird die Kritik des methodischen Zugriffs, wie er sich in den vorgelegten Interpretationen darstellt, weiter vertieft. Exemplarisch werden literaturtheoretische Aussagen herangezogen, die von unterschiedlichen Standpunkten her die Beziehung zwischen Form und Inhalt diskutieren.

3. Standpunkt und Interesse

Hier findet die „binnengermanistische“ Diskussion (sie diente, der Erwartungshaltung der Studienanfänger entsprechend, als Aufhänger) endgültig ihren Abschluß, in dem anhand kontroverser Texte die Verknüpfung scheinbar auto-

nom-literaturtheoretischer Aussagen im Hinblick auf eine bestimmte Methode mit umfassenden gesellschaftspolitischen Standorten ausgewiesen wird.

4. Objektivität und Parteilichkeit

Die zunächst literaturtheoretische Diskussion mündet konsequent in eine übergeordnete gesellschaftstheoretische Fragestellung und findet hier, ein sozialwissenschaftlicher Literaturbegriff vorausgesetzt, ihren adäquaten Ausdruck. Erst in diesem Rahmen (Problem: Kann parteiliche Literatur objektiv sein? Was heißt überhaupt Objektivität? Gibt es eine beliebige, wählbare Parteilichkeit?) werden Ansätze und Umrisse einer Methode des Umgangs mit Literatur sichtbar, die nicht einseitig einen Aspekt des literarischen Werkes isoliert, sondern der gesellschaftlichen Totalität, in die es gestellt ist, gerecht zu werden vermag.

Lassen sich diese bisherigen Schritte noch unter dem Begriff „Schaffung eines materialistischen Methodenbewußtsein“ subsumieren, so erreicht die Diskussion über das Verhältnis von

5. Wissenschaft und Gesellschaft

die bislang höchste Abstraktionsstufe. Dabei galt es die bürgerliche Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft durch einen theoretischen Text (F. Tomberg: Was heißt bürgerliche Wissenschaft?) zu problematisieren und der bürgerlichen Wissenschaftskonzeption die materialistische entgegenzustellen. (Dazu von Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.)

Ausgehend von Punkt 5 stellt sich im Teil 2 (Literatur-Geschichtstheorie) die Aufgabe, die materialistische Wissenschaftskonzeption inhaltlich aufzufüllen, d. h. sie dem Studenten als Arbeitsmittel für seinen Arbeitsgegenstand Literatur handbar zu machen. Die Erarbeitung von Grundkategorien der materialistischen Geschichtstheorie kann dabei nur Erfolg versprechen, wenn es im ersten Semester gelungen ist, die Studenten zu motivieren.⁽²⁰⁾ Aufgabe im Besonderen ist die Vermittlung einer Einschätzung von Literatur als spezifisches Überbauphenomen. Nach der Erarbeitung von Kategorien des historischen Materialismus (Geschichte als menschliche Tätigkeit, Abfolge von Gesellschaftsformationen und als Bewegung von Widersprüchen) wird das Basis-Überbau-Modell in seiner Relevanz der Bestimmung von künstlerischer Widerspiegelung, am Beispiel der Rezeption der französischen Revolution in der deutschen Literatur untersucht. Festzuhalten ist jedoch, daß die Literatur auf dieser Ebene noch nicht der zu bearbeitende Gegenstand, sondern lediglich Demonstrationsobjekt der behaupteten Verallgemeinerungen ist. Dies ist Aufgabe des Hauptstufenteils des Grundstudiums, dem hauptsächlich die Aufgabe zukommt, die erlerte Methodenkonzession anzuwenden. Im Rahmen des Projektstudiums (es orientiert sich am ADSG-Papier) soll dabei in der Erarbeitung einer Epoche eine fachspezifische Qualifizierung erreicht werden.

Ebenso wie die Projektstufe ist auch das Hauptstudium noch nicht vollständig inhaltlich konkretisiert worden. Über seine Zielsetzung sei nur der berufsorientierende Charakter hervorgehoben. Geplant sind in diesem Zusammenhang ein fachdidaktisches Seminar, in dem literaturwissenschaftliche Probleme auf ihre Verwendbarkeit in der Schule untersucht werden sollen. Dem schließt sich ein for-

schungslogisch orientiertes Seminar an, in dem einzelne Phänomene des Objektbereichs Literaturwissenschaft als Elemente der bürgerlichen Gesellschaft aufgearbeitet werden sollen.⁽²¹⁾

Anmerkungen:

- (1) Dieter Richter: Ansichten einer marktgerechten Germanistik, in: Das Argument 72, 14. Jahrgang, April 1972, Heft 4, S. 315.
- (2) W. Fleischmann u. a.: Materialien zum Problem der ökonomischen Implikationen von Schulreform in der BRD von 1945—1970, in: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971, S. 145.
- (3) Vgl. ebenda S. 145.
- (4) Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission (30./31. Januar 1969). Zitiert in: D. Richter: Ansichten ... S. 317.

- (5) Dieter Richter: Ansichten ... S. 322, überhaupt stützt sich dieser Abschnitt hauptsächlich auf den Richter-Aufsatz.
- (6) In: VDS-Info 4, Juni 1971, S. 31.
- (7) Kurt Hartwig: Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklassen. Zu einigen Problemen der integrierten Lehrerausbildung. In: SoPo 17, S. 74.
- (8) D. Otten: Sechs Thesen zum Thema Projektstudium in der Lehrerausbildung. In: VDS-Info 3, Juni 1971, S. 23—28.
- (9) Zum Projektstudium an der Bremer Universität. In: VDS-Info 3, Juni 1971, S. 63.
- (10) Hartwig: a.a.O., S. 74.
- (11) Studentenschaften der Universitäten Marburg und Darmstadt, Projektgruppe Lehrerausbildung, Zentralrat der Lehramtskandidaten Darmstadt, Stellungnahme zum „Diskussionsentwurf“, in: Bildungspolitische Informationen 1971. Herausgegeben vom Hessischen Kultusminister.
- (12) Vgl. den Entwurf des Kultusministers zur Neu-

- ordnung der Lehrerausbildung in Hessen, S. 28; 70, 72 f.
- (13) Studentenschaften ... S. 29 (Entwurf, S. 14f.).
- (14) ebd., S. 30.
- (15) ebd.
- (16) Hartwig: a.a.O., S. 80.
- (17) ebd. S. 80.
- (18) G. Faure, St. Lehrdorff, R. Oppermann: Gewerkschaftliche Orientierung des demokratischen Massenkampfes an den Hochschulen. In: Einschätzung, Strategie, Dokumente, Hrsg.: AstA Marburg, ASTA Bonn, VDS, Marburg, Okt. 1970, S. 4.
- (19) Vgl. WISSENSCHAFTSRAT: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich Bonn 1970, S. 7—44.
- (20) Basisgruppe Germanistik: Grundstudienplan Neue Deutsche Literaturwissenschaft (Entwurf W/S 1971/72, S. 6).
- (21) Als ein Anzeichen dafür, daß das in der Praxis weitgehend geschieht, ist die Tatsache zu werten, daß 50 % der Grundstudienteilnehmer aktiv in der Basisgruppe arbeiten.

Karl Steinbuch:

Franz-Josefs bester Programmierer

Selbst in SPD-Kreisen ist es nicht mehr beliebt, sich auf Steinbuch zu berufen, seit er durch seinen politischen „Welt“-Artikel und insbesondere seine beiden Briefe an Willy Brandt, der Reaktion in diesem Lande ständig Anlaß gibt, ihn als Kronzeugen ihrer Politik anzuführen.

So mußte sich bereits der nicht gerade progressive Große Senat der Universität Karlsruhe vom Kultuministerium — unter Berufung auf Steinbuch, der ja die Karlsruher Verhältnisse kennen müsse — belehren lassen, daß die unzureichenden Ausbildungsbedingungen in Karlsruhe durch linksradikale Studenten und nicht durch fehlende Mittel verursacht sei.

Im Bundestag wurde Steinbuchs Brief als Argument gegen die Ostverträge benutzt. Nach Kenntnis seiner seriösen Schriften muß man den Eindruck gewinnen, daß ihm nichts ferner läge, als Fortschrittsfeinden Argumente gegen seine honoren Absichten zu liefern.

Weit gefehlt: Er kann sich in seinen sprachlichen Kraftakten, in seiner Hetze gegen alles, was im Verdacht steht links zu sein, durchaus mit Strauß und Springer messen, in manchem überbietet er sie sogar.

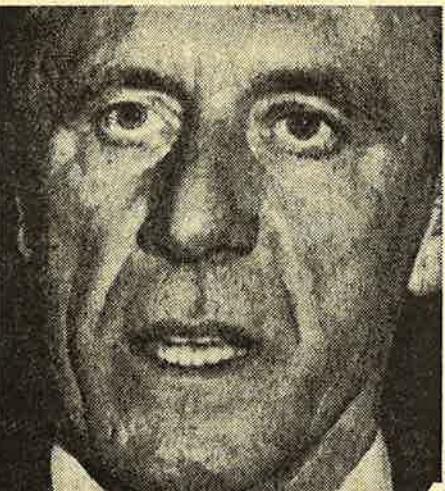
Aus Steinbuchs 1. Brief an Brandt nehmen wir folgende Passage: „Ein großer Teil unserer Jugend folgt diesen Phrasen (Revolutionssprachen, d. V.): Es ist eine Armee fanatisierter Revolutionäre, die wartet, solange unser politisches System noch funktioniert, in der Krise aber zuschlägt.“ Dieser Ausspruch könnte auch von Strauß stammen. Der Unterschied zwischen Strauß und Steinbuch ist der, daß Steinbuch, das was er sagt, auch glaubt. Dieser Umstand diskreditiert ihn natürlich in den Augen derer — gerade im bürgerlichen Lager —, die eine realistischere Vorstellung von der realen gesellschaftlichen Situation in der BRD und der Möglichkeit ihrer Veränderung haben. Das ist auch ganz der Tenor des Antwortbriefes von Willy Brandt.

Doch lesen wir weiter: Es folgt sein „unverständlichliches Bekenntnis zur Veränderung“!

„... Wenn wir unsere Kultur und unser freiheitliches System erhalten wollen, dann müssen wir Probleme lösen, solange

sie noch ohne Systemzerstörung gelöst werden können. Die notwendigen Veränderungen dürfen aber nicht über unbekümmerte und wilde Zerstörung gehen. Wir müssen vielmehr zuerst die realen Möglichkeiten geistig vorwegnehmen und können erst dann an ihre Verwirklichung gehen.“

Ein inhaltsleeres Bekenntnis zur Veränderung hat natürlich den Vorteil, nicht mißverstanden werden zu können.



Karl Steinbuch: Nicht „Programm 2000“, sondern Metaphysikers Taschenbibel.

Er prangert „die psychosoziale Vergiftung unserer Gesellschaft“ an. Meint er damit die Erziehung der Kinder im Geist des Revanchismus und des Völkerhasses? Meint er die tagtägliche Massenverdummung durch die Springerpresse? Meint er die Verleumdungen der DKP, der SDAJ und des MSB SPARTAKUS durch die bürgerliche Meinungsindustrie?

Meint er etwa gar diejenigen politischen Kräfte, die „Brandt an die Wand“ fordern, die einen neuen Faschismus vorbereiten? Nichts von alledem!

Er meint genau diejenigen, die dagegen kämpfen, die den Abbau demokratischer Rechte durch Berufsverbote u. a. nicht hinnehmen.

Dies versucht er sogar noch mit historischen Parallelen zu rechtfertigen. Konnte

man die o. a. Steinbuch-Zitate noch milde belächeln, so vergeht einem das Lachen, wenn man sich die Impertinenz vor Augen führt, mit der er versucht, den antifaschistischen Kampf mit dem Faschismus auf eine Stufe zu stellen, zu identifizieren: „Ich glaube nicht, daß die ideologische Potenz der Nazis im Jahre 1930 so stark war, wie heute die der Linksextremen...“ Ein blander Hohn für alle Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, die die KZ's überlebt haben und heute darum kämpfen, daß sich ähnliches wie 1933 niemals wiederholt! Er scheut nicht davor zurück, der Öffentlichkeit zu suggerieren, an den Hochschulen tote gegenwärtig vor allem der Kampf gegen das Leistungsprinzip, und man fragt sich, aus welcher Welt er kommt, wenn er feststellt, daß „unsere Universitäten dazu mißbraucht werden, durch wenig kompetente Minoritäten eine Revolution (!) gegen den Willen der arbeitenden Mehrheit zu organisieren.“

So einfach geht das also:

Professoren, Wissenschaftler, Studenten, die sich wehren, sich den Interessen der Monopole zu unterwerfen, sind „wenig kompetente Minoritäten“, ihre Interessenvertretung ist „Revolution“. Kapital „arbeitet“ und die Besitzer der Produktionsmittel (1,7 % der Bevölkerung besitzen 74 % der Produktionsmittel) werden kurzum zur „Mehrheit“ ernannt.

Wie heißt es doch im ersten Steinbuch-Brief: „Die dürftige theoretische Basis unseres politischen Systems hat viele Gründe, so vor allem den selbstgefälligen Pragmatismus der Systemerhalter...“

Seine oft skurile, oft peinliche Gesellschaftsmystik mag teils in der Erkenntnissschränke der Bourgeoisie, teils in familiärer Frustration begründet sein (Tochter: aktive Jungsozialistin, Sohn: Mitglied der DKP). Steinbuch, der vor Jahren in linksliberaler Schminke auftrat und der eine Zeitlang der Aufmerksamkeit der gegen das System opponierenden Kräfte an der Hochschule sicher sein konnte, hat sich in das Lager derer geschlagen, die als akademische Ladenhüter der politischen Reaktion des freundschaftlichen Schulterschlages eines F. J. Strauß immer sicher sein können.

Nach dem Freispruch

„Das Volk besitzt die Kraft noch größere Siege zu erringen“

Nach ihrem Freispruch hat Angela Davis einem ppa-Sonderkorrespondenten ein Interview gegeben, in dem sie sich für die Unterstützung während des Kampfes um ihre Freiheit durch die progressiven Kräfte der BRD bedankt hat. Angela erwähnte insbesondere die DKP: „Insbesondere ist es ein Sieg der DKP, deren Mitglieder sich unermüdlich für meine Freiheit eingesetzt haben. Dieser Freispruch beweist, daß das Volk die Kraft besitzt, noch größere Siege zu erringen. Wir werden noch heute an die Arbeit gehen, um alle unterdrückten Menschen zu befreien.“

Angela Davis hat der Bevölkerung der DDR für „die tausendfachen Solidaritätsbeweise“ und den „großen Beitrag“ zu ihrem Freispruch gedankt.



Farmer Roger McAfee (links), Angela Davis. McAfee, der die Kautions für Angela stellte, wird jetzt Mitglied der KP der USA.

Ich wurde Mitglied der Kommunistischen Partei der USA, weil ich mein Leben dem Kampf für das Glück meines Volkes weihen wollte. Ich bin davon überzeugt, daß nur der Marxismus-Leninismus eine wahre wissenschaftliche Analyse der Entwicklung der Menschheit bietet und den realen Weg aus der tiefen Krise weist, in der sich die kapitalistische Gesellschaft befindet. Dieser Weg ist der Aufbau des Sozialismus. Es ist mein großer Wunsch, die Sowjetunion und andere sozialistische Länder zu besuchen und persönlich die großartigen Errungenschaften der freien Menschen in Augenschein zu nehmen.
Angela Davis, ND vom 5. März 1972

Im Rahmen des Ausbaus seiner internationalen Kontakte erhält der SPARTAKUS die Presseerklärungen der revolutionären Jugendverbände Vietnams direkt aus Hanoi.

Brief aus Hanoi

Presseerklärung der Ho-Chi-Minh-Jugend

In den letzten Wochen hat die gesamte fortschrittliche Menschheit scharfen Protest erhoben gegen die neue kriminelle Eskalation des Krieges gegen das vietnamesische Volk durch die Nixon-Administration. Die amerikanischen Bomben, die in Massen über Hanoi und Haiphong und andere dichtbevölkerte Gebiete der DRV abgeworfen wurden, haben zusammen mit der Verminung und der Blockade der Häfen der DRV einen wahrhaften Sturm des Protestes gegen die US-Aggression überall in der Welt hervorgerufen. In vielen Ländern, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, wurden die kriminellen Akte des amerikanischen Imperialismus auf Demonstrationen, Veranstaltungen und anderen Massenaktionen der Jugend und Studenten scharf verurteilt...

Die Verstärkung der Solidarität mit dem gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes, das ist die Antwort aller Völker, die Frieden und Gerechtigkeit lieben, der Jugend und Studenten der ganzen Welt, gegenüber der Eskalation des Krieges durch die Nixon-Administration...

Der vietnamesische Jugendverband, die Ho-Chi-Minh-Jugend, die vietnamesische Nationalunion der Studenten, erklären ihre tiefe Dankbarkeit gegenüber allen internationalen, regionalen und nationalen Jugend- und Studentenverbänden, allen friedens- und gerechtigkeitsliebenden Jugendlichen und Studenten in der ganzen Welt, gegenüber der fortschrittlichen Jugend- und Studentenbewegung in den Vereinigten Staaten und für ihre verschiedenen Aktionen der Solidarität mit unserem Kampf gegen die US-Aggression für Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden.

Zur Zeit setzt die Nixon-Administration die Verminung und Blockade der Häfen der Demokratischen Republik Vietnam fort, ohne auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen, unter flaganter Verletzung aller elementarer Normen des internationalen Rechts und der internationalen Moral. Die Nixon-Administration hat ihre brutalen Bombardements intensiviert und begeht so Tag für Tag brutale

Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, viele unschuldige Frauen und Kinder eingeschlossen. Jedoch keine Eskalation des Krieges, keine noch so unverschämte Herausforderung, kein teuflisches Manöver des US-Imperialismus werden das vietnamesische Volk einschüchtern können oder es zwingen können, sich zu unterwerfen. Keine Maßnahme wird den Zusammenbruch der Aggressoren, ihrer Hilfstruppen verhindern können. In Verwirklichung des Testaments des Präsidenten Ho Chi Minh ist unser Volk, sind unsere Jugend und die Studenten entschlossen, alle Piratenakte des amerikanischen Imperialismus energisch zurückzuweisen, den Kampf fortzusetzen, bis die US-Politik der „Vietnamisierung“ des Krieges gescheitert ist. Wir sind entschlossen, den Süden zu befreien und das sozialistische Nordvietnam zu verteidigen.

Laßt uns gemeinsam fordern, daß die US-Regierung die Bombardierung der DRV sofort einstellt und die Verminung und die Blockade der Häfen Vietnams sofort aufhebt, alle US-Truppen von Südvietnam abzieht, die Unterstützung des korrupten Marionettenregimes Nguyen Van Thieus einstellt, an den Verhandlungstisch der Pariser Vietnamkonferenz zurückkehrt, um ernsthafte Verhandlungen einzuleiten, auf der Basis des 7-Punkte-Programms der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Durch die Einheit und Kampfentschlossenheit des gesamten vietnamesischen Volkes, sowohl im Norden als auch im Süden, durch die enge Verbundenheit aller drei indochinesischen Völker und dank der mächtigen internationalen Solidarität, wird die Sache des vietnamesischen Volkes, die die Sache der gesamten fortschrittlichen Menschheit ist, siegen.

Hanoi, 20. Mai 1972
Zentralkomitee des Verbandes der vietnamesischen Jugend

Zentralkomitee der Ho-Chi-Minh-Jugend
Zentralkomitee des Nationalverbandes der vietnamesischen Studenten

HỘI LIÊN HIỆP SINH VIÊN VIỆT-NAM

Vietnam National Union of Students

64 Bà Triệu, Hanoi — Vietnam

MSB SPARTAKUS

53 BONN STERNENBURGSTR. 73

WEST GERMANY

Chiles Weg zum Sozialismus

Die erste Arbeiterpartei wurde in Chile 1887 gegründet. Wie in keinem anderen südamerikanischen Land konnte sich die chilenische Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind im Laufe

der Auseinandersetzung konsolidieren; diese Festigung schlug sich schon vor dem 2. Weltkrieg nieder in der Bildung der ersten Volksfrontregierung, die im Jahre 1938 gebildet wurde.

Der Gründung der ersten, noch von radikal-demokratischen Vorstellungen bestimmten und relativ einflußlosen Partei folgte die Gründung der Partido Obrero Socialista (1912), die von Anfang an gegenüber den vorherigen Organisationen eine neue Qualität darstellte: Sie vertrat eine eindeutig marxistische Linie.

Erste Volksfrontregierung 1938

Während des Weltkriegs und dem damit verbundenen ökonomischen Aufschwung (steigende Kupferpreise) konnte die Arbeiterbewegung ihre Position weiter ausbauen: Der Dachgewerkschaftsverband — Federation Obrera de Chile — entwickelte sich unter der Leitung von Emilio Recabarren zu einem starken Kampfinstrument; Ende des 1. Weltkriegs waren bereits über 100 000 Arbeiter in diesem Verband organisiert. 1922 ging aus der Sozial-Arbeiterpartei die Kommunistische Partei Chiles hervor, welche sogleich der 3. Kommunistischen Internationale beitrat. Die Weltwirtschaftskrise traf Chile wie kein anderes Land der gesamten Welt und verdeutlichte sehr anschaulich die Morschheit der Wirtschaftsstruktur. So setzte sich 1938 erstmals nach langen sozialen Kämpfen in den zwanziger und dreißiger Jahren eine Volksfrontregierung, bestehend aus Partido Radical, Kommunistischer Partei und Sozialistischer Partei in Chile durch. Diese Volksfrontregierung bewährte sich jedoch nicht, trotz einiger rascher ökonomischer Fortschritte, nicht zuletzt weil ihre Führung bei der Partido Radical lag und nicht bei den Organisationen der Arbeiterklasse. 1947, am Ende der Volksfrontregierung, schieden die Kommunisten nicht nur aus der Regierungskoalition, sondern mußten, nicht zuletzt durch massiven Druck der USA, in die Illegalität gehen.

Begünstigt durch diese objektive Schwächung der Arbeiterbewegung kamen in den fünfziger Jahren die rechten Regierungen von Ibáñez und Alessandri an die Macht. Während dieser Zeit nahm die Abhängigkeit vom US-Imperialismus, der während des 1. Weltkriegs an die Stelle des britischen Imperialismus getreten war, beängstigende Ausmaße an. Die Lage der breiten Masse verschlechterte sich ständig. In dieser Periode jedoch lernte die inzwischen wieder legalisierte Linke aus ihren Fehlern: Nachdem die Gewerkschaftseinheit bereits 1953 wiederhergestellt worden war, arbeiteten auch die Kommunisten und die Sozialisten in der FRAP zusammen und konnten bereits 1958 einen großen Erfolg verbuchen, als sie mit rund 36 % der Stimmen dem Kandidaten der Rechten, Alessandri, nur sehr knapp (mit 40 000 Stimmen) unterlagen.

Die anhaltende wirtschaftliche Misere,

das sich abzeichnende Scheitern der „Allianz für den Fortschritt“ und die Erfolge der kubanischen Revolution führten vor den Präsidentschaftswahlen 1964 zu einer starken Polarisierung der politischen Kräfte in Chile. Weil die Rechte befürchtete, die Wahl zu verlieren, rief sie ihre Anhänger auf, der Christlich-Demokratischen Partei, die seit ihrer Gründung im Jahre 1957 ständig an Einfluß gewonnen hatte, ihre Stimmen zu geben. Tatsächlich gelang es dem Kandidaten dieser Partei, Eduardo Frei, die Mehrzahl der Stimmen mit reformerischen Parolen und Versprechungen zu gewinnen.

Drei große Ziele wollte die PDC in Angriff nehmen: Die Agrarreform, die Chilenisierung der Kupferproduktion und die

Regierungszeit Freis sehr deutlich, daß die PDC mit ihren reformistischen Maßnahmen nur einen Bruchteil der vor der Wahl gegebenen Versprechungen einlösen konnte und die Rechte des Imperialismus sowie die Oligarchie weitgehend unangestastet ließ.

Die soziale und ökonomische Struktur Chiles

Der agrarische Sektor

Wie überall in der Wirtschaft Chiles finden wir auch in der Landwirtschaft eine starke Polarisierung zwischen „Groß“ und „Klein“: Etwa 80 % des landwirtschaftlich genutzten Bodens befand sich in der Hand



Unter der Volksregierung Salvador Allendes beginnt die Erschließung der „Provinz der Zukunft“.

Verbesserung der Lage der immer größer werdenden lumpenproletarischen und marginalen Schichten in den Städten. Heute kann man sagen, daß zwar einige Reformen (Wohnungsbau, Schulwesen) der Regierung Frei Erfolge zu verzeichnen hatten, daß aber insgesamt das Reformprogramm der PDC auf eine Modernisierung des Kapitalismus in Chile hinauslief und damit notwendigerweise zum Scheitern verurteilt war. Tatsächlich wurde in der

von 10 000 Latifundistas, ungefähr 10 % in der Hand von 20 000 Groß- und Mittelbauernfamilien, der Rest bei ca. 110 000 Kleinbauern und Minifundistas. Hinzu kommen noch 300 000 Familien, die überhaupt keinen Boden verfügen, das ist die elendste Schicht, die Lazarusschicht der Ausgebeuteten: Obwohl sie über 70 % der Landbevölkerung stellt, beträgt ihr Anteil am Agrareinkommen nur ca. 33 %. Die Produktivität in der chilenischen

Landwirtschaft ist ausgesprochen gering. Die Großgrundbesitzer denken nicht daran, ihre hohen Profite zur Verwendung einer modernen agrarischen Technologie einzusetzen, sondern geben Unsummen für den laufenden Verbrauch (Luxusgüter) aus. So wurde Chile im Laufe der Zeit von einem Land, welches Agrarprodukte (Weizen) ausführen konnte, zu einem Land, welches jährlich Nahrungsmittel im Werte von 200 Mill. Dollar einführen muß, obwohl mühelos 50 Mill. Menschen ernährt werden könnten. Dadurch und durch den unverhältnismäßig hohen Import von Luxusgütern sind der chilenischen Wirtschaft nach Berechnung von Experten in der Zeit von 1936 bis 1965 etwa 2,63 Mill. Dollar an Devisen, die zum Aufbau einer eigenständigen Industrie hätten verwendet werden können, verloren gegangen. Weiterhin hat die chilenische Inflation eine ihrer stärksten Wurzeln in der durch die stagnierende Landwirtschaft geschaffenen Disparität zwischen Angebot und Nachfrage an Nahrungsmitteln.

Der industrielle Sektor

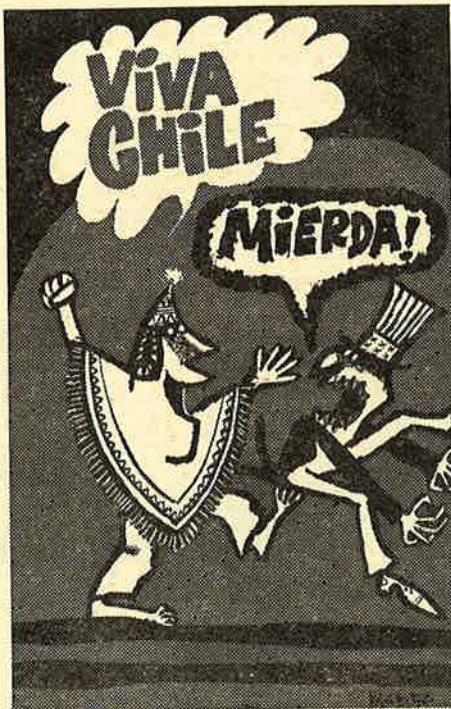
Der Kupferbergbau spielt in der chilenischen Wirtschaft die tragende Rolle: Das Budget des Staates bestand zu 30 % aus Geldern, die die großen Kupferunternehmen an Kupfersteuern zahlen mußten. 65 % der Deviseneinkünfte resultieren aus dem Export von Kupfer. Jedoch — typisch für die Wirtschaftsstruktur eines unterentwickelten Landes — entstanden nur in der Zeit einer relativen Unabhängigkeit vom Imperialismus, etwa zur Zeit des 2. Weltkriegs, Ansätze einer verarbeitenden Industrie. Nachdem die Bande zwischen Chile und dem kapitalistischen Weltmarkt wieder hergestellt waren, wurden diese Ansätze sofort im Keime erstickt. Der Importdruck konkurrenzübergrener Waren aus den kapitalistischen Ländern erhöhte sich gewaltig, ebenso die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und Krediten. So ist es erklärlich, daß Chile noch 1969 Kupferleitungskabel für hohe Spannungen importieren mußte! Drei US-Konzerne kontrollierten einen großen Teil des Kupferbergbaus und waren durch ihre Investitionspolitik, den Besitz hoher Technologie, die Verfügung der Weiterverarbeitungsprozesse, der Vermarktungsagenturen usw. stets in der Lage, Einfluß auf den chilenischen Staat zu nehmen. Deshalb hat der Kupferreichtum auch nur sehr bedingt zur ökonomischen Entwicklung des Landes beigetragen. Riesenprofite wurden außer Landes geschafft (rund 4 Mrd. Dollar bei einer Anfangsinvestition von einigen Millionen Dollar und dem aktuellen Wert der Anlagen von ca. 800 Mill. Dollar). Und wie schon gesagt: Stimulierende Effekte gingen vom Kupferbergbau auf die verarbeitende Industrie nur aus in Zeiten relativer Unabhängigkeit vom Imperialismus.

Die Produktivität im Kupferbergbau ist zwanzigmal so hoch wie im Agrarsektor und zehnmal so hoch wie im industriell-gewerblichen Sektor. Die Kupferarbeiter verdienen daher auch dreimal soviel wie andere Arbeiter, dennoch müssen die Bergleute (die meisten sind allerdings Kohle- und Salpeterbergarbeiter) zu den militärischen Gruppen des chilenischen Proletariats gezählt werden, besonders in den Gebieten, in denen der Kontakt zur übrigen Bevölkerung gegeben ist, etwa in Industriegebieten wie El Teniente. Genau wie im agrarischen Bereich finden

wir auch im industriellen Sektor eine starke Polarisierung der Betriebsgrößen: Über ein Drittel der Beschäftigten arbeitet in Handwerksbetrieben unter vier Personen. Diesen 70 000 Handwerksbetrieben stehen 190 Großbetriebe gegenüber, die fast genau soviel Arbeiter — 150 000 — beschäftigen. Der Rest, ebenfalls etwa 200 000, entfällt auf Klein- und Mittelbetriebe. Entsprechend diesen Größendimensionen sind die Anteile am Produktionswert, die Kapitalkonzentration und die Produktivitätsdifferenzen.

Der Dienstleistungssektor

Besonders seit den fünfziger Jahren stieg die Anzahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten stark an. Etwa 80 % der Arbeitssuchenden wurde in den letzten zwei Jahrzehnten von diesem Sektor, der vor allem Regierungsdienste, Handel und



persönliche Dienstleistungen umfaßt, absorbiert. Auch dies ist eine für ein unterentwickeltes Land typische Erscheinung: Aufgeblähte Regierungsbürokratien und Exportunternehmen benötigen eine große Anzahl von Beschäftigten, hinzu kommt noch die große Nachfrage nach Dienstleistungen im persönlichen Bereich.

Chiles Bevölkerungs- und Klassenstruktur

An der Spitze der Pyramide der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Chiles stehen etwa 20 000 Personen: Latifundistas, die rund die Hälfte dieser Zahl stellen, und die Großbourgeoisie aus Industrie, Handel und Bankwesen. Es folgen ungefähr 25 000 Groß- und Mittelbauern und etwa ebenso viele mittlere und Kleinkapitalisten im städtischen Bereich. Zu diesem Kern der herrschenden Klasse sind nochmals 50–80 000 hohe Beamte, Offiziere, Politiker etc., die Repräsentanten der Oligarchie sind oder sich dieser eng verbunden fühlen, hinzuzuzählen.

Als nächste Schicht sind die weiteren Selbständigen zu veranschlagen: Kleinbauern mit 25–30 ha, mit Beschäftigungsverhältnissen wie in den städtischen Handwerksbetrieben, sowie Kleinhändler, deren Zahl bei 700 000 liegt.

An der Spitze der abhängig Beschäftigten stehen die empleados, Angestellte sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft. Ihre Gesamtzahl wird auf 500 000 geschätzt.

Der Rest von ca. 1,7 Mill. Arbeitskräften muß als proletarisch oder proletaroid angesehen werden. Diese Gruppe ist ausgesprochen heterogen: Von den etwa 600 000 Landarbeitern und ländlichen Unterschichten über das rund 800 000 Personen umfassende Proletariat im Bergbau, Bau und Transportwesen sowie in der Industrie unter Einschluß der in Handwerksbetrieben Beschäftigten bis hin zu den 300 000 Arbeitern im öffentlichen Dienst und den Arbeitern, die in persönlichen Dienstleistungsverhältnissen stehen.

Auf ca. 400 000 Menschen schließlich ist die Anzahl von Chilenen zu veranschlagen, die nicht in den ökonomischen Prozeß integriert sind, die sich aber immer mehr auf der politischen Ebene artikulieren: Das übliche Strandgut einer kapitalistischen Gesellschaft, zumal auf unterentwickeltem Niveau, die Pobaldores, die Sin-Casa-Leute, die Marginalen. Menschen, die sich mehr schlecht als recht durch Gelegenheitsarbeiten am Leben halten müssen.

Die Unidad Popular

Der Weg der Unidad Popular (UP) zur Übernahme der Regierungsgewalt stieß naturgemäß auf heftigen Widerstand, sowohl im Land selbst als auch im imperialistischen Ausland: Die Aktionen der Reaktion reichten von ganz manifesten Putschversuchen (erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Ermordung des Oberbefehlshabers der chilenischen Armee, General Schneider, durch ultrarechte Kreise oder an die verzweifelten Versuche des US-Konzerns ITT mit Unterstützung des CIA und der chilenischen Reaktion den Amtsantritt Allendes zu verhindern) über die Massenflucht der Bourgeoisie ins Ausland, was dem Staat riesige Devisenverluste einbrachte, bis hin zu bewußten Produktionsdrosselungen und anderen ökonomischen Maßnahmen gegen das Regierungsprogramm der UP.

Dennoch hat Präsident Allende immer wieder betont, daß der chilenische Weg zum Sozialismus ein Weg „ohne Gewalt“ sei. Die Regierung hat sich bisher voll an diese Maxime gehalten und sich stets innerhalb der legalen Möglichkeiten der chilenischen Gesetze bewegt. Allende meinte, lediglich „revolutionäre Gewalt“ werde mit „revolutionärer Gewalt“ beantwortet werden. Inwieweit die Errichtung des Sozialismus und die endgültige Machtübernahme der Arbeiterklasse in Chile tatsächlich innerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens erfolgen kann, muß sich noch herausstellen. Auf alle Fälle hat die UP-Regierung ein großes Geschick darin entwickelt, die legalen Möglichkeiten auszuweiten oder bestimmte progressive Gesetze für ihre Zwecke auszunutzen.

Wie sieht nun das Programm der UP aus? Zunächst einmal galt es, dem Imperialismus den entscheidenden Schlag zu versetzen: Der Kupferbergbau sowie alle an-

deren Schlüsselindustrien (Kohlebergbau, Salpeterbergbau, Stahlindustrie, Energieerzeugung, z. T. Textilindustrie usw.) wurden verstaatlicht. Weiterhin wurde die Agrarreform endlich ernsthaft in Angriff genommen. Es wird damit gerechnet, daß es spätestens 1974 kein Latifundienwesen in Chile mehr geben wird. Durch die Agrarreform sollen leistungsfähige landwirtschaftliche Großbetriebe geschaffen werden, wobei allerdings jeder Bauer ein Haus und ein Stückchen Land zur eigenen

kennung der DDR durch Chile seine „Entwicklungshilfe“ eingestellt und hat sie bis heute noch nicht wieder aufgenommen. Verständlicherweise wird eine solche Maßnahme allerdings dann, wenn man weiß, daß der bundesdeutsche Entwicklungshilfeminister Eppler sagte, daß es „in diesem Chile nun einmal vieles gibt, was uns Deutschen, auch einem Sozialdemokraten wie mir, fremd und unverständlich erscheint.“



Ein Dorn im Auge

Bearbeitung erhalten soll. Gerade die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und damit die Mehrproduktion von Nahrungsmitteln ist eines der vorrangigsten Probleme der Regierung. Wenn es gelingt, den Import von Nahrungsmitteln entscheidend zu verringern, dann würden damit Devisen gewonnen, die benötigt werden bei der Industrialisierung des Landes.

Ein weiterer Schwerpunkt des Regierungsprogramms liegt auf der Verbesserung des Gesundheitswesens und des Wohnungsbaus. Allein 1971 wurden nahezu 100 000 neue Wohnungen hergestellt. Seit dem Amtsantritt Allendes wird an jedes Kind unter 15 Jahren täglich ein halber Liter Milch gratis verteilt. Ein „Volksgesundheitszug“ fährt durch die besonders vernachlässigten Südprovinzen und gewährt kostenlose medizinische Beratung und Betreuung.

Zu den nötigsten Maßnahmen der UP gehört der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit, gegen das rapide Inflations tempo (1970: 35 %), sowie gegen das im allgemeinen sehr schlechte Lohnniveau der Arbeiter. Im Wirtschaftsplan für 1971 wird daher ein Ansteigen der Löhne mindestens parallel zu dem der Preise festgelegt. Einige Schwierigkeiten bereitet der UP-Regierung das Verhalten der meisten kapitalistischen Länder: Während die USA nach der kubanischen Revolution den zweiten Schlag gegen ihre imperialistische Lateinamerikapolitik hinnehmen mußte und dementsprechend „sauer“ reagierte (siehe verschiedene Ansprachen Nixons, siehe das ITT-Komplott), ohne allerdings eine Isolation Chiles, wie sie vor Jahren bei Kuba noch möglich gewesen war, erreichen zu können, zeigte auch die BRD, wes' Kind ihre „Entwicklungshilfe“ ist, nämlich ein Kind imperialistischer Machtpolitik. Bonn hatte sofort nach der Aner-

Hilfe der sozialistischen Länder

Ganz anderer Art ist da die Hilfe der sozialistischen Länder. Insgesamt 230 Mill. Dollar werden Chile von den sozialistischen Ländern zum Aufbau seiner Industrie zur Verfügung gestellt, und das zu sehr günstigen Bedingungen. So kann Chile diese Anleihen teilweise durch Produkte seiner verarbeitenden Industrie zurückzahlen. Weiterhin schickt die Sowjetunion Experten, die die Möglichkeiten einer Verbesserung der Technologie im Kupferbergbau prüfen sollen, damit Produktivitätsverluste in diesem Sektor verhindert werden. Außerdem gewährt die SU großzügige Hilfe beim Aufbau einer chilenischen Fischindustrie. Technische Hilfe erhält Chile auf allen Gebieten von der DDR. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern wird durch ein Handelsabkommen gewaltig anwachsen. Derartige Unterstützung ist für Chile lebenswichtig und zeigt in beeindruckender Weise, daß die sozialistischen Länder heute sehr wohl stark genug sind, um Pressionen aller Art seitens der imperialistischen Mächte einen großen Teil ihrer Wirksamkeit zu nehmen. Wenn man die Erfolgssäusichten des „chilenischen Weges zum Sozialismus“ beurteilen will, dann darf man nicht vergessen, daß die Unidad Popular geführt wird von zwei marxistischen Parteien, der KP Chiles und der Sozialistischen Partei. Diese Parteien haben aus ihren Fehlern in der Vergangenheit gelernt und sind unter allen Umständen entschlossen, den Sozialismus in Chile aufzubauen. Besonders die KP konnte aufgrund ihrer klugen Politik in der UP ihren Einfluß wesentlich verstärken und hat bereits über 160 000 Mitglieder. Wenn es der UP, mit den Parteien der Arbeiterklassen an der Spitze, gelingt, weiter an Einfluß zu gewinnen, ihr Wirtschaftsprogramm durchzusetzen und wachsen zu bleiben gegenüber der Reaktion im Innern sowie dem Imperialismus von außen, dann sind die Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus im wesentlichen gegeben.

Wichtig ist dabei, daß man immer die realen Kräfteverhältnisse abschätzt und die jeweilige konkrete historische Lage richtig analysiert, um danach die Weiterentwicklung der Revolution auszurichten. Denn es ist so, wie Fidel Castro es den überwiegend der MIR anhängenden Studenten in Concepcion gesagt hat, daß nämlich „ein wirklicher Revolutionär immer die maximale gesellschaftliche Veränderung sucht. Doch die maximale gesellschaftliche Veränderung suchen bedeutet nicht, daß man zu jedem Zeitpunkt das Maximum vorschlagen könnte, sondern daß zu einem bestimmten Zeitpunkt im Hinblick auf das Bewußtsein und im Hinblick auf das Kräfteverhältnis eine bestimmte Ausrichtung gegeben werden kann. Wenn einmal dieses Ziel erreicht ist, kann man sich ein anderes, entferntes gelegenes stecken.“

Griechenland:

Brief aus dem Aginagegefängnis

Folgender Brief wurde uns vom „Koordinationsbüro griechischer Studenten im Ausland“ übermittelt:

An die IUS, ISC und die nationalen Studentenverbände
Liebe Freunde,

die brutale Militärdiktatur, die nun schon seit fünf Jahren herrscht, ist eine Provokation für jeden demokratisch denkenden Menschen. Die Diktatur wurde mit Gewalt dem griechischen Volk aufgezwungen. Sie verletzt alle Menschenrechte und läßt den Faschismus in Europa wieder auflieben. Heute sind wir Studenten Griechenlands gezwungen, für die elementarsten Freiheiten und Grundrechte zu kämpfen. Wir kämpfen für das Recht der freien Meinungsäußerung. Wir müssen sogar für das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung kämpfen. Wir kämpfen zur selben Zeit, in der unsere Kollegen in Westeuropa für Mitbestimmung bei Studienprogrammen und in der Verwaltung der Hochschulen, für ein fortschrittliches Bildungssystem eintreten.

Wir griechischen Studenten kämpfen für den Umsturz der Diktatur, die unter dem Vorwand „der politischen Unreife des griechischen Volkes“ das Selbstbestimmungsrecht über die Staatsform verweigert. Wir kämpfen zur selben Zeit, in der unsere Kommilitonen in anderen Ländern die Moral und die Ziele dieses unrechtmäßigen Systems verurteilen und für seinen Sturz kämpfen...

Viele Studenten und hervorragende Universitätsprofessoren wurden von den Hochschulen verjagt, weil sie den Mut aufbrachten, die Legalität des Regimes anzuzweifeln. Verjagt, weil sie sich weigerten, sich diesem Regime zu unterwerfen. Verjagt, weil sie versuchten, die Umwandlung der Hochschulen in Kasernen zu verhindern. Verjagt, weil sie sich den Aktivitäten der Juntaorgane widersetzen. Aber nicht nur in unserem Land werden Studenten verfolgt und in Gefängnisse geworfen. Auch in anderen Ländern sind unsere Kommilitonen ähnlichen Verfolgungen ausgesetzt, weil auch sie gegen diktatorische und unfreie Regime kämpfen, die von der „Logik“ der Monopole und der Militärstützpunkte des Imperialismus diktiert werden.

Dies schafft die gemeinsame Grundlage für die Forderungen der internationalen Studentenbewegung. Wir wissen, daß wir uns auf Euch verlassen können. Ebenso schafft diese Gemeinsamkeit die Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern und den anderen anti-imperialistischen Kräften...

Wir sind fest davon überzeugt, daß Eure nationalen Studentenverbände unsere Stimme an alle Studenten der Welt weitertragen werden. Eure Unterstützung und Solidarität wird besonders wichtig sein für den Kampf der griechischen Studenten, für den Sturz der Diktatur und für die Schaffung eines freien demokratischen und unabhängigen Griechenlands. Mit freundlichen Grüßen

die politisch eingekerkerten Studenten des Aginagegefängnisses
Gourgos Konstantinos, Saiopoulos Giannis, Konstantinakis Koronias, Ikonomou Ilias, Grigoriades Giannis, Kaisidis Panagiotis, Kostarakos Kostas, Provatás Fotis, Dariotis Dimitris, Klawdianos Pavlos, Botsakis Giorgis, Spiridakis Michalis.

Die Illusionen zerrinnen

Eine Dokumentation

Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau hat die erste Etappe eines politischen Kampfes abgeschlossen, in dem die Kommunisten von Anfang an in der ersten Reihe standen: des Kampfes um die Anerkennung der Grenzen in Europa, die Anerkennung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden; die Kommunisten waren es, die sich konsequent für die Erhaltung des Friedens in Europa einsetzten, für den Auf- und den Ausbau der Freundschaft der Völker untereinander.

Dieser Forderungen wegen hat man Kommunisten und radikale Demokraten in der Bundesrepublik diskriminiert, verfolgt, eingesperrt. Vertreter jenes politischen Lagers, aus dem heute mit so emphatischen Worten beteuert wird, man habe „immer schon“ Friedenspolitik betrieben, Vertreter der CDU/CSU waren es, die seinerzeit die Unterdrückungsmaschinerie dieses Staates einsetzten, um die Arbeit der Kommunisten, um alle konsequent demokratischen Bewegungen zu zerschlagen. Als die politische Agentur des Großkapitals in diesem Land war es vornehmlich die CDU/CSU, der im Interesse der Klasse der Ausbeuter, der Flick und Finck und Abs und Thyssen, alle Mittel recht waren, um zu versuchen, die nach dem 2. Weltkrieg entstandene geschichtliche Entwicklung rückgängig zu machen; eine Entwicklung, die sich in erster Linie dadurch auszeichnete, daß die Arbeiterklasse in einigen Ländern Europas ihre Ausbeuter und Schinder zum Teufel jagte und sich an den Aufbau einer neuen Gesellschaft mache, in der diejenigen das Sagen haben, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren: die Arbeiter und Bauern.

Der Versuch des Imperialismus, in der internationalen Arena die Entwicklung dieser Epoche zu bestimmen, ist endgültig gescheitert. Der Imperialismus hat die historische Initiative verloren. Das Gesicht dieser Welt wird in zunehmendem Maße von der Kraft gezeichnet, die die faulende und menschenfeindliche kapitalistische Gesellschaftsordnung abzulösen bestimmt ist: vom Sozialismus. Diese Tendenz ist nicht zuletzt ablesbar an den Veränderungen der Politik in Westdeutschland. Es ist zu dokumentieren, daß sich auch hier zentrale Forderungen und Ideen der Kommunisten durchzusetzen beginnen: nicht weil die Kommunisten geschickte „Überredungskünstler“ sind — wie denk-

schwache Bourgeoisievertreter glaubhaft machen wollen —, sondern weil das, wofür sie kämpfen, die fundamentalen Lebensinteressen der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Menschen sind, weil die Ideen des Sozialismus die geschichtliche Wahrheit verkörpern, die durch die Realität, durch das Handeln und Erkennen der Massen immer wieder aufs Neue geprüft und bestätigt werden. Die intelligenteren Kreise der herrschenden Kapitalistenklasse begreifen (in ihren



„Ich gebe zu, daß zu seiner Zeit, mitten im 15. Jahrhundert, die Theorien von Marx ihre Bedeutung gehabt haben mochten; aber jetzt, in unserem 20. Jahrhundert?“

ideologischen Kategorien) diesen Prozeß sehr wohl. Sie wissen, daß sie ihr Instrumentarium der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse den neuen Umständen anpassen müssen zur Sicherung ihrer Macht: das heißt einmal Ausbau des materiellen Herrschaftsapparates (Armee, Polizei, Staatsapparat), zum anderen heißt das Verfeinerung, „Aktualisierung“ der ideologischen Manipulation und geistigen Entmündigung; neue Phrasen über das Heil des Kapitalismus, anstelle der alten, unbrauchbaren, weil durch die Wirklichkeit als Lüge entlarvten; neue Klischees des Antikommunismus, der Entstellung, Verleumdung, Diffamierung des Sozialismus anstelle der früheren, von den Fakten widerlegten. Eben in diesen Funktionsbereich einer „qualifizierten antikommunistischen Demagogie“ ist die Ideologie und Politik der Führer der westdeutschen Sozialdemokratie anzusiedeln. Was sich da an „fortschrittlichem“ Wortgeklängel und weltanschaulichem Schaumgebraus vorstellt und den Augenschein zu vermit-

teln versucht, es werde „mehr Demokratie“ gewagt, ist im Prinzip nicht mehr als die Beseitigung des Trümmerhaufens einer CDU/CSU-Politik, an deren Ende, allen Beschwörungen von der Stabilität des Systems zum Trotz, die Krise dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stand, der Beweis seiner Labilität und Arbeiterfeindlichkeit (siehe Rezession 1966/67), einer „Politik der Stärke“ und Konfrontation gegenüber dem sozialistischen Lager, die immer unhaltbar wurde angesichts der Fortschritte und der Erstarkung des realen Sozialismus und der Beweise seiner ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen (vgl. Signal- und „Schock“-Wirkung des ersten Sputniks, 1957). Diese Politik zu beenden, einen Strich zu ziehen, war realistisch.

Durch zeitgeschichtliche Belege wird deutlich: das Ende dieser Politik war und ist nicht Ergebnis einer „Läuterung“ der Herrschenden, des Durchbruchs irgendeiner „Menschlichkeit“ der Profitjäger in der BRD, ist auch nicht Frucht von „Eingebungen“ sozialdemokratischer Parteiführer, — die Aufgabe dieser Politik ist mit das Ergebnis des antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampfes, sie ist im konkreten Fall zurückzuführen auf die beharrliche Friedens- und Entspannungspolitik der sozialistischen Staaten, voran der Sowjetunion. Nicht die Adenauer, Strauß, Schmidt und Wehner, — die sozialistischen Staaten und die mehr und mehr Kampfentschlossenheit und Klassenbewußtsein entwickelnde Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern (vgl. Mai 1968 in Frankreich! Die Streiks in England und Italien), voran die kommunistischen und Arbeiterparteien —: Das waren die Kräfte, welche die Szene verändert haben in Richtung eines stabileren Friedens und von mehr Zusammenarbeit in Europa.

Diese Erfolge sind dokumentierbar. Sie treten in voller Klarheit zutage vor allem in der Gegenüberstellung ehemaliger „unverzichtbarer Positionen“ der Kalten Krieger, beispielsweise der Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, des „Alleinvertretungsanspruches“ der BRD, der „Hallstein-Doktrin“ und der Kalkulation des Risikos, daß der „kalte“ Krieg unter Umständen in einen „heißen“ Krieg übergehen kann.

Lassen wir in Gegenüberstellungen die Texte für sich sprechen:

Max Reimann, Vorsitzender der KPD, am 22. September 1949 im Bundestag:

„Das deutsche Volk, das nach zwei Weltkriegen zwei furchtbare Niederlagen hinnehmen mußte, das Millionen Menschen opferte, darf nicht noch einmal für die Interessen fremder und der hier im Westen Deutschlands restaurierten Imperialisten in einen dritten Weltkrieg gehetzt werden (lebhafte Zurufe in der Mitte und rechts), der mit der Vernichtung unseres Vaterlandes enden würde. Wir wollen in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben und besonders mit den Völkern des Ostens und Südostens. (Händeklatschen bei der KPD.) „Gerade die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze“, erklärte Reimann weiter, „stört nicht nur unser Verhältnis gegenüber Polen, sondern bedeutet

Der Alterspräsident des Bundestages, Paul Loebe, erklärte am 13. Juni 1950 vor dem Bundestag:

„Im Namen aller Fraktionen und Gruppen des Bundestages mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, zugleich mit Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates gebe ich folgende Erklärung ab:

In der von einer Delegation der sogenannten provvisorischen Regierung der DDR und der Regierung der Republik Polens unterzeichneten Vereinbarung vom 6. Juni 1950 wird die völker- und staatsrechtlich unhaltbare Behauptung aufgestellt, daß zwischen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und Polen eine sogenannte Friedensgrenze festgelegt worden ist. Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder

in der endgültigen Konsequenz den Krieg. Das darf nicht sein, die Oder-Neiße-Grenze ist die Grenze des Friedens.“ (Andauernde erregte Zurufe: Pfui! — Lärm — Glocke des Präsidenten — erregte Zurufe: Abtreten! Abtreten!) „Ich trete hier nicht ab, bis ich nicht alles gesagt habe!“ (Fortgesetzter Lärm — Glocke des Präsidenten.) Präsident Dr. Köhler: „Herr Abgeordneter Reimann, ich habe seit gestern — (andauernde große Unruhe und Rufe: Pfui! Raus! Abgeordneter Strauß: Schickt ihn nach Moskau! Abgeordneter Reimann: Ich werde hier nicht gehen!) Meine Damen und Herren! (Andauernde große Unruhe — Zurufe: Moskauer Agent! Bezahlter Provokateur! — Abgeordneter Reimann: Das sind Sie! — Lärm). Herr Abgeordneter Reimann, Sie haben eben ausgesprochen, daß die Oder-Neiße-Linie die Friedenslinie ist. Ich rufe sie deshalb zur Ordnung! (Bravorufe und Händeklatschen in der Mitte und rechts — Zurufe und Lachen bei der KPD) Herr Abgeordneter Reimann — (Abgeordneter Strauß: Treten Sie ab! Aufhören! — Lärm) Herr Abgeordneter Reimann — (Anhaltende lebhafte Zurufe: Aufhören! Schlüß! Abtreten! Abgeordneter Reimann: Ich gehe hier nicht fort! — Abgeordneter Strauß: Aufhören! Abtreten!)“
(aus dem Bundestagsprotokoll vom 22. 9. 1949)

Was weiter geschah, schildert Max Reimann:

Und dann wurde eine genau vorbereitete Provokation inszeniert. Von keinem Bundestagsordner behindert, betraten zwei verwahrloste Gestalten den Plenarsaal. In Lumpen gehüllt, drangen sie zur Rednertribüne vor, erregt schreiend und mich anklagend, daß sie eben und in diesem Zustand aus russischer Kriegsgefangenschaft kämen. CDU-Bundestagsabgeordneter Köhler benutzte den einsetzenden ohrenbetäubenden Lärm, um mir das Wort zu entziehen. Unser unvergessener Genosse Heinz Renner verlangte in Zwischenrufen die Feststellung der Organisatoren dieses Zwi-schenfalls. „Gestern abend“, rief er aus, „ist besprochen worden, daß dieser Mann hier dieses Theater vorzuspielen hat.“ Dazu der Abgeordnete und spätere Minister Strauß: „Ihr sollt die Erfolge eurer Politik sehen!“

In der Tat. Diese widerwärtige antisowjetische Szene war eine abgekartete Sache. Ein späterer Prozeß, der unumgänglich geworden war, nachdem von uns und anderen die Tatsachen und Hintergründe bloßgelegt waren, brachte das ans Licht. Siegfried Kluger und sein Spießgeselle Tilo Wagner, die Hauptdarsteller bei dem Skandal im Bundestag, waren nie in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Kluger hatte seine Jugend in Fürsorgeanstalten verbracht und war als Angehöriger der SS-Division „Das Reich“ in englischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Wagner war 1947, aus Erfurt kommend, in West-Berlin als „politischer Flüchtling“ aufgenommen worden, obwohl den Behörden bekannt war, daß er in Erfurt wegen Diebstahls gesucht wurde. In Westdeutschland trieb er sich dann als Vagabund herum. Diese beiden Gauner waren von CDU-Abgeordneten am Vorabend des 22. September 1949 in die Kantine des Bundestages eingeladen worden. Der frischgebackene Bundeskanzler Adenauer höchstpersönlich hielt sie frei. Auf sein Ersuchen händigte ihnen CDU-Bundestagspräsident Köhler Eintrittskarten für den Bundestag aus. Diese trugen die persönliche Unterschrift Adenauers und berechtigten ausdrücklich zum Betreten des Plenarsaals. Nach dem Auftritt bekamen die beiden 50 Mark und wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet. Das Landgericht Karlsruhe konnte nicht umhin die beiden Kriminellen am 24. 4. 1950 wegen Betrugs zu Gefängnisstrafen zu verurteilen. Die gewissenlosen Regisseure dieser antisowjetischen Szene gingen natürlich straffrei aus. (M. Reimann, in: Ein unvergesslicher Siegeszug, Hamburg 1967)

Otto Grotewohl, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1956:

„Um das friedliche Leben der Bevölkerung zu sichern, setzen sich beide deutsche Staaten für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen ein. Beide Teile Deutschlands verpflichten sich in einem Abkommen, jede Anwendung von Gewalt gegeneinander zu unterlassen und nur mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken.“

„Am 29. Mai 1956 schlug ... die Regierung der DDR vor, daß sich beide deutsche Staaten verpflichten sollten, die Wehrpflicht nicht einzuführen. Ministerpräsident Otto Grotewohl unterbreitete in einer Regierungserklärung der Volkskammer der DDR ein umfassendes Programm zur innerdeutschen Entspannung. Es sah unter anderem vor: eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte, ein von den Regierungen beider deutscher Staaten gemeinsam oder einzeln ausgesprochenes Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden, das Verbot der Tätigkeit aller militärischen Verbände und neofaschistischen Organisationen, in beiden Teilen Deutschlands, gleiche Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze, die weitere Entwicklung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen und

und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben werden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.“

Aus einer Entschließung des Bundestages vom 14. September 1950, die „einstmächtig — mit Ausnahme der KPD-Fraktion — angenommen“ wurde:

„Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unmenschlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener und Verschleppter, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betrieben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln. Das kommunistische System bedeutet Vernichtung der Menschenrechte, Versklavung der arbeitenden Menschen, Verewigung von Hunger, Elend und Ausbeutung. Die kommunistischen Machthaber sind die wahren Kriegshetzer gegen das eigene Volk.“ (Zit. n. H. Siegler: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Band 1, Bonn—Wien—Zürich 1967, S. 339/340.)

Das alles geschah zu einer Zeit, in der die Restauration des Imperialismus in der BRD — wenn auch vorerst mit gewissen Einschränkungen — vorangetrieben wurde:

„So waren 1950/51 in der Bundesrepublik trotz sogenannter Entflechtung in den 15 größten Eisen- und Stahlgesellschaften bereits wieder 86,6 % der Gesamtproduktion an Rohstahl in den Händen der Kapitalisten konzentriert. 1952 verfügten schon wieder 11 % aller Aktiengesellschaften über 74 % des gesamten Kapitals aller Aktiengesellschaften. 1953 machte der Anteil der Gesellschaften mit mehr als 10 Millionen Aktienkapital, gemessen an der Gesamtzahl der Gesellschaften, bereits 11,6 % aus. Diese Gesellschaften besaßen zu dieser Zeit wiederum 79,5 % des gesamten Aktienkapitals. (Vgl. Wirtschaft und Statistik, 1955, Heft 3, S. 142.)“

(In: Fritz Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–1955, Frankfurt 1971, S. 12/13.)

Aus dieser Zeit datieren bereits die Pläne amerikanischer und westdeutscher Imperialisten, Westdeutschland zu remilitarisieren. Während Bonn Ende 1949 noch erklärte: „Die Bundesregierung (ist) fest entschlossen, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“, (Bundesanzeiger, Bonn 1949, Nr. 28) unternahm Adenauer „hinter dem Rücken des Volkes und auch ohne Legitimation des Bundestages erste Schritte auf dem Wege zur Militarisierung der Bundesrepublik. Zwecklügen gehörten dabei zum taktischen Arsenal seines Vorgehens. Motto seines Handelns war immer noch: „Wir müssen sie (die deutschen Divisionen) erst einmal ins Gespräch bringen und dann das Weitere abwarten.“ (Krause, a.a.O. S. 27.)

Hier wurde der Grundstein für eine Entwicklung gelegt, deren Endpunkt die Aufnahme der BRD in die Nato bildete.

Von maßgebenden Vertretern der Monopolbourgeoisie und ihren Publikationsorganen waren immer wieder Feststellungen bzw. Ansprüchen zu hören wie folgende:

F. J. Strauß auf einer CSU-Kundgebung am 11. November 1956 in Hollfeld:

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.“ (Nürnberger Nachrichten, 13. 11. 1956; zit. n. Arbeiterbewegung ... a.a.O. S. 74.)

Aus der Zeitschrift „Wehrkunde“ (München), 1956, H. 10, S. 485: „Die Grenzen zwischen legaler und illegaler Kampfführung schwimmen ebenso wie die Fronten, die quer durch die Völker führen. Die Grenzverletzung zu Lande und in der Luft ist nicht mehr das entscheidende Kennzeichen des Übergangs vom Frieden zum Kriege, sondern nur noch ein Zeichen für die Ausdehnung des Konfliktes in bezug auf die in ihm angewandten Mittel.“

„Wir waren der Meinung, daß die freie Welt durch ihren Zusammenschluß und durch den Druck ihrer NATO-Klammer es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen.“

So Erich Mende 1958. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenografische Berichte, Bd. 39, Bonn 1959, S. 6918. Zit. n. „50 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre KPD“, Marxistische Blätter, Sonderheft 3/68, S. 151.

des Handels zwischen beiden deutschen Staaten sowie den Austausch von Parlamentsdelegationen.“ (vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Kapitel XIV, S. 35)

1952 legte die Sowjetunion den Grundriß eines Friedensvertrages mit Deutschland vor, der die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel hatte.

Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland beigelegt der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 an die Regierung der Vereinigten Staaten:

„Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland.
Die Teilnehmer: Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze: 1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtssprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein, sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisatoren, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, alle ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach dem Gerichtsurteil eine Strafe für die von ihnen begangenen Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie alle anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium: Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze: Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze: 1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die UNO: Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um die Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.“

(zit. n. H. Siegler, a.a.O.S. 42)

Anfang November 1952 legte die KPD ihr „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ vor, in dem u. a. gefordert wurde: „Schaffung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in ganz Deutschland, zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und zur Sicherung der Durchführung dieser Wahlen; „alle Besatzungsstruppen verlassen nach Abschluß eines Friedensvertrages das Territorium Deutschlands“; „die Nationalversammlung entscheidet über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und legt seine

Zu diesem Entwurf eines Friedensvertrages der sowjetischen Regierung äußerte sich Jahre später, am 23. Januar 1958, der damalige Bundestagsabgeordnete und heutige Bundespräsident Gustav Heinemann: „Herr Dehler ist besonders auf die Vorgänge vom März 1952 zu sprechen gekommen, als die Sowjetunion anbot, Wiederherstellung der deutschen Einheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie wirtschaftliche Entwicklung, nationale Streitkräfte für ein wiedervereinigtes Deutschland, Aufnahme in die Vereinten Nationen, gesamtdeutsche Regierung, hervorzuzeigen aus freien Wahlen, alles das unter der Bedingung, daß Deutschland sich nicht an Militärbündnissen beteilige ... Der Herr Bundeskanzler hat damals, als die Note ihm bekannt wurde, gleich wegwerfend gesagt – wie ja immer, wenn so etwas passiert: ‚Belanglos‘ ... Der Westen muß erst stärker werden, ehe wir in eine Verhandlung eintreten können! Noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen! Und als Inhalt dieser anzustrebenden Verständigung beschrieb er: Wiedervereinigung Deutschlands sowie Vereinigung und Neuordnung im Osten.“

Was hieß das? Wenige Tage vorausgegangen war die Rede des Bundeskanzlers vor dem CDU-Tag in Heidelberg am 1. März 1952, wo er mit aller Klarheit gesagt hatte: „Erst stärker werden“, und dann sollte es gehen, so hieß es wörtlich, „um die Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa“. Ebenso hieß es im Rundfunk in einer Rede vom 5. März 1952, es gehe nicht nur um die Ostzone, es gehe darum, ganz Osteuropa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien ...“

Heinemann verwies dann auf die nochmalige Chance, die die Vorschläge der Sowjetunion zur Berliner Außenministerkonferenz 1954 darstellten und erklärte: „Ich erachte es für die historische Schuld der CDU, daß sie bis zum Jahre 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen.“ Die Konzeption der Bonner Politik entsprach genau dem Kurs der USA. Deren Pläne hatte John Foster Dulles 1950, noch vor dem Korea-Krieg, so beschrieben: „Ein wiederbelebtes Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgesetzte strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der CSR, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.“ (J. F. Dulles, Krieg und Frieden 1950, S. 163.) Hierzu sei nochmals Dr. Heinemann zitiert, der 1959 rückblickend feststellte:

„An diese Politik der Zurückrollung des Kommunismus Anschluß zu gewinnen und sich für sie durch Aufrüstung und kalten Krieg, insbesondere von West-Berlin aus, zur Verfügung zu stellen, wurde Leitgedanke der Bonner Politik. Die Sowjetunion sollte zur Räumung Deutschlands gezwungen werden, um damit Platz für eine Ausdehnung alles dessen zu schaffen, was sich unter Dr. Adenauer in schmählicher Verleugnung des Ahlener Programms von 1947 an wiederbelebter alter Gesellschaftsordnung in Westdeutschland entwickelte. Den Weg dorthin sollte die engste Anlehnung an den stärksten Bundesgenossen aller Zeiten, die USA, bahnen. Diese enge Anlehnung an Amerika wurde als Voraussetzung für ein Auftreten gegenüber dem Osten aus einer ‚Position der Stärke‘, für eine ‚Befreiung der besetzten deutschen Gebiete‘, ja sogar ... für eine Neuordnung der ‚Verhältnisse in Osteuropa‘ propagiert. Deshalb das ‚Niemals mit Pankow reden!‘ ... Deshalb die Hallstein-Doktrin ... Deshalb die hochfahrende Zurückweisung des ersten sowjetischen Vorschlags für einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vom März 1952 u. a. durch Dr. Adenauers Äußerung, daß die Sowjetunion noch mehr in die Defensive hineingedrängt werden müsse (Bulletin 1952, S. 353), und daß es einen Wettlauf mit der sowjetrussischen Atomrüstung zu veranstalten gelte (Bulletin 1953, Seite 68).“ Aus: Heinemann, „Verfehlte Deutschlandpolitik – Irreführung und Selbsttäuschung“, Stimme-Verlag Frankfurt am Main, 1966, S. 141; zit. n. M. Reimann, a.a.O. S. 55/56.

Als „Antwort“ auf die Vorlage des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ durch die KPD 1952 unterdrückte das Adenauer-Regime mit staatlichem Zwang die Verbrennung der programmativen Alternative der KPD.

Horst Reichel und Herbert Bayer wurden zum Beispiel wegen Verbreitung des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ mit der Begründung, es handele sich dabei um ein hochverräterisches Unternehmen, vom III. Strafgericht des Bundesgerichtshofes zu vierthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Danach, als das Dokument der KPD auf diesem Wege durch den III. Strafgericht in seinem Grundsatzurteil als hochverräterisch charakterisiert worden war, leitete das Bundesverfassungsgericht ein Strafverfahren gegen die „Programmkommission der KPD“ ein, und in diesem Zusammenhang wurden die Mitglieder des Parteivorstandes

Außenpolitik fest, die eine Politik der guten Nachbarschaft nach Ost und West ist und die der Erhaltung des Friedens und der Festigung der Völkerfreundschaft dient.“ (Freies Volk, Düsseldorf, 12. 11. 1952; zit. n. F. Krause, a.a.O. S. 149/150)

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Hohen Vertragschließenden Parteien

IN DEM BESTREBEN, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen den sehnlichen Wünschen der Völker und den allgemeinen Interessen des internationalen Friedens entspricht,

IN WÜRDIGUNG der Tatsache, daß die früher von ihnen verwirklichten vereinbarten Maßnahmen, insbesondere der Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen günstige Bedingungen für neue wichtige Schritte der Weiterentwicklung und Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen geschaffen haben,

IN DEM WUNSCH, in vertraglicher Form ihre Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen ihnen Ausdruck zu verleihen, einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen, im Interesse beider Staaten, SIND wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.

Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen. Demgemäß werden sie ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen, und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit und die internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet.

– Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;

– sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;

– sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 4

Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik berührt nicht die von Ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen.

Artikel 5

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn stattfinden soll.

GESCHEHEN zu Moskau

am 12. August 1970 in zwei Unterschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Willy Brandt
Walter Scheel

Für die
Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
Alexej N. Kosygin
Andrej A. Gromyko

der KPD, Fritz Rische und Josef Ledwohn, verhaftet und später insgesamt zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Haftbefehle erließ die bundesdeutsche Justiz außerdem gegen Max Reimann und Walter Fisch. (Vgl. Krause, a.a.O. S. 150.)

Bundeskanzler Kiesinger:

„Auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen.“ (Zit. aus der Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Dezember 1966.)

Für die äußerste Reaktion, voran die Berufsvertriebenen und Ostlandreiter, ist der 2. Weltkrieg noch nicht verloren; sie hat aus der Geschichte nichts gelernt. Nach den Millionen Toten des nazistischen Völkermordens fragt sie nicht – wohl aber nach dem „diplomatischen Schutz“, nach den „materiellen Rechten“ der ehemaligen Ausbeuter und abgezogenen Junker:

Aus der Schriftlichen Erklärung der Abgeordneten Dr. Czaja, Riedel (Frankfurt), Dr. Jahn (Braunschweig), Dr. Becher (Pullach), Dr. von Bismarck, Dr. Hupka, Storm, Freiherr von Ficks, Windelen, Frau Jacobi (Marl), Frau Pieser, Dr. Gruhl, Mursch (Soltau-Hamburg), Dr. von Nordenskjöld, Rock, Frau Kalinke, Zoglmann, Dr. Wittmann (München), Freiherr von und zu Guttenberg, Dr. Mende, Dr. Götz, Baler, Dr. Kley, Dr. Klepsch, Dr. Burgbacher, Amrehm, Krammig (CDU/CSU) zum Warschauer Vertrag.

„... Nach dem Grundgesetz ist jede staatliche Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten für Deutsche im Sinne des Grundgesetzes im In- und Ausland verpflichtet. Deshalb dürfen durch Verträge nicht tatsächliche und rechtliche Gegebenheiten geschaffen werden, die den bisher eingeschränkten Inlandschutz in fremdverwalteten Gebieten Deutschen im Sinne des Grundgesetzes entziehen, ohne daß ihnen gleichzeitig deutscher diplomatischer Schutz gesichert wird. Die Sorgepflicht der Bundesrepublik Deutschland darf nicht generell einer großen Zahl deutscher Staatsangehöriger entzogen werden.“

Eine echte Normalisierung der Beziehungen ist ohne Wiederherstellung verletzter Individualrechte nicht zu erreichen. In dem Vertrag werden auch die materiellen Rechte der Deutschen nicht geregelt...“ (Zit. aus Anlage 4 zur 187. Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn, 17. 5. 1972).

In der Bundestagsdebatte über die Verträge „dieser Sternstunde für die Realitätsblind“ beweinten die parlamentarischen Hofsänger des Großkapitals, daß das Rad der Geschichte vorwärtsrollt und nicht zurück: Heim ins Reich der Kalten Krieger. Sie sahen ihre Felle davonschwimmen und beschworen die „heile Welt“ ihres antikommunistischen, großbourgeoisen Weltbildes: „Das Ziel muß doch das gleiche bleiben!“ ... (Worin es sicher Übereinstimmung mit der SPD-Führung gibt...)

Barzel:

„... Wir kennen natürlich die komplexe Interessenslage in Europa und in der Welt. Uns braucht keiner zu sagen, wo wir geographisch und machtpolitisch liegen. Das braucht uns keiner zu erzählen... Uns braucht keiner von den Bedingungen des Atomzeitalters zu erzählen. Kein Mensch! Das kennen wir alles. Wir kennen die Machtlage. Meine Damen und Herren, das Ziel muß doch dasselbe bleiben! Oder haben wir nicht mehr die Courage und die Geduld, an dem Ziel festzuhalten, das wir gehabt haben, als es uns ökonomisch und sozial nicht so gut ging wie jetzt? Haben wir die Kraft nicht mehr? Unser Ziel ist eine ausgetriebene Lösung, die die Beseitigung der Ursachen der Spannung und der Gefahr zur Voraussetzung hat. Voraussetzung dafür ist doch aber, daß wir jetzt nicht den Weg für die Lösung verbauen...“ (aus Bundestagsdebatte v. 10. Mai 1972, zit. nach Bundestagsprotokoll der 186. Sitzung des Deutschen Bundestages).

Und auf dem CSU-Parteitag faßte F.J. Strauß noch einmal das reaktionäre Credo zusammen, der „westlichen“ Großbourgeoisie, deren Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse über den Reflexionsradius eines CSU-Kopfes hinausgeht, ihrer „Kurzsichtigkeit“ wegen auf die Finger klopft:

„Wenn der Westen aus kurzsichtigen, wenn auch verständlichen Gründen darüber aufatmet oder sich damit einverstanden erklärt, daß vor einer friedensvertraglichen Regelung deutsches Gebiet abgeschrieben und die Zweiteilung des restlichen Deutschland besiegelt wird (denn das versteht man ja in der Welt unter diesen Verträgen), so soll der Westen darüber nicht übersehen, daß diese Verträge weder Entspannung noch Sicherheit, noch Frieden

**Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik Polen
über die Grundlagen der Normalisierung
ihrer gegenseitigen Beziehungen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und die
Volksrepublik Polen

IN DER ERWÄGUNG, daß mehr als 25 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat,

EINGEDENK DESSEN, daß in beiden Ländern inzwischen eine neue Generation herangewachsen ist, der eine friedliche Zukunft gesichert werden soll,

IN DEM WUNSCHE, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Entwicklung normaler und guter Beziehungen zwischen ihnen zu schaffen,

IN DEM BESTREBEN, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, SIND wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

(2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

(3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche in Zukunft nicht erheben werden.

Artikel II

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der Welt von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen.

(2) Demgemäß werden sie entsprechend den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen alle ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich in Fragen, die die europäische und internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Artikel III

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet.

(2) Sie stimmen darin überein, daß eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.

Artikel IV

Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen.

Artikel V

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn stattfinden soll.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Vertragsparteien diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Warschau am 7. Dezember 1970 in zwei Unterschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Willy Brandt
Walter Scheel

Für die
Volksrepublik Polen
Józef Cyrankiewicz
Stefan Jedrychowski

bedeuten, sondern daß die entscheidende Frage darin besteht, die politische Gemeinschaft der Länder des Gemeinsamen Marktes auch gegen den Druck der Sowjetunion zu verwirklichen und eine langfristige Konsolidierung der Atlantischen Allianz zu erreichen und sich nicht unter der trügerischen Parole von Sicherheit und Zusammenarbeit auf ein von Moskau kontrolliertes Groß-Europa mit dem wohlklingenden Titel „Gesamteuropäische Friedensordnung“ einzulassen.“

(Strauß auf dem CSU-Parteitag, Bayernkurier vom 3.6.1972.)

Der Kampf der äußersten Rechten gegen jegliche Entspannung in Europa bestimmt natürlich auch ihr Verhältnis zur Europäischen Sicherheitskonferenz. Da unter ihrer Hirnschale nur Platz hat, was demokratische Bestrebungen und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa unverdächtig ist, wird auch die KSZE mehr oder weniger verklusuliert abgelehnt:

„Die Verträge stellen die Basis einer sich nach dem Willen der Sowjets dynamisch entwickelnden ‚Friedenspolitik‘ dar. Bereits in diesem Herbst sollen die Vorgespräche für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beginnen, ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Bündnispartner ist bisher nicht festgelegt.“

Diese Konferenz entspringt ebenfalls sowjetischen Vorstellungen. Sie soll die USA aus Europa hinausdrängen und ein Ordnungssystem errichten, durch das die als Hindernis empfundene west-europäische Einigung überwunden und die hegemoniale Politik der Sowjetunion über ganz Europa gefestigt werden soll.“

(CSU-Parteitag, „Podium II“, Bayernkurier vom 3.6.1972.)

Wenn die Demokraten und Kommunisten nach der Ratifizierung die „Verwirklichung der Verträge“ verlangen, dann heißt das unter anderem, daß die Erziehung zu Chauvinismus und Antikommunismus, wie er in nahezu allen Schulbüchern (mehr oder weniger direkt) zum Ausdruck kommt, einer Erziehung Platz macht, die die Freundschaft der Völker untereinander zum Inhalt hat, die frei ist von Geschichtsverfälschung und Antikommunismus.

„Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger.“ Ein Grundriß der Bürgerkunde und Sozialkunde, Köln-Braunfeld, 92.–94. Auflage 1967:

„Deutschland im Griff des Kommunismus ... Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) – im freien Westen so genannt, weil die sog. „DDR“ auf Befehl der Sowjetunion entstand und ihr Gebiet auch heute noch von Sowjettruppen besetzt gehalten wird – ist ein Unrechtsstaat, ein Polizeistaat. Die Verfassung wird in den wirklich ausschlaggebenden Punkten nicht beachtet ... Die Machthaber, z.T. sowjetische Staatsangehörige, sind der Bevölkerung aufgezwungen worden. Sie handeln weder in deutschem Interesse noch haben sie das Recht, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie selbst behaupten heute, daß es zwei deutsche Staaten gebe ... (S. 48).“

„Es kann demnach kein Zweifel an dem deutschen Charakter dieser Gebiete bestehen. Die Inbesitznahme durch Polen ist völkerrechtlich ohne jede Bedeutung, da im Potsdamer Abkommen die Regelung dieser Frage einem Friedensvertrag vorbehalten wurde. Infolgedessen ist auch der 1950 zwischen der SBZ und Polen abgeschlossene Vertrag über die Oder-Neiße-Linie als ‚Friedens- und Freundschaftsgrenze‘ bedeutungslos.“ (S. 54).

Ministerpräsidentenbeschuß:

„Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel berechtigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.“ (Aus: „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, Beschuß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972.)

Diese verfassungswidrigen Januarbeschlüsse reihen sich ein in die Weniger-Demokratie-Aktionen der Vereinigten Reaktion. „Als die NPD in der Rezessionsperiode aufstieg, hat niemand einen derartigen Beschuß erwogen“, schreibt dazu Prof. W. Abendroth, Marburg. „Hätte man ihn übrigens erwogen, wäre er für ihre Mitglieder ungefährlich geblieben; denn wer (und mit welcher politischen Vergangenheit oder welchen Vorurteilen) in Ministerialbürokratie und Disziplinargerichtsbarkeit die Entscheidungen vorbereitet, ist nur allzu sehr bekannt.“ Wann und wie schnell dieses Ausnahmerecht für Demokraten und Sozialisten zurückgenommen werden muß, hängt ab von der Verbreiterung, Konsolidierung und Kampfkraft der demokratischen Bewegung – von uns.

Wer hat den längeren Atem?

Mit Ota Sik im Huckepack Choräle zum Lob des Kapitalismus

Was der RCDS für die „Antwort des 20. Jahrhunderts auf den Sozialismus (19. Jh.)“¹⁾ hält, legt eine geringfügige Variation eines Leninsatzes nahe: Der RCDS brabbelt, das Gesicht dem 18. Jahrhundert zugewandt, wie im Schlaf immer wieder dasselbe langweilige Zeug.²⁾ Neu an den wissenschaftlich unhaltbaren und

statistisch unbelegbaren Behauptungen des RCDS ist höchstens die Methode, mit der versucht wird, diesen seit der Restaurationsperiode der Bundesrepublik ständig wiedergekauten Unsinn unter die Leute zu bringen: Man versucht das schein-marxistische Vokabular eines Ota Sik gegen die sozialistischen Staaten zu kehren.

Bevor wir uns dem theoretischen Widerstand der Behauptung Siks zuwenden, sei das Zitat wiederholt, mit dem der RCDS die „triste Wirklichkeit der zentralen Planwirtschaften“³⁾ darzustellen versucht: „Wenn dem Kapitalismus vorgeworfen wird, daß hier eine kleine Schicht privater Eigentümer sich den Großteil des Nationaleinkommens aneignet, was man gewöhnlich als Ausbeutung bezeichnet, so ist darauf zu antworten, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel eine noch größere Ausbeutung mit sich gebracht hat. Es ist heute durch Fakten belegt, daß der sogenannte Mehrwert, d. h. jener Teil des Nationaleinkommens, der den produktiv Arbeitenden enteignet wird, in der Sowjetunion und allgemein in den kommunistischen Ländern heute größer ist als in den industriell entwickelten westlichen Ländern. Also der Anteil der produktiv Tätigen am Nationaleinkommen ist in den kommunistischen Ländern kleiner als in den westlichen kapitalistischen Ländern.“ Aus dem durch den Staat angeeigneten Anteil kommt den produktiv Arbeitenden in Form von Staatsausgaben auf sozialem, kulturellem, gesundheitlichem und anderen Gebieten weniger zurück als heute in den meisten westlichen, industriell entwickelten Staaten.“⁴⁾

Akkumulation gleich Ausbeutung?

Beginnen wir mit dem Sikschen Begriff des „Mehrwerts“. Damit umschreibt Sik offensichtlich denjenigen Teil des Nationaleinkommens, der den „produktiv Tätigen“ (wer ist damit eigentlich gemeint? Die in der materiellen Produktion tätigen Lohnarbeiter? Oder sind hier einfache Warenproduzenten und Kapitalisten, die noch in „ihrem“ Betrieb tätig sind, eingeschlossen?) weder mittelbar noch unmittelbar hinsichtlich ihres Konsums zur Verfügung steht. Den unbestreitbaren Umstand, daß eine sozialistische Gesellschaft — wie jede andere Gesellschaft auch, die nicht der Stagnation anheimfallen will — einen Teil des gesellschaftlichen Produkts akkumulieren muß, bezeichnet Sik demzufolge als „Ausbeutung“; die Akkumulationsrate einer Gesellschaft verwandelt sich bei ihm zur Ausbeutungsrate. Damit nimmt er nicht nur den Begriffen „Mehrwert“ und „Ausbeutung“ einen jeden Sinn und verwandelt sie in zeitlose Begriffe und Synonyme für die Grundlage gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt, sondern fällt sogar noch hinter

das 18. Jahrhundert zurück und hinter die Erkenntnisse der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie, von der der Zusammenhang zwischen Akkumulation und Entwicklung der Produktivkräfte in der Auseinandersetzung mit der feudalen Klasse bestätigt hervorgehoben wurde. Die hier formulierte Vorstellung beinhaltet, daß eine ausbeutungsfreie zugleich eine stagnierende Gesellschaft sei, „wahrer“ Sozialismus also das Ende der Entwicklung der Produktivkräfte und damit das Ende jeden gesellschaftlichen Fortschritts bedeute. Oder umgekehrt: solange Akkumulation stattfindet, ist die Ausbeu-



tung nicht abgeschafft. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, gegen die sozialistischen Staaten den Vorwurf der Ausbeutung zu erheben, wobei diese sogar größer sei als im Kapitalismus, weil die sozialistische Akkumulationsrate die des Kapitalismus übertrifft.

Im Sozialismus gesamtgesellschaftliche Gesichtspunkte bestimmend

Da jedoch gesellschaftlicher Fortschritt dauerhaft ohne die Entwicklung der Produktivkräfte nicht denkbar ist, der Sozialismus diese Entwicklung unter den heutigen Bedingungen überhaupt erst zu optimieren ermöglicht, ist der entscheidende Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus darin zu sehen, daß es im Sozialismus möglich ist, die Relation der verschiedenen gesellschaftlichen Fonds zueinander nach gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen festzulegen, die ihrerseits durch den historischen Entwicklungsstand der sozialistischen Gesellschaft bedingt werden. Entscheidend ist also nicht die Tatsache der Akkumulation, ja nicht einmal die Höhe der Akkumulation, sondern

die Frage, wer über die akkumulierten Mittel und ihren Einsatz verfügt, nach welchen Interessen dies geschieht, nach welchen Gesichtspunkten die Akkumulationsrate von wem festgelegt wird und zu welchem Zweck. Selbst wenn die Siksche Behauptung richtig wäre, daß „der Anteil der produktiv Tätigen am Nationaleinkommen“ in den sozialistischen Staaten geringer sei als in den kapitalistischen, so bliebe es dennoch absurd, daraus auf „Ausbeutung“ im Sozialismus zu schließen. Die gesellschaftliche Aneignung der gesellschaftlichen Produktion, die mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln möglich wird, beinhaltet die Festsetzung des Akkumulationsfonds nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten und schließt auch dann jede Form der Ausbeutung aus, wenn die Akkumulationsrate wesentlich höher ist als im Kapitalismus.

Doch wenden wir uns nun den beiden, angeblich durch „Fakten“ „belegten“, Behauptungen zu, zum einen sei „der Anteil der produktiv Tätigen am Nationaleinkommen ... in den kommunistischen Ländern kleiner als in den westlichen kapitalistischen Ländern“, während zum anderen „aus dem durch den Staat angeeigneten Anteil ... den produktiv Arbeitenden in Form von Staatsausgaben auf sozialem, kulturellem, gesundheitlichem und anderen Gebieten“ weniger zugute käme „als heute in den meisten westlichen, industriell entwickelten Staaten“. Leider kann man weder dem Sikschen Zitat noch dem ganzen RCDS-Info auch nur den geringsten Hinweis auf die „Fakten“ entnehmen, mit denen diese Behauptungen „belegt“ werden sollen. Des weiteren wird uns verschwiegen, welche Länder hier angeblich miteinander verglichen worden sind. Konfrontiert man die Sikschen Behauptungen mit dem Ergebnis eines Vergleichs von BRD und DDR, so kommt man — für jedermann nachprüfbar — zu genau gegenteiligen Ergebnissen. Und dies, obwohl im Folgenden die „Materialien zur Lage der Nation 1971“ zur Grundlage genommen werden, deren Begrifflichkeit, Berechnungsbasis und Methode die DDR von vornherein gegenüber der BRD benachteiligt.⁵⁾

Seit 1963 ist der Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR stärker gewachsen als in der BRD

In der ersten der beiden Sikschen Behauptungen wird die terminologische

Hilflosigkeit des Autors (und derer, die sich auf solche Zitate berufen) besonders sinnfällig. Was ist mit dem „Anteil der produktiv Tätigen am Nationaleinkommen“ überhaupt gemeint? Dies ist eine Kategorie, die in keiner einzigen Statistik der Welt ausgewiesen ist, was allein schon ein bezeichnendes Licht auf die Sikschen „Fakten“ wirft. Betrachten wir zunächst einmal den „privaten Verbrauch“, der sich allerdings von der Kategorie Siks dadurch unterscheidet, daß er sich nicht nur auf die „produktiv Tätigen“, sondern auf die gesamte Bevölkerung bezieht. Bezüglich der Entwicklung der „Konsumquote“ (Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt) kommen die „Materialien“ zu dem Ergebnis, daß diese zwischen 1960 und 1969 in der DDR von 62 auf 54 % gesunken sei, während sie in der BRD im gleichen Zeitraum „konjunkturell um einen Wert von 56 % schwankte.“⁽⁶⁾ Von der Fragwürdigkeit der Berechnungsweise und des Berechnungszeitraums der meisten Ergebnisse der „Materialien“ abgesehen,⁽⁷⁾ spräche diese Aussage nur dann gegen die DDR und zugunsten der BRD, wenn die Festlegung der „Konsumquote“ in der DDR gemessen an gesellschaftlichen Erfordernissen und den Interessen der Bevölkerung nicht rational begründbar wäre, d. h. wenn die nach den Berechnungen der „Materialien“ höhere Investitionsquote der DDR langfristig nicht — vermittelt über das optimale Wachstum des Nationaleinkommens — der ständigen Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung zugute käme. Daß genau das Gegenteil der Fall ist, läßt sich wiederum den „Materialien“ entnehmen, und zwar sogar dann, wenn man diesen bei ihrer an sich völlig unzulässigen Verengung der Begriffe „Bedürfnisbefriedigung“ und „Lebensstandard“ auf „Verbrauch“ folgt. So kommen die

„Materialien“ nicht umhin, zuzugeben, daß nach den Schwierigkeiten der DDR zu Beginn der 60er Jahre — die nicht zuletzt auch auf die Einwirkung der BRD zurückzuführen waren — seit 1963 der Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR stärker gewachsen ist als in der BRD. Bis 1969 stieg er gegenüber 1963 in der DDR um 28 %, in der BRD um 25 %.⁽⁸⁾ Bezüglich der Entwicklung der Realeinkommen „der Arbeitnehmerhaushalte“ stellen die „Materialien“ zwar die wegen mangelhafter Zahlenangaben nicht nachprüfbare Behauptung auf, der Abstand zwischen BRD und DDR habe sich von 1960 bis 1969 erheblich vergrößert. Abgesehen davon, daß auch in diesem Zusammenhang das Jahr 1960 als Ausgangspunkt die DDR wegen der Ausnahmesituation zu Beginn der 60er Jahre von vornherein benachteiligen muß, kommt eine Berechnung, die die offiziellen Indices der Lebenshaltungskosten einbezieht, zu einem völlig anderen Ergebnis: „Unter Hinzuziehung der Lebenshaltungskostenindizes, die sich in den statistischen Jahrbüchern der beiden deutschen Staaten finden, läßt sich wenigstens für den Zeitraum 1964—1967 der ungefähre Zuwachs der Realeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte errechnen. Er betrug in der BRD ca. 16 %, in der DDR dagegen ca. 22 %. Statt einer Vergrößerung des Vorsprungs der BRD in bezug auf Individualeinkommen ... ist also eine Verringerung dieses Vorsprungs festzustellen. Dies ist ansichts der Sozialproduktentwicklung auch keineswegs überraschend.“⁽⁹⁾

vom individuellen Einkommen und von der individuellen Konsumtion abhängt. Neben den anschließend zu betrachtenden Ausgaben für die gesellschaftliche Konsumtion spielen hierbei entscheidende Faktoren eine Rolle, die bislang noch ganz unberücksichtigt blieben. So beispielsweise die Tatsache, daß es in der DDR als sozialistischem Staat im Gegen- satz zur BRD Arbeitslosigkeit nicht gibt und nicht geben kann. Oder etwa die Tatsache, daß in der DDR nur halb soviel Arbeitsunfälle passieren wie in der BRD. Trotz allen Drehens und Wendens sehen sich selbst die „Materialien“ genötigt, hierfür eine Erklärung zu liefern, aus der sich unfreiwillig die gegensätzliche Stellung der Arbeiterklasse von BRD und DDR im Produktionsprozeß wie im gesamten Gesellschaftssystem ergibt: „Die niedrige Unfallquote in der DDR ist sicherlich zu einem großen Teil auf das offenbar besser funktionierende und intensiver kontrollierte Arbeitsschutzsystem zurückzuführen. Betriebsräte als Organe des staatlichen Gesundheitswesens und gewerkschaftliche Arbeitsschutzzinspektionen wirken durch Kontrolle, Beratung und Abschluß von Kollektivverträgen bei der sicherheitsgerechten Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsmittel mit. Ein umfangreicher Katalog von allgemeinen Arbeitsschutzanordnungen, verbunden mit auf den Betrieb bezogenen Arbeitsschutzinstruktionen, das betriebliche Gesundheitswesen, die Unfallforschung und die starke Kontroll- und Mitwirkungsfunktion des FDGB haben in der DDR zu einem System geführt, das dem in der Bundesrepublik bestehenden hinsichtlich seiner Schutzwirkung überlegen sein dürfte.“⁽¹⁰⁾ Daß sich die „starke Kontroll- und Mitwirkungsfunktion des FDGB“ nicht nur auf den Arbeitsschutz bezieht, sondern sich auf alle Fragen der Produktion und

Sicherheit vor Arbeitslosigkeit

Es sei in diesem Zusammenhang noch kurz darauf verwiesen, daß die soziale Lage der werktätigen Bevölkerung nicht nur



Reproduktion erstreckt, und daß damit auch von den durch Sik indirekt beschwörten Gegensatz von sozialistischem Staat und „produktiv Tätigen“ keine Rede sein kann, ist in diesem Zusammenhang weniger interessant als das implizierte Eingeständnis der „Materialien“, daß die Arbeiterklasse der BRD und ihre gewerkschaftlichen Organisationen über keinerlei Rechte verfügen, die sich auch nur ansatzweise denen der Gewerkschaften der DDR vergleichen ließen. Mit Sikscher Logik hieße dies, daß die Arbeiterklasse desto freier von Ausbeutung sei, je rechtloser sie im Produktionsprozeß und der Gesamtgesellschaft ist und je stärker sie sich sozialer Unsicherheit unterworfen sieht.

In der DDR: Ausgaben für Bildung um ein Viertel höher als in der BRD

Doch nun zur letzten Behauptung Siks bezüglich der Staatsausgaben für die gesellschaftliche Konsumtion. Diese Behauptung kann mit wenigen Worten geklärt werden. Die Überlegenheit der DDR gegenüber der BRD gerade auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion hat sich inzwischen so weit herumgesprochen, daß es wiederum selbst den „Materialien“ nicht möglich ist, dies einfach zu leugnen. Sie vermögen lediglich diese Überlegenheit herabzuspielen, indem sie die aus verschiedenen Quellen stammenden Mittel für die gesellschaftliche Konsumtion voneinander isolieren und — ähnlich wie Sik — im Zusammenhang mit den betreffenden Staatsausgaben so tun, als wären sie die einzigen Aufwendungen zum gesellschaftlichen Konsumtionsfond. Doch selbst dann ergibt sich: Der „durch den Staat geeignete Anteil“ des gesellschaftlichen Produkts, der der Bevölkerung „in Form von Staatsausgaben auf sozialem, kulturellem, gesundheitlichem und anderen Gebieten“ „zurückkommt“ (Sik), ist in Prozent des Bruttosozialprodukts in der DDR „geringfügig höher“⁽¹¹⁾ als in der BRD, der „Anteil der Staatsausgaben für Wissenschaft und Bildung am Bruttosozialprodukt“ ist in der DDR „um wenigstens ein Viertel“ höher als in der BRD.⁽¹²⁾ Dem muß allerdings hinzugefügt werden, daß sich die gesellschaftliche Konsumtion in der DDR nicht auf die Staatsausgaben beschränkt, sondern daß hier den betrieblichen Aufwendungen — insbesondere auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet — eine ganz entscheidende Bedeutung kommt. Hierunter fallen beispielsweise betriebliche Polykliniken, Ambulatorien, Kinderkrippen, Kindergärten, Sport- und

Kulturanlagen, Erholungs- und Ferienheime, betriebliche Aufwendungen zur Krankenversicherung, zum Arbeits- und Mutterschutz, Lohnausgleichszahlungen im Falle der Weiterqualifizierung usw. Addiert man diese und zusätzlich noch die entsprechenden Ausgaben der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere des FDGB, und der Sozialversicherung zu den staatlichen Zuwendungen, zum gesellschaftlichen Konsumtionsfond, so verschiebt sich das gesamte Bild noch ganz wesentlich zugunsten der DDR.⁽¹³⁾

Bezeichnenderweise lassen sich den „Materialien“ keine umfassenden Vergleichszahlen hierzu entnehmen, obwohl im Gegensatz zu der Behauptung der „Materialien“ statistische Angaben zu Umfang und Struktur der gesellschaftlichen Konsumtion und ihres Anteils am Nationaleinkommen vorliegen.

Anmerkungen:

- (1) Vgl. RCDS-Info. Soziale Marktwirtschaft. Antwort des 20. Jahrhunderts auf den Sozialismus (19. Jh.). Hrsg. vom RCDS-Bundesvorstand. Bonn o. J. (1972).
- (2) Vgl. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Ausgewählte Werke, Bd. 3, Berlin 1965, S. 76.
- (3) RCDS-Info, a.a.O.
- (4) Zit. nach: ebd.
- Es wird hier unterstellt, daß das ohne Quellenangabe angeführte Zitat korrekt ist, obwohl man selbst bei einem Ota Sik solch hahnbüchigen Unsinn nicht ohne weiteres erwarten würde.
- (5) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, o. O. (Bonn) 1971. Zu einigen der wichtigsten Manipulationen, „Fehlberechnungen“ und Verdrehungen vgl. Steinhaus, Kritik der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971“, Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Informationsbericht Nr. 6, Frankfurt/M. 1971.
- (6) Materialien, a.a.O. S. 128.
- (7) Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, daß in der Konsumquote der BRD der ihrer Klassenstruktur entsprechende „private Verbrauch“ der Bourgeoisie mithalten ist, die am Lohn orientierte Gegenüberstellung der entsprechenden Prozentzahlen von BRD und DDR also eine direkte Irreführung darstellt, da sich im Konsum selbstverständlich die Klassenstruktur und die entsprechenden Einkommensdifferenzen reproduzieren.
- (8) Vgl. Materialien, a.a.O., S. 128, 370.
- (9) Steinhaus, a.a.O., S. 21.
- (10) Materialien, a.a.O., S. 169.
- (11) ebd. S. 126.
- (12) ebd. S. 146.
- Dies ist schlechterdings nicht mehr zu bestreiten, nachdem auch die UNESCO zu dem Ergebnis kam, die DDR stehe, was jährliche usgaben für Bildung und Wissenschaft pro Kopf der Bevölkerung angeht, an 4. Stelle in der Welt, die BRD dagegen an 22. Stelle.
- (13) Wie sonst wären die bekannten Beispiele extremer Unterschiede zugunsten der DDR bezüglich Kindergärten, Kinderkrippen, Schul- und Berufsausbildung, medizinischer Versorgung usw. zu erklären! Vgl. hierzu beispielsweise die Beiträge von Tjadens-Steinhauer/Tjaden, Deppe-Wolflinger/von Freyberg, H. U. Deppe/Wulff, Kramer/Schäfer/H. Schuler/M. Schuler in: BRD-DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln, 1971.

Spanien

Madrid (TASS) - 1971 stieg die Arbeitslosigkeit in Spanien um 35,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, teilt die Madrider Zeitschrift „Triunfo“ mit. Nach Angaben der Zeitschrift war am Ende des Jahres mit 266 729 Personen die höchste Zahl von Arbeitslosen registriert worden. Am meisten haben die Bauarbeiter unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. In den ersten Monaten des Jahres 1971 waren 75 731 Bauarbeiter arbeitslos. Die höchste Arbeitslosenziffer wurde in Madrid, Barcelona, den Provinzen Malaga, Sevilla und Cadiz festgestellt.

Freiburger Klassenkampf

Nachfolgend wiedergegebener Text ging dem MSB SPARTAKUS Freiburg von den Organisationen „Roter Morgen“, „Rote Fahne“, „Klassenkampf“ zu. Er beweist einmal mehr, wie auch diese „Antirevisionisten“ im Kampf gegen den Imperialismus an vorderster Front stehen. Mit ihren Kräften und Einfällen gehen jene Genossen sparsam und gezielt um; wenn sie sie aber einmal einsetzen und, wie im gegebenen Fall, Gehirn und Abzugsmaschine einschalten, werden jedes Mal dem Imperialismus schwere Schläge versetzt. Aufgrund solch raffinierter Methoden fährt der Bourgeoisie noch immer der Schreck in die Glieder. Wir „Speicheldecker der Kremlclique“ können da nur einfallslos am Rande stehen.

„Die Genossen der antirevisionistischen Parteien der BRD übermitteln den Renegaten, Revisionisten, DKPisten, Wasserträgern d. Mon.-Kap., Kuhhändlern d. Mon.-Kap., Bluthunden d. Mon.-Kap., Eierkuchenträgern d. Mon.-Kap., Liebesdiennern d. Mon.-Kap., Handlangern d. Mon.-Kap., Wunderdoktoren d. Mon.-Kap., Komplizen d. Mon.-Kap., Schmierkenmödianten, Possenspielern, Einschmeichlern, Märchenerzählnern, Nachtablern, Diplomabwiegern, Dummenfängern, Kapitalistenknechten, Spältern, Opportunisten, Komplottlern, Verleumder, Kettern, Illusionsmachern, Kapitulanten, Reformisten, DKP-Lakaien, winselnden Hunden, Gangstern, Sozialfaschisten, Schweinen, Pack, Massenopportunisten, Lumpenbourgeois, Denunzianten, Kolaborateuren, Konterrevolutionären, Reaktionären, Kriechern, Antikommunisten, Friedensbimbllern, Steigbügelperlern, Tricksern, Mixern, Maulmarxisten, Fußkranken der Revolution, Aasgeiern, Dreckskerlen, DKK-Schlägern, Arbeiterversätern, hinterhältigen Betrügern, bezahlten Halunken, Ablegern der DDR-Bourgeoisie, Agenten der Sozialimperialisten, Speicheldeckern der Kremlclique, Kettenhunden der Kremlzaren von MSB Spartakus, SDAJ und DPK solidarische Kampfsgrüße. Rot Front!!!“

Krankwerden

nur montags und donnerstags zwischen 11 und 13 Uhr

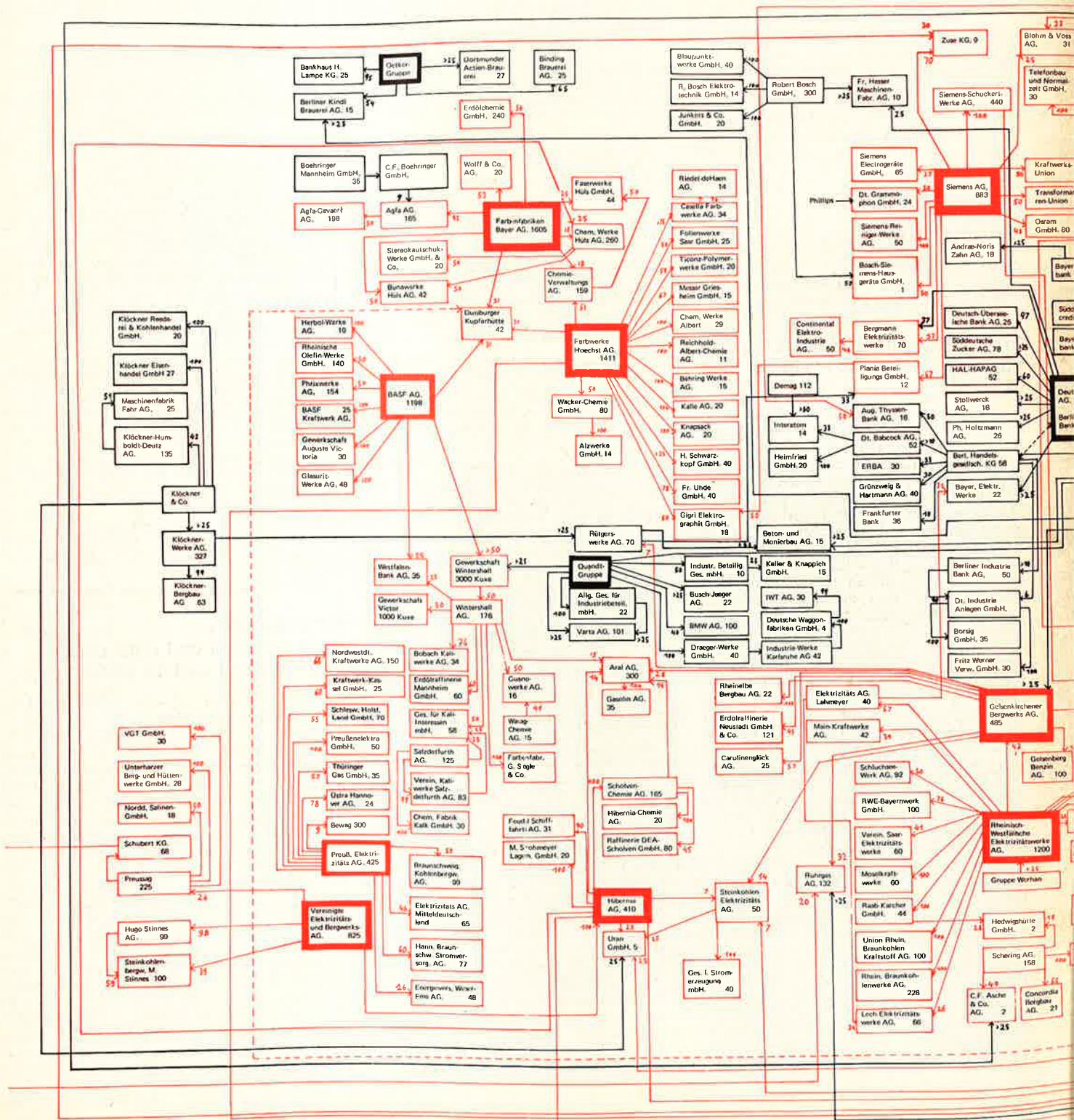
Frankfurt/Main (ppa) - Mit Kündigung hat der Inhaber der Frankfurter Firma Ford-Auto Hage in einem Rundschreiben all jenen der 230 Arbeiter und Angestellten seines Unternehmens gedroht, die in Zukunft „wegen Kleinigkeiten fehlen“. Wie das Düsseldorfer „Handelsblatt“ berichtet, verlangt der Firmeninhaber in dem Schreiben, daß die Arbeiter und Angestellten sich ausschließlich von der Betriebsärztin behandeln lassen, „weil sie damit die Anfahrt zum Arzt, die Wartezeiten... und die Rückfahrt ersparen“. Betriebsärztin in dem Unternehmen, in dem es erst seit Anfang Juni einen Betriebsrat gibt, ist die Ehefrau des ZDF-Moderators Dr. Gerhard Löwenthal, die lediglich vier Stunden je Woche Sprechstunden abhält. Eine Tatsache, die laut „Handelsblatt“ bedeutet, „daß die Arbeitnehmer der Firma Auto-Hage nur montags und donnerstags zwischen 11 und 13 Uhr krank werden dürfen“.

Das Schaubild gibt einen Überblick über die gegenseitige Verflechtung der wichtigsten Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik. Die Zahl neben dem Firmennamen gibt das Grundkapital in Millionen DM an; die Zahl neben dem Verbindungsgefeil steht für den Prozentsatz der jeweiligen Beteiligung. Sie läßt die personellen Verschränkungen durch Aufsichtsrats- und Vorstandssitze und durch informelle Methoden der Kooperation außer acht (Kartell-, Markt- und Lizenzabsprachen, Verbindungen über ausländische Holdings). Nicht gezeigt wird die Aktivität ausländischer Monopole in der Bundesrepublik; fortgelassen wurden Beteiligungen und Tochtergesellschaften deutscher Firmen im Ausland und Gesellschaften, die ganz oder überwiegend im Besitz der öffentlichen Hand sind. Das Schema kann also vom tatsächlichen Ausmaß der Konzentration und Zentralisation nur eine schwache Vorstellung geben. Die Monopole operieren international. Sie scheuen die Publizität. Schließlich ist zu bedenken, daß Ihre Verflechtung kein Zustand, sondern ein Prozeß ist. Jeder Tag bringt neue Fusionen. Die Quellen, auf denen die Darstellung fußt, sind aber nicht vom gleichen Datum. Der Leser kann das Bild durch die Lektüre des Wirtschaftsteils der bürgerlichen Presse ergänzen und auf den neuesten Stand bringen.

Quellen: Wer gehört zu wem? Mutter- und Tochtergesellschaften von A bis Z. 8. Auflage. Commerzbank AG. O. O. 1969.

Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtung in Schaubildern. Verlag Hoppenstedt & Co. Darmstadt 1963–1970.

Ferner: Capital, Jahrgänge 1969 und 1970. Der Spiegel, passim. Geschäftsberichte der wichtigsten deutschen Konzerne. aus: Kursbuch 21/1970



Das Schaubild gibt einen Überblick über die gegenseitige Verflechtung der wichtigsten Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik. Die Zahl neben dem Firmennamen gibt das Grundkapital in Millionen DM an; die Zahl neben dem Verbindungsseil steht für den Prozentsatz der jeweiligen Beteiligung. Die Darstellung ist unvollständig, sie beschränkt sich auf nachweisbare und ökonomisch erhebliche Beteiligungen. Sie läßt die personellen Verschränkungen durch Aufsichtsrats- und Vorstandssitze und durch informelle Methoden der Kooperation außer acht (Kartell-, Markt- und Lizenzabsprachen, Verbindungen über ausländische Holdings). Nicht gezeigt wird die Aktivität ausländischer Monopole in der Bundesrepublik; fortgelassen wurden Beteiligungen und Tochtergesellschaften deutscher Firmen im Ausland und Gesellschaften, die ganz oder überwiegend im Besitz der öffentlichen Hand sind. Das Schema kann also vom tatsächlichen Ausmaß der Konzentration und Zentralisation nur eine schwache Vorstellung geben. Die Monopole operieren international. Sie scheuen die Publizität. Schließlich ist zu bedenken, daß ihre Verflechtung kein Zustand, sondern ein Prozeß ist. Jeder Tag bringt neue Fusionen. Die Quellen, auf denen die Darstellung fußt, sind aber nicht vom gleichen Datum. Der Leser kann das Bild durch die Lektüre des Wirtschaftsteils der bürgerlichen Presse ergänzen und auf den neuesten Stand bringen.

Quellen: Wer gehört zu wem? Mutter- und Tochtergesellschaften von A bis Z. 8. Auflage. Commerzbank AG. O. O. 1969.

Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtung in Schaubildern. Verlag Hoppenstedt & Co. Darmstadt 1963–1970.

Ferner: Capital, Jahrgänge 1969 und 1970. Der Spiegel, passim. Geschäftsberichte der wichtigsten deutschen Konzerne. aus: Kursbuch 21/1970

rote blätter 7

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus

